

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

17. Sitzung

Freitag, 22. September 2023, 9:00 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:01 Uhr

Schluss: 13:58 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

1. **Politische Aussprache zum dritten Handlungsfeld**
„Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ S. 1
2. **Anhörung von Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg**
zum vierten Handlungsfeld „Ökonomische Aspekte von Krisen“ S. 27

Teil II – nicht öffentlich(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am 10. November 2023 zu behandelnden Themas
2. Verschiedenes

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:01 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle hier vor Ort und auch diejenigen im digitalen Raum, die uns zur 17. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ am 22. September 2023 zugeschaltet sind, recht herzlich begrüßen. Wir beginnen heute ausnahmsweise schon um 9:00 Uhr.

Ihnen ist die Tagesordnung mit Teil I – öffentlich – und Teil II – nicht öffentlich – zugegangen. Wir beginnen mit der politischen Aussprache zum dritten Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“. Gibt es Ergänzungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung? – Das sehe ich nicht. Dann steigen wir direkt in die Tagesordnung ein.

Ich darf an dieser Stelle noch die Vertreterinnen und Vertreter des Sozialministeriums und – wir bekommen ja nachher Besuch von Frau Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut – auch des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus recht herzlich begrüßen.

Punkt 1

Politische Aussprache zum dritten Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisen- bewältigung“

Wir steigen mit der Fraktion GRÜNE und Herrn Abg. Köhler in die politische Aussprache ein.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Guten Morgen in die Runde! Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, liebe Gäste, meine Damen und Herren! Das Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ wird heute von der Enquetekommission abschließend behandelt. Bei den Anhörungen haben wir festgestellt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt mitunter den größten Beitrag zur Resilienz und Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft leistet. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine angemessene Reaktion auf Krisen nicht möglich wäre.

In Anbetracht multipler Krisen und auch der Pandemie, die mittlerweile für beendet erklärt worden ist, gilt für mich – wie sicherlich für alle, die heute hier sind –: Wir in

Baden-Württemberg können Krisenbewältigung, und in der Kommission bekommen wir gesagt, wie das am besten geht.

Aber: Was macht Zusammenhalt eigentlich aus? Zusammenhalt beruht auf dem gegenseitigen Vertrauen zwischen dem Staat und seinen Institutionen sowie den Bürgerinnen und Bürgern, dass staatliches Handeln gerechtfertigt ist und Sinn ergibt – sowohl innerhalb als auch außerhalb einer Krise: davor, währenddessen und danach. Sachverständige, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Menschen aus der Praxis sowie selbst Betroffene haben aufgezeigt, dass dieses Vertrauen und damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft keineswegs selbstverständlich sind. Vertrauen ist angreifbar und kann u. a. durch Krisen verloren gehen. Vertrauen besteht nicht einfach. Daran und auch am Zusammenhalt muss dringend gearbeitet werden.

Hier, meine Kolleginnen und Kollegen, kommen wir ins Spiel. Wie und wo können wir das machen? Wo können wir den Zusammenhalt als Parameter in allen Politikfeldern und Bereichen fördern und etablieren? Welche Möglichkeiten bieten sich uns als Parlament, der Politik und dem Staat, den Zusammenhalt zu fördern und ihn für eine krisenfeste Gesellschaft einzusetzen?

Wir wollen uns auf Repräsentation und Teilhabe, den Einbezug aller Bevölkerungs- und Altersgruppen sowie eine verständliche Kommunikation mit ihnen konzentrieren.

Zusätzlich zum klassischen Anhörungsmodell haben wir zu Beginn der Arbeit am dritten Handlungsfeld die Ergebnisse des Bürgerforums sowie der Kinder- und Jugendbeteiligung überreicht und vorgestellt bekommen. An dieser Stelle möchte ich im Namen meiner Fraktion allen beteiligten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ganz herzlich danken: Danke, dass Sie sich so eingebracht und uns die Forderungen so nachdrücklich gesagt und übergeben haben. Die Kinder- und Jugendbeteiligung hat unsere Arbeit in der Kommission sehr bereichert.

Das Ziel ist nun, nicht nur im Rahmen der Enquetekommission miteinander zu reden, sondern Beteiligungsprozesse so zu gestalten, dass die Stellungnahmen nicht nur vorgetragen, sondern auch berücksichtigt und eingearbeitet werden. Die Beteiligungsformate haben sich z. B. für ein Jugendgremium auf Landesebene, mehr politische Bildung und psychologische Beratung an Schulen und das Etablieren einer wirklich ehrlichen Fehlerkultur ausgesprochen.

Ich verstehe unseren Auftrag als Mitglieder der Kommission, aber auch als Politiker so: Teilhabe ermöglichen, zuhören, mitnehmen, umsetzen, weitertragen und auch am Ergebnis teilhaben lassen.

Demokratie bedeutet, Kompromisse zu finden. Wir müssen verständlich machen, wie diese zustande kommen. So beugen wir Verdruss vor; so können wir eine krisenfeste Gesellschaft sein.

Ich habe es schon zu Beginn angesprochen: Zusammenhalt braucht Vertrauen. Für Vertrauen braucht es auch Wiedererkennung. Wir erkennen uns als Menschen in Prozessen wieder, die uns ähnlich sind. Somit ist für uns für eine gute Teilhabe und für das Vertrauen in Beteiligungsprozessen wichtig, dass sich Bürgerinnen und Bürger verstanden und vertreten fühlen. Was meine ich damit? Es braucht für eine vertrauensvolle Beteiligung, Repräsentation und Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger Menschen aus den verschiedensten Bevölkerungsgruppen und mit den unterschiedlichsten Lebensläufen. Konkret: Mir ist wichtig, dass sich alle Personen einbringen können, egal, ob mit oder ohne Migrations- und Fluchtgeschichte. Kinder und Jugendliche sollen genauso angehört und berücksichtigt werden wie Erwachsene sowie Seniorinnen und Senioren.

Es braucht einfache Sprache, inklusive Maßnahmen und Mehrsprachigkeit. Wir müssen verständlich kommunizieren, egal, ob es eine Verordnung in der Pandemie oder eine Warnung vor einer Hitzeperiode ist, dass man auf sich aufpassen muss, wenn man hinausgeht, oder dass man, wenn man zu einer vulnerablen Gruppe gehört, darauf achtgeben muss, wo man sich in einer Stadt aufhält.

Meine Kollegin Dr. Susanne Aschhoff fährt nun fort und geht auf die Probleme bei der Kommunikation und auf unsere Erkenntnisse aus der Kommissionsarbeit zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung“ ein.

Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste! Unser aller Zusammenleben gewinnt ganz wesentlich durch die Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich einbringen. Bürgerschaftliches Engagement ist für unsere Gesellschaft und auch für die Politik von immenser Bedeutung. Es ist auch Teil von gesellschaftlichem Wandel und stößt immer wieder Veränderungen an.

Besonders wichtig ist der Beitrag Ehrenamtlicher bei der Bewältigung von Krisen. Wir alle haben bestimmt noch ganz lebhaft den Einsatz von unzähligen Helferinnen und Helfern für die Opfer des Krieges in der Ukraine oder des Erdbebens in der Türkei und in Syrien vor Augen. Als Landtag ist es unsere Aufgabe, dieses Engagement zu unterstützen und zu stärken. Dazu zählen z. B. eine nachhaltige Finanzierung, flexible, bedarfsgerechte Hilfe, der Abbau von Bürokratie sowie eine gute materielle Aus-

stattung und natürlich ein stets offenes Ohr für die notwendigen Bedarfe der Ehrenamtlichen.

Nicht nur beim Ehrenamt, sondern auch in vielen anderen Bereichen ist es uns wichtig, den Kontakt zu allen Bürgerinnen und Bürgern nachhaltig aufrechtzuerhalten und zu intensivieren. In unserer Enquetearbeit wurde immer wieder deutlich: Für eine erfolgreiche Krisenbewältigung ist gute Kommunikation essenziell; denn die Art und Weise, wie sich Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürger austauschen, ist ausschlaggebend für die gegenseitige Vermittlung wichtiger Informationen und für das Verständnis für staatliche Maßnahmen.

Unsere Sachverständigen haben bestätigt: Gute Kommunikation fördert den Prozess hin zur krisenfesten, also resilienten Gesellschaft. Konkret heißt das – der Kollege Köhler hat es schon angeschnitten –: Alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch Menschen mit Behinderungen, mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, Kinder und Jugendliche sowie Familien, müssen sich einbringen und mitbestimmen können.

Durch die Verwendung von einfacher Sprache und Mehrsprachigkeit, passende Formate sowie die Nutzung geeigneter Medien und Kommunikationsformen können möglichst viele Menschen erreicht werden und sich aktiv äußern. Wer Entscheidungen und Maßnahmen nicht versteht, fühlt sich möglicherweise abgehängt oder vernachlässigt.

Um die Menschen jeden Alters gut zu informieren, kommt den Medien, z. B. Radio, Zeitungen und Social Media, eine immens wichtige Rolle zu. Medienbildung und Medienkompetenz sind die Voraussetzungen dafür, die erhaltenen Informationen gut und kritisch einordnen zu können. Die alltägliche Flut an Nachrichten bringt große Herausforderungen mit sich. Falsche oder nicht validierte Aussagen, die sogenannten Fake News, können über Social Media sehr schnell verbreitet werden. Der Umgang mit Medien muss erlernt und geübt werden, um die Zuverlässigkeit von Quellen und den Wahrheitsgehalt von Informationen einschätzen zu können. Der Glaube an Fake News kann zu Polarisierung oder gar zur Radikalisierung persönlicher Einstellungen beitragen oder zur massenhaften Verbreitung bewiesen falscher Behauptungen führen.

Extremismus, Diskriminierung und Verschwörungserzählungen untergraben unsere Gesellschaft. Um diesen Bewegungen entgegenzuwirken, braucht es neben der gerade erwähnten Medienbildung auch eine Stärkung von wirksamer Präventionsarbeit und politischer Bildung, insbesondere auch bei jungen Menschen. Dies beugt nicht nur gesellschaftlichen Krisen vor, sondern stärkt und schützt das Gefühl von Zusammengehörigkeit, Sicherheit und Solidarität der Menschen untereinander und so die Krisenfestigkeit der Allgemeinheit. Wie wichtig die Stärkung der Mitte und eine klare Abgrenzung gegenüber demokratiefeindlichen Tendenzen und Organisationen sind, war gestern und ist heute in tagesaktuellen Studien in der Presse zu lesen.

Der unmittelbare Zusammenhang von Krisenfestigkeit und Zusammenhalt ist enorm wichtig für die Arbeit dieser Enquete. Die in diesem dritten Handlungsfeld gewonnenen Erkenntnisse werden die Ergebnisse der Kommission, aber auch unser allgemeines politisches Handeln wesentlich prägen.

Bereits am heutigen Punkt unserer Arbeit ist klar, dass wir so rasch wie möglich erste Maßnahmen umsetzen wollen, um aktuellen Krisen zu begegnen und uns für kommende zu wappnen. Wir freuen uns, dass schon jetzt erste Vorschläge von Expertinnen und Experten sowie Gremien durch die Landesregierung umgesetzt werden. So wird es z. B. ab dem Schuljahr 2023/2024 die hier von den Schülerinnen und Schülern vorgeschlagenen Katastrophenübungen an Schulen geben.

Außerdem wurde inzwischen immer wieder deutlich, dass einige Themen wie Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Digitalisierung in jedem der vier Handlungsfelder der Kommission Aufgaben für uns bereithalten.

Wir Enquetemitglieder werden weiterhin in guter Zusammenarbeit Informationen sammeln und daraus abgeleitete Maßnahmen schnellstmöglich in die Umsetzung bringen; denn eines ist klar: Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Sicherung unserer Demokratie brauchen unsere politische Unterstützung. Sie sind unser aller Basis, um künftige Krisen zu bewältigen und uns kommenden Herausforderungen tatkräftig zu stellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Dr. Aschhoff. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Frau Abg. Staab.

Abg. Christiane Staab CDU: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Das dritte Handlungsfeld ist aus meiner Sicht das zentrale Thema – nicht nur, weil ich heute für meine Fraktion zu diesem Handlungsfeld sprechen darf –, wenn wir über Krisenfestigkeit und Zustände in unserer Gesellschaft sprechen, die uns helfen, gut durch Krisen zu kommen, möglicherweise aus Krisen zu lernen und auch stark in Krisen hineinzugehen. Das ist das zentrale Thema, um zu betrachten: Wo stehen wir? Wie sind wir in diesem Bereich aufgestellt? Wie sind wir als Gesellschaft zusammengesetzt? Wie schaffen wir es, gut durch mögliche nächste Krisen zu kommen?

Das Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ steht über allem. Es bringt zum Ausdruck, dass eine Gesellschaft bei aller Unterschiedlichkeit der Menschen, die in ihr leben, schlussendlich nur dann stark sein kann, wenn sich alle unterschiedlichen Menschen als eine Gesellschaft betrachten, sich zu der Gemeinschaft zugehörig füh-

len, in der Gemeinschaft wirksam werden können und in dieser Wirksamkeit jeder für sich hilft, durch eine Krise zu kommen. Das große Ziel unserer Enquetekommission bei diesem Handlungsfeld muss sein, zu betrachten, wie wir es schaffen, jeden Menschen in unserer Gesellschaft wirksam werden zu lassen und ihn auch zu befähigen, wirksam zu werden. Da haben wir riesengroße Aufgaben vor uns. Das ist in allen Vorträgen, die wir gehört haben, immer wieder deutlich zum Ausdruck gekommen.

Ich spreche immer gern in Dritteln. Auch jede Gesellschaft kann gut in Drittel aufgeteilt werden. Wir haben das Drittel der Starken; dazu haben wir viel gehört. Das kann die Familie sein. Die Familie macht stark; das haben wir gehört. Kinder, die in einer starken Familie groß werden, haben eine relativ geringe Wahrscheinlichkeit, in Extremismus abzugleiten oder sich selbst als unwirksam, möglicherweise sogar als unwert zu empfinden. Menschen, die in einer starken Familie groß werden, sind in der Regel das, was wir unter einem resilienten Erwachsenen verstehen.

Dann haben wir die etwas Schwächeren. Die brauchen Förderung und müssen mitgenommen werden. Bei ihnen müssen wir ganz stark auch in Bildungsarbeit investieren.

Zudem haben wir vulnerable Gruppen, ganz schwache und sehr verletzte Menschen, auf die wir unser Augenmerk auch in Krisensituationen ganz besonders richten müssen. Der Rückblick auf Corona hat gezeigt, dass der Schutz der ganz Schwachen für die Handelnden sehr wichtig gewesen ist, die Geschützten aber zum Teil gesagt haben, der Schutz sei so groß gewesen, dass sie quasi übergeschützt waren: kranke Menschen, die keinen Besuch mehr empfangen durften, alte Menschen, die in Heimen keinen Besuch mehr empfangen durften, Sterbende, die allein sterben mussten. Das heißt, wir müssen die vulnerablen Menschen noch einmal ganz besonders in den Blick nehmen, um zu schauen, wie wir sie gut durch Krisen führen können.

Das Thema „Erziehung und Bildung“ ist ein ganz zentrales Thema. Wir haben das eben noch einmal gehört. Bildung befähigt Menschen, auf unterschiedliche Ereignisse reagieren zu können. Menschen, die eine schwache Bildung haben – das wurde in allen Vorträgen deutlich –, haben in der Regel wenig Chancen, stark durch Krisen zu gehen. Bildung befähigt den Menschen, sich kognitiv mit Dingen auseinanderzusetzen, Zusammenhänge zu verstehen und sich kritisch mit Medien auseinanderzusetzen. Bildung bedeutet aber auch, Sprache zu entwickeln, sich zu artikulieren und seine Bedürfnisse artikulieren zu können. Das ist ein Punkt, den wir gerade mit Blick auf vulnerable Gruppen immer wieder feststellen müssen: Wir müssen stärker schauen, ob alle Gruppen in der Lage sind, ihre Bedürfnisse überhaupt zu kommunizieren und Strukturen aufzubauen, um allen Bevölkerungsgruppen Kommunikationswege zu übereignen.

Beim Thema Kommunikation, bei dem ich jetzt bin, ist deutlich aufgezeigt worden: Es gibt eine Kommunikation vor, während und nach einer Krise. Wie die Kommunikation

während der Krise aussieht, hängt entscheidend davon ab, wie sie vor der Krise ausgesehen hat. Wenn Kommunikation seitens der Verantwortungsträger transparent und nachvollziehbar erfolgt, wenn Menschen immer das Gefühl haben, sie sind über die Entscheidungen, die getroffen werden, und über Prozesse informiert, sie sind eingebunden – damit sind wir bei den Beteiligungsverfahren –, wenn Menschen das Gefühl haben, sie sind Teil einer guten Kommunikation, dann verlassen sie sich darauf und vertrauen auch in der Krise darauf, dass die Kommunikation, die dann stattfindet, ihr Vertrauen genießen darf.

Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir unsere Kommunikation jetzt, in einer nicht krisenbetroffenen Zeit, immer wieder überprüfen und reflektieren und dass wir schauen: Kommunizieren wir auf eine gute Art? Bekommen die Menschen unsere Gedanken mit, die wir derzeit bei Projekten haben? Das kann über die Bürgerbeteiligung geschehen. Wir müssen aber auch schauen, ob es möglicherweise noch andere Formate gibt.

Wenn das Vertrauen, das gut, ehrlich und offen kommuniziert wird, wieder da ist – ich sage jetzt bewusst „wieder“; denn das Vertrauen ist in Teilen der Bevölkerung abgeschnitten –, dann haben wir eine Chance, dass auch in der Krise vertrauensvoll angenommen wird, was durch politisch Verantwortliche kommuniziert wird.

Die Digitalisierung spielt im Kommunikationsbereich eine zentrale Rolle. Ich möchte das an dieser Stelle aber nicht überbewerten. Das Thema Digitalisierung wird noch einen zentralen Punkt in der Enquetekommission einnehmen müssen. Wenn wir es nicht schaffen, Kommunikationswege flächendeckend in ganz Baden-Württemberg, Deutschland und Europa aufzubauen, dann tun wir uns schwer, weil viele Krisen nicht nur in einem kleinen Mikrokosmos stattfinden. Wir müssen davon ausgehen, dass sich Krisen auch über größere Flächen hinweg erstrecken können. Es muss gewährleistet sein, dass auch dann im wahrsten Sinn des Wortes flächendeckend kommuniziert werden kann. Da darf es keine Abbrüche geben, sondern Kommunikation muss über die Fläche hinweg sichergestellt sein, aber auch in die Tiefe, in alle Bevölkerungsbereiche hinein. Dazu gehören alle Formen von Medien, deren Zugang sichergestellt sein muss. Menschen dürfen nicht von Kommunikationswegen abgeschnitten werden. Dazu gehört, dass wir in verständlicher Sprache kommunizieren, dass auch bei schnellen Entscheidungen nachvollziehbar ist, warum so entschieden wird. Insofern müssen wir schauen, dass wir Kommunikationsmöglichkeiten finden – dabei kann künstliche Intelligenz bestimmt hilfreich sein –, um in vielen Sprachen zu kommunizieren. Es wird aber auch Situationen geben, in denen wir nicht in vielen Sprachen kommunizieren können, sondern in denen wir nur in einer Sprache kommunizieren werden. Das muss dann die Sprache Deutsch sein, möglicherweise noch Englisch. Es gibt Situationen, in denen nur eine kurze Ansage gemacht werden kann.

Deswegen ist es aus unserer Sicht auch wichtig, dass Menschen, die in Deutschland leben, zumindest ein grundständiges Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht bekommen. Wir müssen viel stärker in Sprachkurse investieren. Auch müssen wir

darauf dringen, dass Sprachkurse als Chance wahrgenommen werden, Teil dieser Gesellschaft zu werden. Wenn man die Sprache kann und Teil dieser Gesellschaft ist, fühlt man sich angenommen und eingebunden.

Ein ganz wichtiger Punkt hierbei ist das Thema Ehrenamt, das Wirksamwerden in einem Ehrenamt, im bürgerschaftlichen Engagement. Menschen, die anderen Menschen im bürgerschaftlichen Engagement begegnen, lernen voneinander. Sie lernen aber auch miteinander. Sie lernen, dass sie in den unterschiedlichsten Bereichen wirksam werden können.

Gerade Menschen, die wenig Selbstwirksamkeitsgefühl haben, die der Meinung sind, sie zählen nicht, sie können nicht wirksam werden, muss über Anlaufstellen, über Ehrenamtsbüros aufgezeigt werden, wie man Wirksamkeit entwickeln kann. Ich glaube, ein riesiges Feld, um Selbstwirksamkeit in Zusammenarbeit mit anderen zu entwickeln, ist das Ehrenamt. Deswegen ist für uns zentral wichtig, das Thema Ehrenamt in alle Bevölkerungsgruppen zu bringen.

Wir können es uns in unserer alternden Gesellschaft auf Dauer nicht mehr leisten, Menschen zu verrenten, zu pensionieren und zu sagen: „Es ist jetzt mal gut.“ Wir brauchen jeden. Wir brauchen vor allem diejenigen Menschen, die wir jetzt verrenten bzw. die wir jetzt in Pension schicken. Wir brauchen sie im Bevölkerungsschutz, an den unterschiedlichsten Stellen, wir brauchen sie als Lesepaten, als Integrationshelfer, wir brauchen sie als Menschen, die für andere da sind. Sie müssen wieder das Gefühl haben – ich glaube, das ist das, was eine Gemeinschaft am allermeisten stärkt –: Ich bin Teil eines großen Ganzen. Dieses große Ganze setzt sich aus vielen einzelnen Aspekten zusammen.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir jeden Einzelnen in eines der vielen kleinen Netzwerke bringen und dass alle Netzwerke am Schluss zu einem großen Netzwerk zusammengeführt werden. Wir alle wissen: Ein Netz geht nicht kaputt, wenn mal irgendwo ein Loch entsteht. Netze sind löchrig; Netze können auch löchrig sein, weil die Struktur eines Netzes genau so funktioniert. Wir sind keine Kette, die reißt, wenn ein Glied schwächelt.

Unser Ziel sollte sein, dass wir wieder ein großes Netz werden, in dem jeder Mensch seinen Stand findet, in dem jeder Mensch wirksam werden darf. Das beginnt in den Familien, in der Familienbildung, in der Familienstärkung. Das beginnt zum Teil aber auch schon vor der Geburt. Das sollte sich dann wie ein roter Faden durch ein Menschenleben ziehen: Ich bin wertvoll; ich bin ein Teil dieser Gesellschaft; ich kann wirksam werden für mich; ich kann aber auch wirksam werden für andere.

Wenn wir das am Schluss mit unseren Handlungsempfehlungen erreichen, haben wir ganz viel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft getan.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Abg. Staab. – Jetzt folgt für die SPD-Fraktion der Kollege Wahl.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen! Corona hat die bestehenden Schwächen bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenhalts offengelegt. Diese Einschätzung haben die zahlreichen Vorträge der Sachverständigen sowie die schriftlichen Stellungnahmen eindeutig bestätigt. Die letzten Monate haben gezeigt: In vielen Bereichen besteht dringender Handlungsbedarf. In welchen Bereichen dieser nach unserer Auffassung ganz besonders groß ist, haben wir in einem Papier, das Ihnen vorliegt, dargelegt. Die zentralen Punkte möchte ich Ihnen gern vorstellen.

Erstens: Resilienz durch Bildung. Im Bildungssystem besteht ohne Zweifel der größte Handlungsbedarf; denn das Bildungssystem befindet sich bereits in der Krise. Dabei geht es zunächst gar nicht um die Stärkung der Resilienz, sondern um die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Institutionen. Deshalb fordern wir eine hundertprozentige Versorgung mit Lehrkräften. Erst dann können wir uns über die Vorzüge von multiprofessionellen Teams und über den Ausbau der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie, bei Bedarf auch für Lehrkräfte, unterhalten.

Über allem steht die Tatsache, dass der Bildungserfolg noch immer stark von der sozialen Herkunft abhängt. Die Kopplung von Herkunft und Bildungserfolg müssen wir aufbrechen. Daher wollen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen, beispielsweise den Ausbau der Schulsozialarbeit, mit denen Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe hergestellt werden können. Der Einsatz der sozialindexbasierten Ressourcensteuerung, die dazu beitragen soll, ein gerechtes Bildungssystem zu realisieren, gehört ebenfalls dazu. Des Weiteren wollen wir eine Anpassung des aktuellen Bildungsplans an gesellschaftliche Realitäten, wie z. B. den Ausbau des Themenfelds Medienbildung und von LSBTTIQ-Themen, aber auch den Umgang mit Krisen und Resilienz.

Seit den Fluchtbewegungen infolge des Ukrainekriegs sind unsere Lehrkräfte immer häufiger mit traumapädagogischen Herausforderungen konfrontiert, weshalb wir die Möglichkeit einer traumapädagogischen Weiterbildung befürworten. Wir wollen und dürfen kein Kind zurücklassen.

Zweitens: soziale Infrastruktur als Krisenvorsorge. Für uns, die SPD-Fraktion, gehört auch der Bereich der sozialen Infrastruktur zu einem zentralen Element der Krisenvorsorge, in dem großer Handlungsbedarf besteht. Wir sind davon überzeugt: In Kri-

sen dürfen sozial benachteiligte bzw. besonders schutzbedürftige Menschen in unserer Gesellschaft nicht zurückgelassen werden.

Armutsgefährdete Menschen sind von Krisen besonders stark betroffen. Daher liegt auf ihren Bedürfnissen ein spezieller Fokus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen wie kostenlose Mittagessen in Schulen und Kitas sowie ein „Mobilität für alle“-Programm zur Entlastung vorgesehen werden.

Außerdem muss geprüft werden, wie das Land ambulante Pflegedienstleister gesetzlich dazu verpflichten kann, die Versorgung pflegebedürftiger Menschen auch in der Krise sicherzustellen.

Darüber hinaus streben wir zusätzliche strukturelle Verbesserungen an. Die Bedeutung der Sozialwirtschaft ist so groß, dass wir für ein antizyklisches Vorgehen bei der Refinanzierung von Mindereinnahmen durch das Land plädieren.

Für Einrichtungen, bei denen die Refinanzierung nicht über die leistungsrechtlichen Strukturen möglich ist, z. B. Beschäftigungsträger, Sozialkaufhäuser oder Ähnliches, soll ein Landeshilfefonds aufgelegt werden; denn sie sind es, die in der Krise in besondere finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Wir müssen ihnen in dieser schweren Zeit zur Seite stehen. Schließlich tragen sie maßgeblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Drittens: krisenfeste Familienpolitik. Die Pandemie hat gezeigt, dass die Belange von Familien bei politischen Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt werden müssen. Wir schlagen daher vor: Das Land muss Rahmenbedingungen der Sorge- und Erwerbsarbeit schaffen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder von Familie und Pflege krisenfester gestaltet und tatsächlich gelebt werden kann.

Das Rahmenkonzept „Familienbildung“ soll verbindlicher Teil der Jugendhilfeplanung werden – mit einer Fachkraftquote, einem festgelegten Qualitätsanspruch sowie einer regelmäßigen Evaluation.

Zu resilienten Betreuungsstrukturen gehören die Verbesserung der Kinderbetreuung, der Ausbau der rhythmisierten Ganztagschule sowie kostenfreie Bildungs- und Betreuungsangebote, die die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen verbessern.

Kinder- und Familienzentren sollen als Präventionsorte anerkannt werden. Dadurch können besonders belastete Familien, die in prekären Verhältnissen leben oder sozial schwächer sind, kompetente Hilfe erhalten. Eltern, die ihre Kinder – aus welchen Gründen auch immer – nur unzureichend unterstützen können, werden dadurch

selbst gestärkt und resilienter, als sie es bislang sind. Die Resilienz von Familien zu stärken heißt, die Resilienz der Gesellschaft zu stärken.

Viertens: gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Während der Coronapandemie kam es vor allem in Baden-Württemberg zu einer breiten gesellschaftspolitischen Debatte und auch zu legitimen Protestaktionen. Gleichzeitig hat sich eine heterogen zusammengesetzte Szene entwickelt, in der Verschwörungsmmythen verbreitet wurden und werden, die neben der fundamentalen Ablehnung des Staates sowie seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten oft durch antisemitisches und rechtsextremeres Gedankengut gekennzeichnet sind und die die Grundlage für eine Radikalisierung bis hin zur Gewalt schaffen.

Die Herausforderung dauert trotz des Endes der Pandemie an; denn die Themen sind insbesondere in Krisenzeiten leider viel zu sehr austauschbar. Wir brauchen daher geeignete Maßnahmen, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Dazu gehört neben der Stärkung des Verfassungsschutzes die Erhöhung der Mittel von konex, damit entsprechende Präventionsangebote und Ausstiegskonzepte stärker als bisher verfolgt werden können.

Zudem wollen wir eine Erhöhung der Förderung des Netzwerks für Demokratie und Courage sowie eine bessere Kofinanzierung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Land.

Zu einer gelingenden Prävention gehört auch die adäquate Finanzierung von Beratungsstellen – wie die der Fachstelle Extremismuskonstanzierung – oder von landesweiten Kampagnen der inoculation. Zentral ist außerdem die Stärkung der Medienkompetenz nicht nur von Schülern und jungen Menschen, sondern, wie wir es in den vergangenen Jahren erleben mussten, auch von Menschen zwischen 45 und 65 Jahren und älter. Sie sind es, die eine besonders hohe Affinität zu Verschwörungsmmythen haben und die die größte Gruppe der Reichsbürger stellen.

Für vulnerable Gruppen wie z. B. armutsgefährdete oder wohnungslose Menschen – das haben die Sachverständigen eindrücklich dargelegt – sind niedrigschwellige Anlaufstellen und ein verlässlicher persönlicher Kontakt unabdingbar.

Wir wollen, dass Beratungsstellen dauerhaft geöffnet bleiben, weil rein digital verfügbare Angebote bestimmte Personengruppen – das hat uns damals Pastor Schobel noch einmal vor Augen geführt – von vornherein ausschließen. Wir wollen Menschen, die sich abgehängt fühlen, mitnehmen und begleiten.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen: für mehr Diversität in unserer Gesellschaft. Repräsentation schafft Repräsentanz. Was einfach klingt, ist in der Umsetzung alles andere als einfach. Mit dieser These ist Folgendes gemeint: Die Diversität unserer Gesellschaft muss sich auch in den Ministerien, Verwaltungen und Krisen-

stäben widerspiegeln. Marginalisierte Gruppen müssen dort ebenso vertreten sein wie nicht marginalisierte. Durch ihre Repräsentation schaffen sie Aufmerksamkeit für ihre Bedürfnisse, werden mitgedacht. Ich bin davon überzeugt, dass die Coronaverordnungen anders ausgesehen hätten – das hat uns auch eine Rechtsprofessorin in ihrem Vortrag dargelegt –, wenn dieses Prinzip von Anfang an mitberücksichtigt worden wäre. Wir wissen, dass das ein ganz schwieriger und langwieriger Prozess ist. Aber auch die öffentliche Verwaltung muss ihn annehmen.

Das gilt auch für Disability Mainstreaming, also die systematische Integration von Menschen mit Behinderungen und deren Perspektiven. Auf diese müssen wir aktiv im Politikbereich eingehen. Dies stärkt letztendlich nicht nur den öffentlichen Dienst, es kommt auch zu besseren Gesellschaften und sorgt für eine höhere Repräsentanz.

Auch wir möchten uns beim Bürgerforum, das auch in diesem Bereich eine ganz wichtige und zentrale Rolle spielt, recht herzlich bedanken.

Wir hoffen, dass wir uns über die Fraktionen hinweg auf eine gemeinsame Positionierung einigen können.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Wahl. – Für die FDP/DVP-Fraktion folgt Herr Abg. Reith.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Sitzung schließen wir das dritte Handlungsfeld der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ab. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die Zusammenarbeit und im Besonderen auch bei den Experten, die uns in diesem Handlungsfeld weitgehend beeindruckt haben. Mit ihrer Expertise und ihren Erfahrungen leisten sie einen besonders wertvollen Beitrag zum Gelingen der Arbeit unserer Kommission.

Im dritten Handlungsfeld haben wir den Fokus auf die Belange besonders betroffener Gruppen der Gesellschaft in Krisen gelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, ich kann es Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen: Auch hier haben alle Experten den Blick zurückgerichtet und die Erkenntnisse aus der Coronapandemie aufgearbeitet. Das ist auch richtig so.

Noch eines wurde für uns, die FDP/DVP-Fraktion, klar: Die Auswirkungen von Krisen auf die Schülerinnen und Schüler, auf das Bildungssystem in unserem Land gehörten hier viel detaillierter aufgearbeitet. Das konnten wir in diesem Handlungsfeld nur oberflächlich tun. Wir hätten gern ein eigenes Handlungsfeld für diesen Bereich ein-

gerichtet und dies besser aufgearbeitet. Die Regierungsfractionen haben das leider nicht so gesehen und dem insofern nicht zugestimmt. Das ist aus meiner Sicht ein Armutszeugnis und wird den jungen Menschen in unserem Land nicht gerecht. Dennoch haben wir uns in diesem Handlungsfeld Mühe gegeben, alles entsprechend zu berücksichtigen.

Ich möchte mich in meinem Rückblick auf das dritte Handlungsfeld auf drei Gruppen unserer Gesellschaft konzentrieren, für die wir zwingend Handlungsempfehlungen für zukünftige Krisen festlegen müssen. Sie wurden in der vergangenen Coronapandemie massiv eingeschränkt und zurückgelassen.

Erstens: Simone Fischer hat uns in ihrer Funktion als Landes-Behindertenbeauftragte die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Behinderungen besonders deutlich gemacht. Es zeigte sich eindrücklich, wie schmal der Grat zwischen Selbstbestimmung bzw. Freiheit und reglementierender Fürsorge sein konnte und wie wichtig es war, vor Ort so viel Schutz wie nötig und gleichzeitig so viel Autonomie wie möglich zu schaffen. Ich erinnere mich an konkrete Beispiele, mit denen sie anschaulich machte, dass Menschen mit Behinderungen durch die Coronaverordnungen schlechtergestellt wurden als andere Teile der Gesellschaft. Frau Staab, Sie haben schon im Einzelnen darauf hingewiesen. Das dürfen wir für zukünftige Krisen in keinem Fall wieder akzeptieren. Hier müssen wir planerisch Vorsorge leisten.

Eine entscheidende Forderung, die Frau Fischer formuliert hat und die wir aus unserer Sicht unbedingt berücksichtigen müssen, ist – ich zitiere –:

Es bedarf einer barrierefreien Kommunikation für unterschiedliche Behinderungsarten – das heißt, auch für gehörlose und für blinde Menschen – sowie einer leichten Sprache in einer differenzierten Form und von Beginn an.

Darüber hinaus – auch das halte ich für zwingend in unseren Handlungsempfehlungen – müssen Menschen mit Behinderungen besser und auch rechtzeitig in die ehrenamtlichen Strukturen der Krisenvorsorge und Krisenintervention eingebunden werden. Wir brauchen rechtssichere ehrenamtliche Unterstützungsangebote hinsichtlich der Beförderung von Menschen, z. B. damals zu den Impfzentren, oder den Einkaufsservice von Dritten.

Eine zweite Gruppe, die ich in den Blick nehmen möchte, sind unsere jungen Erwachsenen. Ich erinnere mich an die Ausführungen von Mathieu Coquelin, der im Besonderen auf die flächendeckende Professionalisierung der Jugendhilfeangebote hingewiesen hat. Auch hier hat die zurückliegende Coronapandemie – er hat das mit all seiner Erfahrung eindrücklich geschildert – deutliche Spuren hinterlassen. Die Vereinsamung und der Hang zu Extremen nehmen zu. Bereits erzielte Fortschritte werden jäh zurückgeworfen. Ich appelliere an die Kommission: Nehmen wir die Ansätze der mobilen Beratung ernst! In anderen Bundesländern, beispielsweise in Bay-

ern, hat man damit enorme Fortschritte erzielt. Dies müssen wir als Handlungsempfehlung auch in Baden-Württemberg aufnehmen.

Über eine bessere Einbeziehung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürfen wir nicht nur nachdenken, sondern wir müssen schnellstmöglich auch ins Handeln kommen. Dabei spreche ich insbesondere von der Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen. Nutzen wir die Chancen, die uns Digitalisierung und KI bieten, und lassen Sie uns die jungen Menschen in unsere Gesellschaft aktiv einbinden. Ich glaube, an dieser Stelle dürfen wir die Chancen der Digitalisierung nicht unterschätzen. Wir müssen in diesem Bereich zwingend etwas tun. Anders funktioniert das bei jungen Erwachsenen und Jugendlichen nicht. Wir müssen sozusagen in das Handy reinkommen. Sie deuten es an, Frau Staab. Nutzen wir also die Chancen! Dies erhöht nicht nur die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Vielmehr verhindert es auch, dass sich junge Menschen an politischen Rändern links und rechts des demokratischen Spektrums orientieren.

Mit meiner dritten Zielgruppe komme ich zum Anfang meiner Ausführungen zurück. Die Schülerinnen und Schüler haben über die Maße unter den Einschränkungen der Coronapandemie leiden müssen. Die Auswirkungen werden erst jetzt allmählich deutlich. Ich glaube, deren Ausmaß können wir nur erahnen.

Hinzu kommt – auch das ist uns heute klarer denn je –, dass viele der Maßnahmen, z. B. die Schulschließungen, zwar unglaubliche Auswirkungen auf Schülerinnen und Schüler, aber keine Auswirkungen auf den Pandemieverlauf hatten. Das darf uns in Zukunft nicht noch einmal passieren. Ich wiederhole an dieser Stelle gern die Thesen, die Dirk Lederle vom VBE hier geäußert hat und die aus meiner Sicht in unsere Handlungsempfehlungen einfließen müssen:

These 1: Eine Einbeziehung von Praktikern ist für die Bewältigung von Krisen ein absolutes Muss.

These 2: Informationen müssen gebündelt, strukturiert und vor allem adressatengerecht aufbereitet und kommuniziert werden; Unterstützungsangebote müssen etabliert werden. Hierzu braucht es gesicherte Strukturen in der Kultusverwaltung und in der Schulaufsicht.

Ich möchte an dieser Stelle das Thema Cybersicherheit erwähnen. Wir hatten in meinem Wahlkreis gerade wieder einen Cyberangriff zu verzeichnen. Wenn das, was kommuniziert worden ist, richtig ist, sind beispielsweise alle Hausarbeiten und alle Prüfungen unwiderruflich weg. Auf solche Vorfälle müssen wir uns vorbereiten.

Wer zusätzliche Aufgaben in Kollegien gibt, muss auch dafür Sorge tragen, dass Lehrkräfte hierfür qualifiziert werden.

Damit die Digitalisierung von Nachhaltigkeit geprägt ist, braucht es professionalisierte Strukturen an den Schulen.

Bürokratie an Schulen muss reduziert und positive Synergien müssen besser genutzt werden. Das senkt nicht nur die Arbeitsbelastung, sondern schafft auch mehr Akzeptanz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, auch in diesem Handlungsfeld hat eine Vielzahl der bestellten Experten bewiesen, dass es in unserem Land viele schlaue Köpfe gibt, die uns Politikerinnen und Politikern die richtigen Handlungsempfehlungen ins Hausaufgabenheft schreiben können.

Ich wünsche mir – damit schließe ich meine Ausführungen –, dass wir über Parteigrenzen hinweg auf die schlaunen Köpfe aus Wissenschaft, Lehre und Praxis hören und unser Regierungshandeln zum Wohle aller in unserer Gesellschaft und vor allem zum Wohle derjenigen, die unseren besonderen Schutz verdienen, ausrichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Abg. Reith. – Dann hören wir abschließend Frau Abg. Wolle für die AfD-Fraktion.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Nach den Themen Gesundheit, „Krisenvorsorge und -früherkennung“ haben wir nun das Thema Gesellschaft abgeschlossen. Ich bin auch hier der Meinung, dass wir das eigentliche Thema der Enquetekommission größtenteils verfehlt haben. Denn im Einsetzungsbeschluss zur Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ steht zum Arbeitsauftrag im dritten Handlungsfeld u. a.: Es sind Handlungsempfehlungen zu entwickeln,

... die geeignet sind,

... die Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung zu verbessern; ...

die Resilienz, das Urteilsvermögen und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken; ...

Wir haben uns mit diesen Punkten zu wenig und auch zu einseitig befasst. Das Thema Rechtsextremismus beispielsweise wurde zu Recht beleuchtet. Aber die Themen Linksextremismus und Islamismus hat man völlig außen vor gelassen.

Wir haben zu Recht viel über die Themen Inklusion, Behinderte und Benachteiligung in der Bildung gehört; das wurde gerade eben schon angesprochen. Selbstverständlichkeiten, beispielsweise dass Behörden auch in einer Krise funktionieren sollten, wurden ebenfalls angesprochen. Ich bitte Sie, sich nur einmal anzuschauen, wie das aktuell in Stuttgart mit der Zufriedenheit der Bürger mit den Behörden aussieht – Stichworte „Ausländerbehörde“, „Landratsamt“ und „Bürgerbüros“ –, welche überhaupt noch funktionieren, wie die Menschen Termine bekommen und wie lange die Wartezeiten sind – und das in einer Zeit, in der wir keine Krise haben, meine Damen und Herren. Wenn Sie den Ukrainekrieg jetzt als Krise für unser Gemeinwesen bezeichnen – wir haben keine Krise in Deutschland und in Baden-Württemberg –, dann stimmt etwas mit Ihrer Definition von Krise nicht.

Wir müssen über die Themen Inklusion, Behindertenfürsorge und „Offene Behörde“, auch in einer Krise, sprechen. Das alles ist wichtig; das ist keine Frage. Aber das kann doch nicht unser Hauptthema sein. Wie gesagt: Dann haben wir das Thema verfehlt.

Da, wo wir mehr die Schwerpunkte setzen müssen – das ist zu Recht des Öfteren angesprochen worden und wurde auch gerade wieder angesprochen –, ist die Kommunikation vom Staat, von den Bürgermeistern zu den Bürgern, auch im Krisenfall und auch schon jetzt. Es kommt eben nicht darauf an, jedes Mal das Gendersternchen richtig zu setzen. Hinsichtlich der Kommunikation haben wir in der Coronazeit erhebliche Defizite gesehen, die bereits angesprochen worden sind. Das haben die Referenten ganz klar kommuniziert.

Das Thema „Fake News“ wurde ausführlich angesprochen, auch gerade wieder. Fake News kommen von links und von rechts. Verschwörungstheorien sind ein völliges Nebenthema. Was hat das überhaupt mit Politik zu tun? Was geht es die Politik an, was die Bürger sagen, denken und kommunizieren? Wir haben eine grundgesetzlich festgelegte Meinungsfreiheit. Jeder kann der Meinung sein, dass irgendetwas ist. Das kann man dann auch kommunizieren und darf nicht verboten werden.

Die Frage ist: Kommt jetzt ein Wahrheitsministerium, das festlegt, was wahr ist und was falsch? Ich denke, man sollte ein bisschen aus unserer Geschichte lernen, meine Damen und Herren.

(Zuruf: Das stimmt! – Vereinzelt Heiterkeit – Beifall – Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Genau!)

– Sie beklatschen sich selbst; sehr interessant.

Statt jetzt darüber nachzudenken, wie wir in die Kommunikation der Bürger eingreifen, Telegram-Kanäle löschen oder bei Rentnern wegen Facebook Hausdurchsuchungen mit dem SEK durchführen können, wäre es sinnvoll und klug, sich darüber

Gedanken zu machen, wie sehr solche Meinungen mittlerweile den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in die Institutionen zerstören.

Die Zahl derjenigen, die mittlerweile empfinden, man könne seine Meinung nicht mehr offen sagen, ist Ihnen hoffentlich bekannt. Über 50 % der Bevölkerung vertreten diese Ansicht.

Ja, wir müssen die Bürger über Fake News aufklären. Aber wir müssen das so machen, dass sie selbst Recherchen machen können. Wir müssen sie informieren. Insbesondere die Jugendlichen müssen wir dazu befähigen, selbst Recherchen zu machen, und zwar eigenständig, ohne irgendeine Führung.

Wir müssen – ganz wichtig! – Wissenschaftler miteinander kommunizieren lassen, die auch unterschiedlicher Meinung sind, und dürfen nicht nur einseitigen Meinungen eine Plattform geben. Das schafft Resilienz, meine Damen und Herren. Wir müssen uns fragen, wie wir die Resilienz der Bürger und der Gesellschaft stärken – das heißt, deren Eigenverantwortung fördern – können.

Kompetenz zur Selbst- und Fremdhilfe: Vieles, was hier zur Sprache kam, ist zwar richtig, hat aber damit überhaupt nichts zu tun. Es ist zum Teil sogar kontraproduktiv. Wir müssen die Eigenverantwortung der Bürger stärken und uns fragen, wie wir Vereine unterstützen und fördern können; denn die Bürger sind es, die im Krisen- und Katastrophenfall mit anpacken.

Wir hatten ganz aktuell den Warntag, an dem wir über das Handy gewarnt wurden. Sicherlich hat es überall gepiept. Da macht es sich der Staat natürlich leicht, indem er selbst keinen Finger krümmt und die Verantwortung den Mobilfunkbetreibern überträgt. Wie krisenfest aber ein Mobilfunknetz im Katastrophenfall tatsächlich ist, meine Damen und Herren, ob es funktioniert, das bleibt offen. Der Bürger wird unmündiger und vertraut auf solche Systeme. Vielleicht funktioniert die Warnung über das Handy in einem Katastrophenfall, bei einem Erdbeben oder einer Flut ja gar nicht. Daher hat unserer Meinung nach der Staat bzw. die Regierung ein duales System vorzuhalten – sprich: Glockenläuten oder Ähnliches –, das jederzeit funktioniert. Sie nennen das rückständig. In einem Katastrophenfall kann das Leben retten.

(Lachen des Abg. Dr. Matthias Miller CDU)

– Herr Dr. Miller, Sie lachen. Das Land hat das vorzuhalten.

Apropos Flutkatastrophe: Dabei hat sich ganz deutlich gezeigt, wie wichtig die anpackenden Bürger sind, die etwas können, sich im Notfall spontan selbst organisieren, für sich selbst und für andere sorgen und helfen. Das müssen wir stärken, meine Damen und Herren. Darüber, wie uns das gelingt, müssen wir intensiv nachdenken.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Nachdem sich alle recht gut an die Vorgabe von zehn Minuten gehalten haben, kommen wir jetzt zur Aussprache. Gibt es Meldungen von den Fraktionen? – Herr Dr. Müller hat sich als Erster gemeldet. Bitte sehr, Herr Dr. Müller.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Eine kleine Beobachtung von mir zum dritten Handlungsfeld: Ein Thema, das auch eben in allen Beiträgen wieder hinreichend erwähnt worden ist, gerade im letzten Beitrag ganz ausführlich, ist Kommunikation. Das Wort „Kommunikation“ haben wir alle oft benutzt. Aber dieses Wort hat viele Bedeutungen und ganz unterschiedliche Facetten, die wir immer vermischen und bei denen wir hin und her changieren.

Kommunikation ist zum einen – das wird ganz oft betont – der Transport von Informationen über eine Krise, über eine Situation. Wir haben darüber diskutiert, dass es wichtig ist, dass das in alle Bereiche der Gesellschaft funktioniert und dass alle das niederschwellig, einfach und adressatengerecht mitbekommen. Aber das Übertragen von Informationen ist eine Einbahnstraßenkommunikation.

Das andere Thema betrifft die Kommunikation miteinander. Auch das wurde im dritten Handlungsfeld oft angesprochen, und zwar in Bezug auf die Bürgerbeteiligungen. Das ist das Thema „Kommunikation hören“, das immer genannt wird. Uns war ganz wichtig: Sie werden gehört. Aber ganz ehrlich: Mir ist aufgefallen, dass auch das eine einseitige Kommunikation ist. Das geht von Sendenden an uns, und wir hören. Die Enquetekommission hat viele Leute gehört. Aber keiner von uns hat z. B. dem Bürgerforum gesagt– weder im Rahmen dieser Kommission noch sonst wo –, dass seine zentrale Forderung, nämlich die Abschaffung der privaten Krankenkassen, schnell erfüllt werden wird. Aber wir haben es gehört. Das ist einseitige Kommunikation, die wir dann aufnehmen.

Bei Kommunikation geht es um die Kommunikation miteinander. Mir sind zwei Vorträge sehr in Erinnerung geblieben, zum einen der Vortrag von Herrn Yendell, der aus meiner Sicht einen ganz zentralen Satz gesagt hat: „Eine demokratische Gesellschaft braucht Empathie.“ Ich glaube, das ist eine Basis, die man gar nicht hoch genug stellen kann und die die Grundlage für jede Kommunikation sein sollte.

In Bezug auf die Kommunikation an sich hatte der stellvertretende Präsident des Landesverfassungsschutzes, Frank Dittrich, einen, wie ich fand, sehr interessanten Vortrag mit einem zentralen Punkt gehalten, nämlich seine Aufforderung an uns, an alle, jede Meinung, auch radikale Mindermeinungen, ernst zu nehmen und zu akzeptieren. Ich glaube, Akzeptieren und Ernstnehmen sind zentrale Punkte von Kommunikation. Gerade in Bezug auf den rechten Rand fällt mir persönlich das immer wieder schwer. Das ist mir gerade wieder klar geworden.

Das führt mich zu meinem abschließenden Punkt. Kommunikation ist nicht dazu da, uns zu gefallen. Kommunikation hat nicht zu gefallen. Das Wort „Nein“ ist Teil von Kommunikation und wird von uns allen, glaube ich, viel zu selten eingesetzt. Aus meiner beruflichen Praxis kann ich Ihnen sagen: Ein begründetes Nein wird üblicherweise durchaus akzeptiert.

Um auf die vorherige Rednerin einzugehen: Mich stört der Gedanke, den Sie wieder aufgenommen haben: dass man etwas nicht mehr sagen darf. Man darf in Deutschland alles sagen. Man darf aber nicht erwarten, dass man für seine Meinung bejubelt wird.

(Beifall – Zuruf: Eben!)

Der Umstand, dass man nicht bejubelt wird, heißt nicht, dass man es nicht sagen durfte. Das Heischen um Zustimmung, um zu gefallen, gerade in der Kommunikation, ist aus meiner Sicht ein zentrales Problem von uns allen.

Vielleicht ein Gedanke am Schluss, den ich immer wieder faszinierend finde: Wir leben in einer Zeit, in der wir kommunizieren können wie noch nie, und uns droht, die Kommunikation zu entgleiten.

Vielen Dank. Ich freue mich auf die weitere Mitarbeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Ich habe jetzt Wortmeldungen von Herrn Dr. Kroll und Herrn Abg. Karrais. – Bitte sehr.

Dr. Stefan Kroll, stellv. externes Mitglied: Vielen Dank für die Vorträge, die aus meiner Sicht, bis auf eine Ausnahme, sehr gut zusammengefasst haben, was Expertinnen und Experten in den vergangenen Wochen zu diesem Handlungsfeld vorgetragen haben. Das fand ich sehr beeindruckend. Insofern möchte ich nur ein paar Detailbeobachtungen teilen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Maßnahmen in einer akuten Krise zukünftig nachvollziehbarer kommuniziert werden sollten und dass es auch da mehr Teilhabe und Partizipation geben sollte. Dem stimme ich grundsätzlich zu. Aber ich glaube, die Herausforderung bleibt, dass die Routinen in einer akuten Krise, wenn wieder eine eintritt, nicht vorhanden sind, dass wir wieder die Unsicherheit haben werden, wie wir sie erlebt haben. Deswegen wäre ein kleiner Appell von mir – „Appell“ ist fast ein zu großes Wort dafür –, die Unsicherheit, die wir erlebt haben, in den Handlungsempfehlungen, die wir aussprechen werden, nicht zu relativieren. Wir können wieder in die Situation kommen, dass eine große Unsicherheit da ist, dass nicht klar ist, was akut zu entscheiden ist, und dass die gesamte Gesellschaft, die Politik und die Wis-

senschaft wieder zusammenarbeiten müssen. Das kann sich wiederholen. Ich glaube, diese Sensibilität sollten wir uns bewahren. – Das war meine erste Anmerkung.

Die andere konkrete Anmerkung zu dem Feld, über das wir gesprochen haben, nämlich Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt, ist: Wir erleben gerade, dass es in der Vielzahl der Krisen, die wir haben, eine große Unsicherheit, eine große Unsicherheitswahrnehmung und auch eine Krisenbetroffenheit gibt. Dies führt dazu, dass das Vertrauen auch in die Institutionen schwindet. Wir erleben, dass sich Teile, kleine Gruppen der Gesellschaft auch demokratiegefährdenden Ideologien zuwenden. Insofern möchte ich nur noch einmal das bestärken, was zu den grundsätzlichen Maßnahmen zur Demokratieförderung, die angesprochen wurden, gesagt wurde, auch angesichts aktueller Studien, die wir gerade wieder lesen können. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, um resilient für die nächsten Krisen zu werden, die da kommen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Kroll. – Dann folgt jetzt Herr Abg. Karrais.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch aufgrund des bisher Gesagten an einen Vortrag erinnern, den wir gehört haben und den ich sehr interessant fand, nämlich von Frau Professorin Dr. Katarina Bader von der Hochschule der Medien. Dabei ging es um Desinformationen auf Telegram. Sie werden sich sicherlich daran erinnern. Sie hat dargestellt, dass es eine informationstechnische Parallelwelt gibt, in der es eigene Regeln gibt und in der wissenschaftliche Erkenntnisse publiziert und vertieft werden. Dies führt irgendwann dazu, dass die Leute, die sich damit beschäftigen, das Ganze auch glauben und für die tatsächlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die erworben werden, gar nicht mehr zugänglich sind. Damit meine ich das, was anerkannte Wissenschaftler an ihren Hochschulen und auch andere ermitteln und worauf sie sich im wissenschaftlichen Diskurs einigen, nicht das, was auf Telegram von einschlägigen Gruppen teilweise verbreitet wird – QAnon ist eine davon; es gibt aber noch ganz viele andere –, die quasi pseudowissenschaftliche Erkenntnisse als bare Münze verkaufen.

Warum spreche ich das an? Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir diesen wichtigen Aspekt nicht vergessen. Wir können hier Beschlüsse fassen, wir können kommunizieren, wir können auch gut kommunizieren, wir können eine perfekte Kommunikation machen. Wenn wir aber einen Teil der Bevölkerung – das ist ein immer größer werdender Teil – gar nicht erreichen, weil die Menschen nicht glauben, was wir erzählen, und sagen: „Die wissenschaftlichen Erkenntnisse stimmen gar nicht“, obwohl wir diese Erkenntnisse haben, dann haben wir ein riesiges Problem. Das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Bei allen guten Worten darüber, wie und wann wir kommunizieren müssen usw., müssen wir das im Blick haben.

Wir müssen vor allem auch dafür Sorge tragen, dass die Theorien, die da verbreitet werden, keinen Nährboden finden. Dabei ist das Thema Bildung ein ganz wichtiger Aspekt. Deshalb bedaure ich, dass wir das hier nicht noch intensiver behandelt haben; das möchte auch ich ausdrücklich sagen. Letztendlich ist das der Weg, um den Leuten die Kompetenz an die Hand zu geben, zu hinterfragen: Was ist das eigentlich? Was ist überhaupt Wissenschaft? Was ist eine wissenschaftliche Erkenntnis, und was ist keine wissenschaftliche Erkenntnis, sondern Pseudowissenschaft? Das wäre ein ganz zentraler Punkt gewesen.

Wir alle, die wir hier sitzen, müssen uns an die eigene Nase fassen und dürfen uns nicht dafür feiern, wenn wir einen guten Zeitungsartikel, einen SWR-Bericht oder Sonstiges erreicht haben. Das ist schön; das ist gut für diejenigen, die dafür noch zugänglich sind. Aber das bringt für ganz viele Leute nichts, weil wir sie gar nicht erreichen.

Wenn ich mir anschau, welche Kommentare teilweise auf meiner Facebook-Timeline oder auf Instagram kommen, wenn man irgendwo einmal ein kritisches Thema diskutiert: Da werden dann irgendwelche Dinge behauptet, die irgendeine Regierung irgendwann einmal beschlossen hätte. Die stimmen hinten und vorne nicht. Aber es wird einfach dargestellt, als ob das stimmt. Wenn man dann sagt: „Nein, das stimmt nicht. Wir haben das soundso gemacht“, wird entgegnet, dass das alles gelogen ist. Auf dieser Grundlage kann ich nicht diskutieren. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.

Mir war wichtig, das noch einmal herauszustellen; denn das dürfen wir bei allen Überlegungen, die wir dann beim Aufstellen der Handlungsempfehlungen noch anstellen, nicht außer Acht lassen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Es folgt Frau Abg. Staab für die CDU-Fraktion.

Abg. Christiane Staab CDU: Ich möchte ganz kurz vorabstellen – das habe ich vorhin nicht getan –: Wir hatten bewusst noch keine Einzelmaßnahme vorgetragen, weil die Vorträge in diesem Bereich doch sehr stark divergiert haben. Vielmehr wollten wir bei dem Trendpapier auf der Metaebene bleiben, einfach mal eine Zustandsbeschreibung machen und dann die Handlungsempfehlungen ableiten.

Ich möchte noch einen kleinen Punkt nachschieben, der mir durchgegangen ist, weil ich eine schlechte Rednerin bin und mich nie an mein Skript halte, der aber aus un-

serer Sicht extrem wichtig ist, und zwar zum Thema „Beteiligung und Repräsentation“.

Ich glaube, wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir uns nicht manchmal selbst delegitimieren – vielleicht auch unabsichtlich –, indem wir einfach so tun, als ob die repräsentative Demokratie abgewirtschaftet ist und die Bürger im Prinzip darüber befinden und entscheiden sollten, wie Dinge umgesetzt werden. Ich habe den großen Wunsch, dass wir immer wieder deutlich machen: Wir haben eine repräsentative Demokratie, und das ist auch gut so. An der möchten wir, die CDU, sehr gern festhalten, bei allem Wunsch danach, zu hören, wie sich Betroffene bei bestimmten Entscheidungen mitgenommen fühlen und wie ihre Auffassung und die Sicht auf die Dinge ist. Wir müssen aber am Schluss auch deutlich machen, dass das dann keine Entscheidung ist.

Bei einem Vortrag vorhin ist bei mir angekommen, dass die Bürger entscheiden sollen. Nein, im Rahmen einer repräsentativen Demokratie entscheiden die gewählten Vertreter des Volkes. Ich glaube, ein bisschen Selbstbewusstsein dürfen auch wir haben. Wir sind keine Exoten, die vom Himmel gefallen sind, sondern wir sind draußen bei den Menschen, in Vereinen, bei den Marginalisierten genauso wie bei den High-Performern. Insofern wünsche ich mir, dass auch wir selbstbewusst sind und sagen: Wir sind ein gewählter Teil dieser Bevölkerung, wir haben alle im Blick. Unsere besondere Aufgabe ist, zu schauen, wer uns da durchrutschen könnte. Den wollen wir noch ganz speziell in den Blick nehmen.

Ganz wichtig für die Beteiligung ist uns das Thema „Direkte und unmittelbare Einwirkung“, z. B. in der Quartiersentwicklung. Ich gehe jetzt doch in einen konkreten Punkt hinein und sage: Die unmittelbare Gestaltung der eigenen Lebenswelt ist ein Thema, das wir uns in Zukunft ganz verstärkt wünschen, nämlich dass Menschen befähigt und mitgenommen werden, ihre Lebenswelt selbst zu gestalten. Das wollte ich an dieser Stelle noch deutlich machen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann folgt jetzt Frau Abg. Wolle für die AfD-Fraktion.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Mich hat jetzt schon sehr amüsiert, dass beim Thema Meinungsfreiheit bei Ihnen reflexartig die Reaktion kam: Die ist gegeben. – Ja, natürlich können alle alles sagen.

(Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Allerdings kommt jetzt ein großes Aber: Ihre verfestigten Haltungen führen dazu, dass Menschen ausgegrenzt werden, bis hin zum Arbeitsplatzverlust. Dann kann es

mir passieren, dass ich gekündigt werde. Jeder, der sich mit dem Arbeitsrecht auskennt, weiß: Man findet immer einen Weg, jemanden zu kündigen oder auch nicht einzustellen.

(Vereinzelt Lachen – Zurufe)

– Darf ich bitte weiterreden?

Die Menschen haben Angst und sagen deswegen nichts. Ich habe Ihnen gesagt, wie viele das sind. Sie nehmen das aber gar nicht ernst; das ist das Problem. Wie kann man dagegen vorgehen? Ich habe Ihnen den Weg genannt. Es geht nicht darum, dass der eine Bereich den anderen verfestigt. Es wurde gerade angesprochen: Einseitige Kommunikation kann es nicht sein; Kommunikation muss zweiseitig sein. Man muss den anderen in seiner Angst verstehen und ihn ernst nehmen. Wie können wir das hinbekommen? Indem man wieder miteinander spricht, sich nicht nur einseitig beschießt und der eine dem anderen sagt: „Du lügst“, und der andere auch sagt: „Du lügst“, sondern indem man sich zuhört und darüber nachdenkt, warum der andere dieser Meinung ist, und nicht nur darüber lacht, Herr Wahl.

Ganz wichtig ist, dass die Fachleute, Wissenschaftler – – Sie haben gleich wieder welche ausgegrenzt, indem Sie „Pseudowissenschaftler“ gesagt haben. Das sind Professoren, die manchmal eine andere Meinung vertreten als andere. Wir müssen es zulassen und aushalten, dass die auf fachlicher Ebene miteinander diskutieren und fachlich streiten. Das passiert aber nicht. Dann kann der eine den anderen überzeugen oder entzaubern. Das ist der Weg. Der Weg ist aber nicht, dass wir sagen: „Das ist richtig“, oder: „Das ist falsch.“ Vielmehr müssen Wissenschaftler nachweisen, was richtig oder falsch ist. Vielleicht ist manches noch gar nicht so weit, dass man sagen kann, wer die richtige Aussage getroffen hat. Manches ist noch im Fluss, da wissen es die Wissenschaftler selbst noch nicht.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Abg. Karrais noch einmal für die FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Frau Wollé, man muss einmal überlegen, was Wissenschaft ist. Wissenschaft entsteht im Diskurs aus verschiedenen Positionen, aus Hypothesen, die aufgestellt werden und die dann in der Regel andere Wissenschaftler versuchen, zu bestätigen oder zu widerlegen. Dann ergibt sich eine Erkenntnis, die aufgrund der Erkenntnisse, die viele Wissenschaftler gesammelt haben, eine wissenschaftliche Meinung ergibt. Natürlich gibt es noch immer diejenigen, die sagen: „Das ist nicht so. Ich habe eine andere Hypothese.“ Das dürfen die auch sagen; das ist gar keine Frage. Aber das heißt nicht, dass diese Hypothese dann auch stimmt, nur weil der irgendetwas anderes sagt, was mir besser gefällt.

Das ist – die AfD geht immer darauf ein – z. B. bei den Klimathemen der Fall. Es gibt ein paar wenige Wissenschaftler, die andere Ursachen als Treibhausgase für den Klimawandel ausmachen. Das sind beispielsweise die Theorien mit einer verstärkten Sonnenaktivität und Ähnliches. Diese Theorien gibt es. Die muss man sich anhören; das hat man auch getan. Aber das wurde verschiedentlich widerlegt.

Bei solchen Punkten werden einzelne Wissenschaftler von interessierten Gruppen herausgenommen, und es wird gesagt: „Die Wissenschaft hat gesagt, das ist die Sonne und nicht das Treibhausgas.“ Richtig ist: Ein Wissenschaftler hat das gesagt. Vielleicht sind es auch zwei oder drei; das weiß ich im Detail nicht. Aber der Großteil der anderen Wissenschaftler hat das widerlegt. Damit ist das eine Wissenschaft, und das andere ist eine Hypothese, die widerlegt wurde. Wenn man dann so tut, als wäre das Wissenschaft, dann ist es Pseudowissenschaft.

Dann gibt es auch noch diejenigen, die in diesem Fachbereich gar keine Kompetenz haben, die einfach irgendetwas erzählen und sagen: „Ich bin Wissenschaftler. Deshalb weiß ich das.“ Auch das muss man zur Kenntnis nehmen.

Es geht darum, dass wir da genau hinschauen und den Leuten das Wissen an die Hand geben. Das muss einfach noch einmal herausgestellt werden.

Es gibt auch Leute, die daran glauben, dass es wissenschaftliche Erkenntnisse darüber gibt, dass die Erde flach ist und nicht rund. Die glauben einem gar nichts anderes. Auch das wird von denen als Wissenschaft angesehen. Das ist definitiv Pseudowissenschaft bzw. gar keine Wissenschaft, sondern das sind nur irgendwelche Fantastereien.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Einfach nur ein kleiner, schneller Hinweis, weil mir das beruflich immer wieder mal Ärger macht. Es gibt Meinungsfreiheit im öffentlichen Raum. Die Meinungsfreiheit im beruflichen Umfeld hingegen ist deutlich eingeschränkter. Ich darf im beruflichen Umfeld, im Unternehmen, am Kaffeeautomaten nicht unbedingt alles sagen. Themen wie Betriebsfrieden sind ein hohes Gut. Die Meinungsfreiheit herrscht im öffentlichen Raum, aber im Arbeitsumfeld muss man vorsichtiger sein.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Klarstellung. – Gibt es noch weiteren Rede- oder Diskussionsbedarf? – Frau Abg. Wolle, bitte.

Abg. Carola Wolle AfD: Ja, der Betriebsfrieden muss eingehalten werden. Kontroverse Diskussionen sollten nicht im Betrieb geführt werden; da gebe ich Ihnen recht. Aber wenn jemand gekündigt oder nicht eingestellt wird, nur weil er gewisse Meinun-

gen vertritt, was überhaupt nichts mit dem Betriebsfrieden zu tun hat, dann wird es schon komisch.

Ich sage es noch einmal: Man sollte sich wirklich Gedanken darüber machen, warum über 50 % der Bevölkerung der Meinung sind, dass sie ihre Meinung nicht mehr sagen können. Das kommt doch irgendwoher. Das wird weggeschoben. Sie schieben das einfach weg und wollen sich mit dem Thema nicht befassen. Warum fühlen die Menschen denn so? Das ist ja ein Gefühl. Warum meinen die Menschen, dass sie nicht mehr alles sagen können, und tun das dann auch nicht mehr? Sie ignorieren das. Das finde ich sehr traurig; denn insbesondere das spaltet unsere Gesellschaft. Wenn wir sie krisenfest haben wollen, müssen wir schauen, dass unsere Gesellschaft wieder zusammenkommt.

Zum Thema Wissenschaft: Sie wissen sehr wohl, dass gewisse Kommissionen ganz bestimmt besetzt werden. Auch in diesen Bereichen gibt es Leute, die eine andere oder die herrschende Meinung vertreten und die das entsprechende Thema nicht studiert oder keine Professur darauf haben.

Ich setze noch immer darauf: Die Auseinandersetzung muss zwischen Wissenschaftlern stattfinden. Das kann nicht politisch entschieden werden, nur weil man diese oder jene Interessen verfolgt. Da ist eine Entzauberung möglich.

Jetzt muss ich einmal einen ganz alten Wissenschaftler ansprechen: Galileo Galilei. Er hat nachgewiesen, dass die Erde rund ist, und wurde gezwungen, dem abzuschwören. Wo befinden wir uns denn heute?

(Abg. Christiane Staab CDU: Es waren ja auch keine Wissenschaftler, die ihn dazu gezwungen haben!)

Vorsitzender Alexander Salomon: Nicht jedes Beispiel ist ein gutes Beispiel. Aber das lasse ich jetzt mal so stehen.

Gibt es aus der Runde noch weitere Hinweise oder weiteren Diskussionsbedarf? – Ich sehe keine weiteren Meldungen. Damit sind wir am Ende der politischen Aussprache zum dritten Handlungsfeld, aber noch nicht ganz am Ende. Es gibt nämlich noch Anträge.

Ihnen liegen drei Anträge vor: ein Antrag der SPD-Fraktion (*Anlage 1*), ein gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE und der CDU-Fraktion (*Anlage 2*) sowie ein Antrag der FDP/DVP-Fraktion (*Anlage 3*). Der Antrag der FDP/DVP-Fraktion ist am weitestgehenden, da mit diesem begehrt wird, die Beratung der Trendpapiere zum dritten Handlungsfeld auf einen anderen Termin zu verschieben. Ich würde sagen, dass wir eine Aussprache bzw. Einbringungsreden dazu machen, sofern es Bedarf gibt.

Abg. Florian Wahl SPD: Man hat sich doch jetzt mit der FDP/DVP geeinigt, dass man heute nicht über die Anträge abstimmt. Deswegen habe ich den Antrag der FDP/DVP nicht ganz verstanden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Okay. Das ist von den parlamentarischen Beraterinnen und Beratern nicht zu mir durchgedrungen. – Bitte, Frau Abg. Krebs.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Herr Vorsitzender, ich denke, das ist fast schon Tradition. Das hatten wir auch bei den anderen Handlungsfeldern. Darum würde ich dem Vorschlag gern zustimmen und bitte um breite Zustimmung dafür.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das heißt, wir ziehen alle Papiere erst einmal zurück und verschieben deren Behandlung auf die nächste Sitzung. Ist das Ihr Petikum?

(Abg. Florian Wahl SPD: Wir lassen sie stehen!)

– Genau. Wir stimmen heute nicht über die Papiere ab, sondern das Petikum der FDP/DVP-Fraktion wird angenommen. Das heißt, wir verschieben die Beratung auf die nächste Sitzung der Enquetekommission. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann machen wir das so. Vielen Dank.

Damit sind wir am Ende von Teil I Punkt 1 unserer heutigen Tagesordnung angekommen. Da die Ministerin erst auf 11:00 Uhr eingeladen ist, haben wir jetzt die Möglichkeit, die nicht öffentliche Sitzung vorzuziehen. Ich glaube, es ist in Ihrer aller Interesse, wenn wir das machen. Dann beenden wir jetzt kurz den Livestream. Für die Öffentlichkeit: Der Livestream wird um 11:00 Uhr fortgesetzt.

(Schluss von Teil I Punkt 1: 10:14 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

(Fortsetzung von Teil I – öffentlich –: 11:00 Uhr)

Punkt 2

**Anhörung von Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut,
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
des Landes Baden-Württemberg
zum vierten Handlungsfeld „Ökonomische Aspekte
von Krisen“**

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich begrüße Sie alle recht herzlich zu unserer öffentlichen Anhörung von Frau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, der Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg, zum vierten Handlungsfeld. Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, Sie eröffnen das Handlungsfeld „Ökonomische Aspekte von Krisen“.

Wenn ich in die Runde schaue, glaube ich, dass wir heute alles zum Thema Wirtschaft fragen können, weil Sie auch Vertreterinnen und Vertreter Ihres Ministeriums mitgebracht haben. Ich will jetzt nicht das Wort „Betriebsausflug“ nennen, das mir gerade zugeflogen ist.

(Heiterkeit)

Wir freuen uns, dass Sie so zahlreich da sind. Für uns ist es wichtig, dass wir alles fragen dürfen und qualifizierte Antworten erhalten. Deswegen sind wir sehr froh darüber, dass so viele Vertreterinnen und Vertreter aus dem Ministerium hier sind.

Ich will keine weiteren Ausführungen machen. Wir hatten ja mit Ihnen abgesprochen, dass Sie zuerst einen Impulsvortrag halten. Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, Sie sind jetzt aufgerufen – Sie kennen den Platz hier sehr gut –, uns erst einmal einen Überblick über das Thema zu geben.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Recht herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Salomon. – Ich begrüße auch die stellvertretende Kommissionsvorsitzende, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder der Enquetekommission, und alle, die Sie unterstützen.

Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus meinem Haus bedanken. Uns war es ein großes Anliegen, dass wir im Rahmen des Austauschs, der heute stattfindet, qualifiziert antworten und auch über Detailfragen diskutieren können. Heute sind auch Kolleginnen und Kollegen von anderen Häusern hier, die an Schnittstellen ebenfalls in die Beantwortung einbezogen waren.

Für uns ist es eine große Chance – so empfinden wir das insgesamt –, uns durch die Enquetekommission für die Zukunft, für zukünftige Krisen besser aufzustellen und eine krisenfeste Gesellschaft zu bilden. In dem vierten Handlungsfeld, das Sie identifiziert haben, wollen wir über die ökonomischen Aspekte von Krisen diskutieren. Ich finde, es ist wichtig und richtig, dass wir das tun.

Wirtschaft – ich glaube, das ist eine Erkenntnis, die Baden-Württemberg schon seit Jahrzehnten trägt – ist nicht alles. Aber ohne eine funktionierende Wirtschaft ist alles andere nichts. Wirtschaft ist nicht nur Unterhaltung, Sport oder Freizeit, sondern sie ist auch ein wichtiger Bestandteil, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, auch mit dem Allernötigsten. Die Wirtschaft hält das Leben am Laufen und eine Gesellschaft in Gang. Wirtschaft sorgt für Beschäftigung und für unser aller Wohlstand. Daher ist es elementar, in Krisenlagen die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit des Staates, einer Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Das heißt, zu einer krisenfesten, zu einer resilienteren Gesellschaft gehört auch eine möglichst resiliente Wirtschaft.

Der in Landshut geborene Ökonom Markus Brunnermeier – er ist jetzt Professor an der Princeton University – hat in seinem Standardwerk mit dem Titel „Die resiliente Gesellschaft. Wie wir künftige Krisen besser meistern können“ eine, so meine ich, sehr gute Analyse gemacht und eine sehr gute Schlussfolgerung gezogen. Brunnermeier zitiert in diesem Zusammenhang die berühmte Fabel „Die Eiche und das Schilfrohr“ des französischen Dichters La Fontaine: Die Eiche, fest und hart gewachsen, hat wenig Flexibilität; ein Schilfrohr kann umgebogen werden, steht aber wieder auf, wenn wir etwas tun, um diesem Schilfrohr das zu ermöglichen.

Resilienz ist für ihn vor allem die Fähigkeit, sich zu erholen, Schocks, die mit historischer Zwangsläufigkeit immer wieder eintreten werden, wegzustecken, sich immer wieder anzupassen und sich neu zu erfinden. Hier ist eben nicht die Eiche in ihrer Robustheit, sondern das biegsame Schilfrohr das Vorbild, damit in einem Sturm nicht alles weggefegt wird.

Dabei sind mehrere Akteure im Spiel: zum einen der Staat mit seinen Gesetzen und Institutionen, zum anderen die Gesellschaft mit ihren kulturellen Gepflogenheiten und sozialen Normen, darüber hinaus die Bürgerinnen und Bürger sowie die einzelnen Unternehmen, die auf nationalen und internationalen Märkten agieren.

Eines ist schon von vornherein klar: Bei der Resilienz kommt es entscheidend auf das Zusammenwirken dieser Handlungsakteure und der einzelnen Verantwortungsebenen an. Wir müssen das in die Gesamtheit einbetten. Mit anderen Worten: Es geht darum, die richtige Balance zu finden, auch bei den erstrebenswerten Zielen.

Das heißt im ökonomischen Kontext, was Brunnermeier auch ausdrücklich hervorhebt: Effizienz und die damit verbundene Kostenminimierung sind nicht alles. Das haben wir in den letzten Jahren der Pandemie, aber auch jetzt in der Zeit des Krieges erlebt. Es braucht im wirtschaftlichen Sinn Sicherungen, Puffer, Vorräte und Re-

serven – und das auf allen Ebenen: bei den Unternehmen, den privaten Haushalten und auch der staatlichen Infrastruktur.

Schon ein liberaler Ökonom wie der Reutlinger Friedrich List stellte in Auseinandersetzung mit dem Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts fest, dass Wirtschaft mehr ist als wertoptimierende Tauschwirtschaft, dass freie Märkte vieles leisten, aber nicht in jeder erdenklichen Lage für alles sorgen können, dass man sich weder als Unternehmen noch als Staat in einseitige Abhängigkeit begeben sollte und dass es insofern einer strategisch klugen und aktiven Wirtschaftspolitik bedarf. Und das schon damals in dieser Zeit.

Doch zurück zu Brunnermeier: In Schocksituationen, wie sie Krisenlagen, gerade auch im Zuge der Coronamaßnahmen und des Stopps der Gaslieferungen aus Russland, oft mit sich bringen, sind die Märkte auf sich allein gestellt, überfordert. Hier muss der Staat eingreifen, um die Lage zu stabilisieren, um strukturelle Brüche zu vermeiden und um soziale Verwerfungen und alles, was damit an Folgen verbunden wäre, zu verhindern. Das erwarten – völlig zu Recht – die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Staat.

Aber wenn der Schock überwunden ist – ich möchte das in Erinnerung rufen, weil wir in der Enquete den Blick auch nach vorne richten – und sich die Lage wieder stabilisiert hat, muss der Staat auch bereit sein, sich wieder zurückzunehmen. Auch dies unterstreicht Brunnermeier sehr deutlich: Dann braucht es Dynamik, dann braucht es Innovationsgeist, und dann braucht es neue Ideen – das, wofür die freien und offenen Märkte stehen.

Worauf es also ankommt, könnte man als Dreischritt bezeichnen: so weit wie möglich für künftige Krisenszenarien Vorsorge treffen, staatliche Funktionen zur Krisenbewältigung ertüchtigen und Rahmenbedingungen schaffen, damit Bürger und Unternehmen mit Krisen umgehen und danach wieder Tritt fassen können. Das war auch in dieser schwierigen Zeit handlungsleitend.

Wie kann vor diesem Hintergrund unser staatliches Coronakrisenmanagement bewertet werden? Wir alle wissen – viele von Ihnen haben es aus der Sicht einer Abgeordneten bzw. eines Abgeordneten hautnah miterlebt –, dass es keine Blaupause für solch eine Entwicklung gab. Wir hatten es mit einem völlig neuartigen Virus zu tun, über das zunächst nur wenig gesichertes Wissen zur Verfügung stand. Zu Beginn gab es auch keine Erfolg versprechende Behandlungsmethode und keine Impfstoffe. Wir waren mit hohen Infektions- und Sterbezahlen in benachbarten Ländern konfrontiert. Denken wir nur an Norditalien oder auch an das Elsass.

Die Landesregierung musste handeln und einschränkende Maßnahmen für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft erlassen, um eine unkontrollierte Ausbreitung des Virus und damit eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Dieses Ziel wurde am Ende – bei all den Schicksalsschlägen Einzelner – glücklicher-

weise erreicht. Zwar war das Gesundheitssystem zeitweise sehr stark belastet, aber zu einer Überlastung oder einem Zusammenbruch der Versorgung ist es glücklicherweise zu keinem Zeitpunkt gekommen. Auch da haben Flexibilität und Offenheit geholfen. Wir haben aus Baden-Württemberg heraus auch anderen Ländern bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten geholfen.

Dennoch hat die Coronapandemie unser Land vor nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Zeitweise befand sich die Wirtschaft quasi im freien Fall. Über nahezu alle Branchen hinweg kam es immer wieder zu Umsatzausfällen, die unmittelbar auch auf die Liquidität der Unternehmen durchschlugen, und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen, auf die wir heute noch zu sprechen kommen.

Bund und Länder haben mit einer beispiellosen Kraftanstrengung darauf reagiert und zahlreiche Hilfsprogramme zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen auf den Weg gebracht. Gleich zu Beginn der Krise im März 2020 – ich erinnere mich noch gut – haben Bund und Land z. B. mit der Coronasoforthilfe ein unbürokratisches und vor allem schnelles Notfallprogramm geschaffen, um die unmittelbaren Auswirkungen der Lockdownmaßnahmen für Selbstständige und kleine Unternehmen schnellstmöglich abzumildern.

Als Nachfolgeprogramm wurde ab Juni 2020 seitens des Bundes die Überbrückungshilfe zur Verfügung gestellt, bei der viele Kriterien aus den Erkenntnissen der ersten Phase neu erarbeitet wurden. Sie war im weiteren Verlauf der Pandemie das zentrale Unterstützungsinstrument. Wir haben damals das Zugangskriterium für die Wirtschaftshilfen vom Liquiditätsengpass auf den Umsatzeinbruch umgestellt. Die Überbrückungshilfe hat in ihren unterschiedlichsten Ausgestaltungen immer wieder die aktuellen Situationen und Entwicklungen aufgegriffen. Ich möchte nur den stationären Einzelhandel und die Anrechnung von Gütern, die nicht mehr verkaufbar waren, in Erinnerung rufen.

Es gab eine laufende Diskussion der Länder mit dem Bund und den betroffenen Unternehmen darüber, wie die Überbrückungshilfen ausgestaltet werden. Das ist ein Zusammenspiel auch zwischen den staatlichen Ebenen. Dazu ist eine enge Abstimmung erfolgt. Mir war in dieser Ausnahmesituation ein großes Anliegen, regelmäßig den Kontakt und den direkten Austausch zu suchen. Das haben wir auch getan, teilweise in wöchentlichen Gesprächen mit den Spitzen der Wirtschaft, den Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertretern bestimmter Branchen, die besonders betroffen waren. Mein Haus war so stets in der Lage, aus erster Hand über die jeweils aktuelle Lage in den Betrieben informiert zu sein, und konnte dieses Wissen zum einen in die Ausgestaltung der Hilfsprogramme sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene und zum anderen in die Ausgestaltung der Maßnahmen, die die Landesregierung beschlossen hat, um die Pandemie zu bekämpfen, einspeisen. Wir haben auch immer wieder Ansprechpartner aus anderen Ressorts mit einbezogen.

Es war uns ein großes Anliegen, möglichst passgenau zu unterstützen, weil es ganz unterschiedliche Betroffenheiten gab. Ich möchte nur einmal die Schausteller herausgreifen. Heute ist ja die Eröffnung des Cannstatter Volksfestes, des Wasens. Für diese Menschen, die über viele Monate, ja Jahre hinweg ein vollständiges Berufsverbot erleben mussten, die eigenständig, kreativ und selbstständig sind und das ja auch leben, war das besonders hart. Das war wirklich eine schwere Zeit. Ich freue mich darüber, dass wir auch die Schaustellerinnen und Schausteller in unserem Land unterstützen konnten, sodass der Cannstatter Wasen heute wieder eröffnet werden kann. Im letzten Jahr war das ja auch schon der Fall. Aber das war in dieser schwierigen Zeit eben keine Selbstverständlichkeit.

Wir haben wertvolle Impulse aus Unternehmens- und Gewerkschaftskreisen bekommen, um die befürchteten Strukturbrüche abzuwenden und Insolvenzwellen mit massenhaften Stellenstreichungen zu verhindern.

Baden-Württemberg ist im gesamten Zeitraum der Pandemie bei den Coronahilfsprogrammen regelmäßig in erheblichem Umfang über das Vorgehen und die Angebote anderer Bundesländer und des Bundes hinausgegangen. Wir haben bestehende Lücken identifiziert, was das für die Wirtschaft in unserem Land bedeutet, und sie unter Einsatz von Landesmitteln geschlossen. Ich möchte beispielhaft den fiktiven Unternehmerlohn nennen, den wir als einziges Bundesland schon seit März 2020 durchgängig ergänzend zu den Bundesprogrammen gewährt haben. Der Bund hatte damals eine andere Linie. Er war der Auffassung, die Menschen sollen in die Grundsicherung gehen. Sie hatten auch einen erleichterten Zugang dazu. Aber dem Land Baden-Württemberg war es wichtig – am Ende des Tages geht es ja nach dem Motto: „Linke Tasche, rechte Tasche“ –, diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, nicht in die Grundsicherung zu gehen, sondern ihnen über den fiktiven Unternehmerlohn eine Perspektive zu eröffnen.

Wir haben die Stabilisierungshilfe Corona für das Gastgewerbe, das auch besonders betroffen war, sowie den Tilgungszuschuss Corona für bestimmte Bereiche mit besonders hohen Fixkosten auf den Weg gebracht. Das betraf u. a. Schausteller und technische Dienstleister in der Veranstaltungsbranche. Es konnten ja keine Veranstaltungen stattfinden. Deswegen herrschte da eine ganz besondere Betroffenheit.

Des Weiteren haben wir – das ist nicht zu unterschätzen – beratende Programme unterstützt, so das Programm zur Krisenberatung, das sehr stark nachgefragt wurde. Auch unsere Start-ups haben wir im Blick gehabt. Mit dem Programm „Start-up BW Pro-Tect“ haben wir sie unterstützt und ihnen in dieser Krise beigestanden.

Im Rahmen der verschiedenen Programme wie Überbrückungshilfen, Neustarthilfen, Bürgschaften und Garantien wurden Bundes- und Landesmittel in Höhe von insgesamt über 12 Milliarden € ausbezahlt, davon allein Landesmittel im Umfang von über 1 Milliarde €, um den Unternehmen und Selbstständigen in unserem Land in der Krise beizustehen. Auf diese Weise ist es uns gelungen, die wirtschaftlichen Folgen der

Pandemie in der Breite abzumildern – natürlich gibt es immer besonders betroffene Einzelfälle – und die ganz große Mehrheit an Existenzen und Arbeitsplätzen bei uns in Baden-Württemberg zu sichern.

Inzwischen liegen die Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände zur Bewertung unserer Hilfsmaßnahmen vor. Ich freue mich natürlich über das darin geäußerte Lob, auch für meine Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte an dieser Stelle meine besondere Wertschätzung ausdrücken; denn viele meiner Kolleginnen und Kollegen haben vor dem Hintergrund des immensen Handlungsdrucks fast Tag und Nacht an der Umsetzung dieser Programme gearbeitet. Meine Kolleginnen und Kollegen hatten auch mit gesundheitlichen Folgen zu kämpfen und sind an ihre Leistungsgrenze geraten. Aber sie haben diese Leistung vor dem Hintergrund der großen Not und der Unsicherheit erbracht. Das war großartig. Ein Lob freut da natürlich in besonderer Weise und bestätigt auch unsere Anstrengungen.

(Beifall)

– Danke schön.

Natürlich sind wir offen und dankbar für konstruktive Kritik. Wir wollen uns ja in der Enquete darauf fokussieren, was wir in Zukunft besser machen können, wenngleich die Zukunft unsicher ist. Wir wissen ja nicht, welche Krise als Nächstes eintritt. Dass es immer wieder Krisen geben wird, zeigt die Geschichte. Sicherlich hätte das eine oder andere in der Rückschau besser geregelt werden können. Doch gerade zu Beginn der Pandemie war vor allem schnelles Handeln gefragt, für das es – ich möchte es noch einmal sagen – keine Blaupause gab.

Im Rahmen einer Evaluation wollen wir nun die Coronahilfsprogramme meines Ministeriums einer vertieften Analyse unterziehen: Wie wirtschaftlich wurden die Programme umgesetzt? Wie nachhaltig wurden ihre Ziele erreicht? Wir wollen und müssen aus den Erfahrungen der Pandemie lernen, um die Krisenresilienz der Verwaltung weiter zu stärken. Es gilt, für künftige Notfallsituationen noch besser gerüstet zu sein. Es gilt, noch schneller und unbürokratischer, aber auch transparent und rechtsicher staatliche Hilfe leisten zu können. Deshalb müssen wir uns alles genau anschauen, um Lehren daraus zu ziehen. Der Landtag ist darüber informiert. Es gab einen Beschluss des Landtags – leider Gottes liegen uns die Ergebnisse jetzt noch nicht vor –, dass wir ihm bis Ende 2024 über die Evaluation der Hilfsprogramme für die Wirtschaft berichten werden.

Während der Coronakrise hatten wir in Baden-Württemberg in Hochzeiten bis zu knapp eine Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Kurzarbeit. Ich erinnere mich noch gut an das erste Krisengespräch mit den Verbänden sowie den Spitzen des Handwerks und der Industrie- und Handelskammern. Das erste Mal haben wir uns noch in Präsenz getroffen, dann nur noch digital. Die Bereiche, die betroffen waren, beispielsweise die Hotellerie und die Gastronomie, hatten das Instru-

ment der Kurzarbeit in dieser Form noch nie genutzt. Die Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau sowie die Metallbranche waren darin bereits bewährt und hatten schon sehr viel Erfahrung damit. Es fand dann ein Austausch zwischen den einzelnen Akteuren in der Wirtschaft statt. Man hat sich gegenseitig beraten. Das war eine völlig neue Situation. Wir waren froh und dankbar, das Instrument der Kurzarbeit wieder einsetzen zu können.

Das konjunkturelle Kurzarbeitergeld – ich glaube, das kann man sagen; es war auch damals in der Wirtschafts- und Finanzkrise ein wichtiges Instrument, um das Land aus der Krise zu führen – war ebenfalls ein entscheidendes Instrument, um den Arbeitsmarkt in einer schweren Zeit zu stabilisieren und eine Entlassungswelle zu verhindern.

Wir wissen: Wirtschaft hat auch immer mit Psychologie zu tun. Der psychologische Effekt auf die Menschen, die Arbeit nicht zu verlieren, sondern Sicherheit zu haben, ist ganz entscheidend, natürlich auch für den Konsum und damit für die Weiterentwicklung der Gesamtwirtschaft.

Es hat sich bewährt, dass die Bundesregierung in der akuten Krisensituation die Zugangsvoraussetzungen zum Kurzarbeitergeld erleichtert hat. So konnten nicht nur Millionen von Arbeitsplätzen gesichert, sondern auch ein schnelles Wiederhochfahren der Betriebe nach der Krise – auch das ist ein wesentlicher Aspekt – ermöglicht werden. Auch hier gilt es, Lehren aus der Krise zu ziehen.

Erstens müssen wir in Zukunft noch viel stärker als bisher die gewonnene Zeit bei der Kurzarbeit für Weiterbildung nutzen, gerade in der Transformation, in der wir uns derzeit befinden, aber auch grundsätzlich.

Zweitens sollten die Verfahren, vor allem bei der Abrechnung des Kurzarbeitergelds, vereinfacht werden. Die Abrechnungsprüfung im Einzelfall war sehr zeitaufwendig und hat auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur vor enorme personelle Herausforderungen gestellt.

Für ein Krisenkurzarbeitergeld werden derzeit Konzepte und Ideen entwickelt. Ich meine, wir müssen ein solches einführen, damit wir für die Zukunft besser gerüstet sind.

Corona hat unser Leben auf eine Art und Weise verändert, wie wir es uns im Januar 2020 noch nicht hätten vorstellen können. Ich weiß noch: Damals kamen schon Meldungen über Coronafälle aus China. Wir haben das nicht wirklich ernst genommen. Als sich dann aber die Lage im Februar so zugespitzt hatte, waren wir mittendrin in einer Pandemie, die die ganze Welt vor Herausforderungen von historischer Dimension gestellt hat. Die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft konnten diesen Schock nicht ausgleichen. Wir mussten den Schutz von Leib und Leben über die

Gewährung von bürgerlichen Freiheiten stellen. Das waren schwere Entscheidungen, die zu treffen waren.

Das hat uns gelehrt, dass die soziale Marktwirtschaft, die auf Markt, freiem Wettbewerb und der Eigenverantwortung der Unternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger beruht, bei solch exogenen Schocks doch in Bedrängnis kommt. Wir verfügen aber über ein Arsenal an wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Instrumenten, die es gezielt und sinnvoll einzusetzen gilt. Wie gesagt: in Krisen mehr Staat, wenn die Krisen dann vorüber sind, wieder weniger Staat und mehr Vertrauen in die Märkte. Die Coronakrise hat gezeigt, dass dies funktioniert.

Wir haben den Blick – Stichwort „Zukunftsland Baden-Württemberg“ – im Herbst 2020 und im Jahr 2021 auf die Zukunft gelegt und viele Programme aufgelegt und Maßnahmen ergriffen, um das Anfahren der Marktwirtschaft und der Unternehmen zu unterstützen. Wir haben auf Innovationen, den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und unternehmerische Initiative gesetzt. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Staates war mit Blick auf diese Entwicklung ebenfalls gegeben. Deswegen ist es so wichtig, dass wir immer nah dran und anpassungsfähig sind.

Die Wirtschaftskraft sowie der Fleiß, die Kreativität und vor allem die Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind eine wesentliche Voraussetzung, um resilienter zu sein. Die gilt es weiter zu stärken und zu unterstützen, indem wir Reglementierungen abbauen und Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen verbessern, um uns langfristig krisenfester aufzustellen.

Wir dürfen nicht vergessen: Letztlich waren es nicht nur die staatlichen Lockdownmaßnahmen, die zum Ende der Pandemie geführt haben. Vielmehr haben auch bahnbrechende Innovationen junger Unternehmen in Kooperation mit bestehenden Unternehmen, beispielsweise BioNTech, dazu beigetragen. Die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten unter Hochdruck wurde in dieser Zeit unter deregulierten Rahmenbedingungen überhaupt erst ermöglicht.

Deswegen ist als zentrale Lehre aus der Pandemiezeit die Erkenntnis zu ziehen, dass es wichtig ist, wie wir in der Wirtschaft und in der Gesellschaft mit Innovationen und technologischem Fortschritt umgehen. Die Anpassungsfähigkeit und die Innovationskraft sind letztlich entscheidend, um auch in Krisen, in denen wir am Anfang keine Antworten geben können, Antworten zu technologischen Lösungen und Innovationen zu entwickeln. Deswegen ist das ein ganz starker Schwerpunkt, den wir in der Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg setzen, um uns resilienter aufzustellen.

Die jüngsten Krisen haben uns die Verletzlichkeit der Märkte deutlich aufgezeigt. Die Pandemie und der Krieg haben die Lieferketten gestört. Jetzt gehen wir über die Grenzen hinaus. Wir haben alles darangesetzt, dass es gerade auch im produzierenden Gewerbe zu keinen Betriebsschließungen kam. Ich habe noch gut die Diskussionen in Erinnerung. In anderen Ländern kam es ja dazu. In Bezug auf Nordita-

lien haben wir erkannt, wie abhängig wir von Betrieben sind – nicht nur in der Automobilbranche, sondern auch im Maschinen- und Anlagenbau. In Bergamo wurden Betriebe geschlossen. Das hatte eklatante Auswirkungen auf unsere Lieferketten.

Aufgrund von China, der internationalen Arbeitsteilung und des hohen Exportanteils sind wir trotz unserer Stärke vulnerabel gewesen. Das hat sich entsprechend ausgewirkt. Deshalb ist es für uns wichtig, auch die Widerstandsfähigkeit der außenwirtschaftlichen Beziehungen – das ist ein zweiter Bereich – stärker in den Blick zu nehmen. Ich nenne nur die Abhängigkeit von der Lieferung kritischer Rohstoffe und Seltener Erden, u. a. aus China, und die Vorprodukte der Industrie, die auch durch die internationale Arbeitsteilung entstanden sind. Wir müssen einen Beitrag dazu leisten, die Liefer- und Wertschöpfungsketten resilienter aufzustellen.

Die Herausforderung besteht darin, dass wir nicht wissen, wie die nächste Krise aussehen wird. Wir wissen nicht, wie die Betroffenheit in den einzelnen Ländern sein wird. Wir wissen auch nicht, auf welche Produkte sie sich beziehen wird. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir – das Land, der Bund und die EU, aber auch die Unternehmen – grundsätzlich eine Strategie fahren, um einseitige Abhängigkeiten von Märkten, von Rohstoffen und auch von Energie zu reduzieren.

Der Staat kann und muss hier Unterstützung leisten und die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Eines ist wichtig: dass die Unternehmen durch den europäischen Binnenmarkt verlässliche Bedingungen vorfinden und dass wir stabile europäische Wirtschaftskreisläufe weiter ausbauen. Das ist eine der Hauptaufgaben der Europäischen Union und ein wichtiger Faktor für wirtschaftliche Resilienz.

Der Zusammenhalt – Stichworte „Masken“ und „Beatmungsgeräte“; deswegen ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt so wichtig – muss europaweit funktionieren: dass das eine Land dem anderen hilft. Ich erinnere mich noch gut an diese Debatten.

Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten ist es wichtig, dass die Außenhandelspolitik der Europäischen Union wieder einen Schwerpunkt bilden muss. Ich denke, das passiert auch gerade; das ist zumindest mein Gefühl. Wir brauchen mehr Handelsabkommen mit Drittländern – Stichwort „Strategische Diversifizierung“. Wir brauchen mehr Investitions- und Freihandelsabkommen, und wir müssen weitere Märkte erschließen und uns hier breiter aufstellen, gerade im Sinne der Wirtschaft. Deswegen begrüße ich die Verhandlungen mit MERCOSUR. Ich bin gespannt, ob dies in dem Zeitfenster vor der Europawahl noch gelingen wird; mal sehen. Es ist aber wichtig und richtig, diesen Weg zu gehen.

Das Land Baden-Württemberg arbeitet mit einigen Regionen über die Wirtschaftsrepräsentanzen besonders eng zusammen, ist da flexibel und derzeit in den USA, in China, in Japan und auch in anderen Ländern mit Auslandsbüros vertreten. Über

Reisen und Messeauftritte ist es uns ein großes Anliegen, der Wirtschaft in unserem Land Brücken in die Welt hinein zu bauen.

Unser Ziel ist – Stichwort „Versorgung der Bevölkerung“ –, dass wir in einer Krise stabile Produktionsstandorte in Baden-Württemberg, aber auch weit darüber hinaus schaffen. Wir denken ja EU-weit. Insbesondere in Krisensituationen müssen wir die Menschen mit lebenswichtigen Gütern versorgen.

Auch die kritische Infrastruktur ist ein wichtiges Thema. Wir müssen uns fragen, wie wir Versorgungsengpässe und Störungen, beispielsweise bei der Stromversorgung, ausgleichen können. Im Zweifel kann nicht produziert und nicht bezahlt werden. Das sind Folgen, die für das Zusammenleben und die Versorgung der Bevölkerung eine große Bedeutung haben.

Cybercrime und Cyberangriffe sind wichtige Themen. Wir müssen systemrelevante Bereiche gerade in Krisen aufrechterhalten. Insofern befürworte ich, dass auf Bundesebene jetzt das KRITIS-Dachgesetz vorbereitet wird, damit wir hier gemeinsam wichtige Schritte gehen und dadurch besser aufgestellt sind.

In der Coronapandemie – Stichwort „Gesundheitsversorgung“ – waren zum einen das Personal und zum anderen die Produkte sehr wichtig. Oft scheiterte es am Personal, das natürlich auch betroffen war. Die Versorgung mit Medizinprodukten und Arzneimitteln ist in einer globalisierten Welt – das haben wir bitter erfahren – in vielen Fällen von der Produktion im Ausland abhängig. Wir können diese natürlich nicht vollumfänglich zurückholen – das ist bei freien Märkten nicht möglich –, müssen aber künftig einen starken Fokus darauf legen, welche Komponenten und Materialien vielfach importiert werden. Dafür brauchen wir eine höhere Sensibilisierung. Die Landesregierung prüft derzeit, wie der relevante Bedarf im Bereich der Medizinprodukte und Arzneimittel im Krisenfall bestimmt und die Resilienz des Gesundheitsstandorts durch den Aufbau und die Erweiterung von Produktionskapazitäten verbessert werden kann.

Wir stärken die Medizintechnik- und die Pharmabranche und sind mit ihnen in einem engen Austausch. Wir stärken auch die Mikroelektronikbranche. Chips waren Mangelware. Das Förderprogramm IPCEI für Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien ist uns ein großes Anliegen. Sieben von 31 Projekten sind in Baden-Württemberg. Das freut uns sehr. Ich finde, das ist ein sehr marktgerechtes Instrument. Wir müssen die Wirtschaft auch nachhaltig entwickeln, weil sie im Wettbewerb steht, was die Preise und die Wettbewerbsfähigkeit angeht.

Wenn man den Jahren der Pandemie überhaupt etwas Gutes abgewinnen will – es gab auch positive Effekte –, dann ist das der Digitalisierungsschub, den wir alle erlebt haben, und zwar nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft und jeder Einzelne. Die schnelle Anpassungsfähigkeit an eine neue Normalität ist hervorzuheben: Videokonferenzen, Remote Work und digitale Prozesse. Es war erstaun-

lich, wie schnell es den Unternehmen, aber auch den Verwaltungen gelungen ist, die Menschen ins Homeoffice zu schicken. Das war schon beeindruckend und nicht selbstverständlich. Die Flexibilität war groß. Die starke Digitalisierung ist notwendig und wird auch weiterhin notwendig sein.

Ebenfalls eine Begleiterscheinung der Pandemie war die Dynamisierung und Beschleunigung bestimmter Strukturveränderungen. Es ist uns ein besonderes Anliegen, gerade den stationären Einzelhandel zu unterstützen. Durch die Pandemie hat da eine Beschleunigung stattgefunden.

Wir wollen den Digitalisierungsschub weitertreiben, mitnehmen und ausbauen. Das ist uns ein zentrales Anliegen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die Digitalisierungsprämie – das ist ein sehr erfolgreiches Instrument –, Invest BW – auch das ist ein sehr erfolgreiches Instrument, das auf die entsprechenden Themen eingeht –, den Innovationspark Ipa und die regionalen KI-Exzellenzzentren nennen. Wir haben Millionen dafür zur Verfügung gestellt, um die Wirtschaft zu begleiten und ihr dies zu ermöglichen.

Die Digitalisierung bei uns im Land voranzubringen, ist, so meine ich, ein wichtiges Handlungsfeld, um uns als Gesellschaft resilienter für Krisen aufzustellen. Das ist auch eine Chance für uns. Wir sehen das positiv. Dennoch möchte ich auch Risiken ansprechen. Die Cyberkriminalität hat vor allem durch den Krieg in der Ukraine in einem enormen Maß zugenommen. Laut Berechnungen des Bitkom beläuft sich der Schaden dadurch auf ca. 206 Milliarden €. Das ist eine gigantische Summe und bedeutet Wohlstandsverluste. Wir müssen das stärker in den Griff bekommen, um die Unternehmen und die öffentliche Verwaltung hier resilienter aufzustellen. Das ist im Zusammenhang mit der Digitalisierung ein ganz wichtiges Handlungsfeld.

Das Innenministerium ist federführend dafür zuständig und hat schon viel gemacht. Aus der Sicht der Wirtschaft ist die Cyber-Ersthilfe BW, die 24-Stunden-Hotline, besonders herauszustellen. Sie ist wichtig und richtig. Wir, das Wirtschaftsministerium, fördern über Innovationswettbewerbe und haben den Bereich Cybersicherheit bei unseren Programmen und bei der wirtschaftsnahen Forschung im Blick.

Wir haben das Kompetenzzentrum IT-Sicherheit beim Forschungszentrum Informatik, FZI. Das ist eines der landeseigenen Institute unserer Innovationsallianz. Auch da tun wir gemeinsam etwas. Das CyberSicherheitsForum findet in den Räumen der IHK Region Stuttgart statt, worüber wir intensiv im Austausch sind.

Einige Unternehmer sagen ganz offen: Wir haben über Jahre hinweg – ich habe es eingangs gesagt – stark die Kosten im Fokus gehabt. Der Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung haben funktioniert, just in time. Viele Güter waren auf der Straße. Dadurch konnte Gebundenes Kapital reduziert werden. Diese Strukturen wurden vor allem durch die Pandemie und in Teilen jetzt auch durch den Krieg zerschlagen. Die Wirtschaft hat auf einem wirklich harten Weg erlebt, wie anfällig, wie vulnerabel

sie doch ist, und das auch teuer bezahlen müssen. Wir erinnern uns: Weit über die Pandemie hinaus – in Teilen noch heute, wobei sich die meisten Lieferschwierigkeiten jetzt auflösen – gab es Lieferschwierigkeiten, weil einzelne Teile, Komponenten gefehlt haben.

Zu einem vorausschauenden Leben gehört – natürlich können wir uns nie optimal auf etwas Unsicheres vorbereiten –, dass wir uns bestmöglich auf Unfälle, auf Naturkatastrophen, auf eine weitere mögliche Pandemie – von der wir nicht hoffen, dass sie kommt, aber keiner kann das ausschließen –, auf Terror und, wie uns der schreckliche Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine leider Gottes deutlich macht, auch auf einen möglichen Kriegsfall vorbereiten. Wir müssen insofern wieder mehr auf das Prinzip der Vorsicht und der Vorsorge setzen. Das wird uns einiges kosten. Das haben wir auch in der Vergangenheit erlebt. Aber ich bin davon überzeugt: Diese Investitionen sind sinnvoll. Wir müssen langfristige Strategien entwickeln und uns dahin gehend ausrichten, dass wir resilienter werden. Ich habe einige Handlungsfelder aufgezeigt, die wir in unserem Bereich, der Wirtschaftspolitik, sehen.

Resilienz, so sagte Brunnermeier, den ich anfangs zitiert habe, betrifft uns alle: Staat, Bürger und Unternehmen. Es geht nur in diesem Miteinander. In der freien Gesellschaft sind Eigenverantwortung und Gemeinsinn gleichermaßen gefragt. Staat und Politik müssen sich in einer Zeit multipler Krisen verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dazu gehören äußere und innere Sicherheit, der Schutz der Bevölkerung, eine funktionsfähige Verwaltung und vor allem eine Rechtsordnung in einem Krisenfall.

Sich darüber zu verständigen, auch in schwierigen Zeiten und in einer Krisenzeit frei, offen und respektvoll miteinander zu diskutieren, ist die Art und Weise, wie wir diese Themen in einem liberalen Gemeinwesen diskutieren und gestalten. Das ist der Weg, den wir gehen sollten. Deshalb brauchen wir diese Enquetekommission.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich einbringen und sich die Zeit nehmen, sich mit den entsprechenden Themen tiefer gehend auseinanderzusetzen und Handlungsempfehlungen auch in der Breite und im Überblick zu entwickeln. Auch die Landesregierung ist in vielen Bereichen mittendrin, um uns noch besser aufzustellen. Der Landtag hat hierbei eine ganz wichtige Rolle. Ich freue mich sehr darüber, dass Sie diese Rolle so ernst nehmen und sie wahrnehmen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Sie tun das auch für ein liberales und starkes Gemeinwesen.

Ich freue mich jetzt auf die Diskussion.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut. – Uns freuen das Lob und die Anerkennung für die Mitglieder und Sachverständigen der Enquetekommission. Wir erinnern Sie sicherlich noch einmal daran, wenn die Handlungsempfehlungen im Nachgang verabschiedet worden sind. Sie müssen nämlich von der Landesregierung dann auch umgesetzt werden. Wir sind uns sicher, dass wir Sie da an unserer Seite haben.

Wir steigen jetzt in die Diskussionsrunde ein. – Für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Poreski, bitte.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Vorsitzender, Frau Ministerin, vielen Dank. – Ich werde mich jetzt in der ersten Runde auf drei Punkte konzentrieren. Das erste Stichwort ist „De-Risking“, also die Reduzierung von Risiken, die im Zweifelsfall auch krisenauslösend sind. De-Risking ist eine Strategie, die auch von der Bundesrepublik Deutschland benannt wird.

Die ersten Fragen sind: Was ist über die Abhängigkeiten der Wirtschaft in Baden-Württemberg von bestimmten Rohstofflieferanten oder Zulieferationen konkret bekannt? Welche Branchen sind besonders betroffen? Wie wird diese Einschätzung getroffen, also wird sie am Umsatzvolumen, an den Arbeitsplätzen, Produkten, Dienstleistungen, Sekundärauswirkungen usw. festgemacht? Wer erfasst das? Wie wird das aktuell gepflegt? Gibt es Nachsteuerungspunkte? Gibt es Krisenpläne, um Lieferketten in zentralen Wirtschaftsbereichen im Krisenfall ad hoc umzustellen? Gibt es da eine Zusammenarbeit zwischen den Ministerien? – Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, um auf Krisen vorbereitet zu sein und sie dann auch abzuwehren. Die Fragen hierzu sind: Inwieweit hat das Wirtschaftsministerium konkrete Kenntnis von der Abwanderung bzw. Nichtansiedlung von Unternehmen aufgrund konkreter Standortnachteile? In welchen Bereichen liegen die relevanten Standortfaktoren, bzw. wie sehen diese ganz konkret aus?

Das zentrale Stichwort ist Energie. Ich beziehe mich da auf Berichte z. B. der „WirtschaftsWoche“ und des „Handelsblatts“, dass Standorte in Deutschland aufgrund der dort verfügbaren Windenergie inzwischen Vorteile haben und bevorzugt werden. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese Faktoren zu verbessern? Welche Förderprogramme und politische Unterstützung braucht es nach Einschätzung des Wirtschaftsministeriums, um die Resilienz der Wirtschaft und damit die Wettbewerbsfähigkeit noch besser zu stützen? Welche Lücken sehen Sie?

Der letzte Punkt, den ich jetzt in der ersten Runde ansprechen möchte, betrifft das Thema „Innovationsfähigkeit und Technologie“. Inwieweit fördert das Wirtschaftsministerium den Erkenntnistransfer baden-württembergischer Spitzenforschung in die wirtschaftliche Nutzung? Welche Branchen sind in diesem Kontext besonders relevant? Wo sieht das Wirtschaftsministerium hier noch Verbesserungsbedarfe? Was

kommt auf die Piste? Wie stehen wir da, auch in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen? Wo sehen Sie die Rolle von KI, auch um z. B. Technologien und Prozesse energie- und ressourceneffizienter zu gestalten? Auch das ist ja ein Resilienzfaktor.

Vielen Dank für die erste Runde.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann für die CDU-Fraktion die Kollegin Dr. Pfau-Weller.

Noch der Hinweis: Je länger die Fragen werden, desto schwieriger wird, glaube ich, die Beantwortung, auch wenn viele im Ministerium mitschreiben; ich habe es gesehen. Sie bekommen das sicherlich hin. Das war ja auch geübte Praxis. Aber ich will den Fragestellenden noch mitgeben, vielleicht die Fragen kürzer zu fassen. Es gibt ja eventuell noch eine zweite, dritte und vierte Runde.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Lieber Herr Vorsitzender, liebe Frau Ministerin! Das Thema ist sehr umfangreich. Ich mache es vielleicht ein bisschen langsamer und versuche, die Zahl der Fragen zu reduzieren.

Ich möchte mit dem Themenfeld „Standort- und Handelspolitik“ anfangen. Das, was der Kollege Poreski gerade gefragt hat, ist sehr komplex, in allen Branchen. Fangen wir einmal mit der Automobilbranche an, die ja in Baden-Württemberg die vorherrschende ist und an der auch die meisten Arbeitskräfte hängen. Vielleicht skizzieren Sie an diesem Beispiel kurz, was das Wirtschaftsministerium unternimmt, um die Resilienz der Unternehmen dort und auch die Lieferketten zu stärken. – Das ist das eine.

Das andere betrifft die Versorgungssicherheit. Sie hatten das anhand des Medizinstandorts ausgeführt und verschiedene Stichworte genannt, die wir im Zusammenhang mit der MDR kennen. Müsste man möglicherweise auch schon in anderen Branchen die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, damit die Versorgungssicherheit dort im Falle einer Krise gewährleistet wird?

Der zweite Themenkomplex ist auch bei mir die Innovationsfähigkeit. Dabei ziele ich aber in die Zukunft gerichtet eher auf die Gründerszene ab. Was unternimmt Ihr Haus, um gezielt weitere innovative Unternehmen anzusiedeln? Wie unterstützt das Wirtschaftsministerium die Förderung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen?

Die letzte Frage ist: Sie hatten letztes Jahr einen Vorstoß beim Krisenkurzarbeitergeld gemacht. Könnten Sie dazu noch kurz etwas ausführen?

Ich habe versucht, mich kurzzufassen, und die Hälfte der Fragen gestrichen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Alles gut. Die Selbstwahrnehmung ist immer subjektiv. Daher ist alles in Ordnung.

Es gab einen leichten Widerspruch zu dem Thema, was der wichtigste Wirtschaftsbereich ist. Vielleicht können Sie, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, uns von der Größe her eine Einordnung geben, wie die Wirtschaftsbereiche aufgestellt sind. Es wurde u. a. das Thema Gesundheit genannt, auch von der Bedeutung her. Vielleicht können Sie das noch ergänzen. Ich selbst möchte eigentlich keine Fragen stellen. Aber vielleicht können Sie das von Ihrer Seite bei der Beantwortung noch anfügen.

Jetzt folgt für die SPD-Fraktion der Kollege Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich will gar nicht die Erwartung dämpfen, dass meine Fragen gegebenenfalls zu kurz sein könnten.

(Heiterkeit)

Ich möchte mit einer Frage zum Thema Wirtschaftshilfen anfangen – Stichworte „Soforthilfen“ und „Überbrückungskredite“, die ganzen Themen, die wir in der Coronazeit exerziert haben.

Ich will vor die Klammer ziehen, dass es nach meinem Eindruck nur wenige Länder auf der Welt wie die Bundesrepublik Deutschland gab, in der Bund und Länder den Unternehmen in dieser schwierigen Zeit so viel Unterstützung haben zukommen lassen. Ich glaube, damit hat man weltweit Maßstäbe gesetzt. Das bedeutet aber auch, dass man sich jetzt im Nachgang schon genau anschauen muss, was man da bezahlt hat und wofür man das bezahlt hat. Sie haben erwähnt, dass Sie eine Evaluierung vorbereiten. Das finde ich gut. Ich bin der Meinung, dass man da schon schauen muss.

Es gab Programme wie beispielsweise den Beteiligungsfonds, den man mit 1 Milliarde € aufgelegt hat, um Unternehmen mit Eigenkapital zu unterstützen. Dieser ist meiner Erinnerung nach nicht so gut geflogen. Man hat geschaut, wo tatsächlich Bedarfe vorhanden sind. Bei anderen Fördermaßnahmen wurden Mittel nicht abgerufen. Vielleicht könnten Sie uns einen Überblick über die „Highlights“ geben, bei denen Sie schon jetzt sagen können, dass das vielleicht nicht das richtige Instrument für den entsprechenden Bedarf gewesen ist.

Mir ist etwas aufgefallen, als ich mir die Denkschrift des Rechnungshofs im Vorgriff auf die Sitzung angeschaut habe: Darin ging es um die Evaluierung konkret der mittelstands- und handwerkspolitischen Fördermaßnahmen. Dazu hat Ihnen der Rechnungshof ins Stammbuch geschrieben, dass Ihrem Ministerium eine fundierte Datengrundlage zur Zielsteuerung der Fördermaßnahmen fehlt. Dies lässt sich nach Ansicht des Rechnungshofs auf eine unkonkrete Zielsetzung sowie auf ineffektive

Kennzahlen zurückführen. Im Vorgriff auf die Evaluierung möchte ich von Ihnen wissen: Haben Sie in Ihrem Haus an diesem Lernfeld gearbeitet? Wie haben Sie die Zielsetzung und die Kennzahlen zur besseren Analyse der Zielerreichung und -steuerung so konkretisiert, dass klar wird, ob die Fördermaßnahmen effizient waren oder nicht? Der Rechnungshof hat uns schon zum Nachdenken gebracht, ob in Ihrem Haus überhaupt die Strukturen vorhanden sind, um das zu evaluieren. – Das war Punkt 1.

Punkt 2 – Stichwort „Reshoring“ –: Wir haben gerade schon darüber gesprochen, dass man bestimmte Bereiche, Produktionsbetriebe zurück ins Land holt, gerade was kritische Produkte, beispielsweise aus dem medizinischen Bereich, Zytostatika oder Antibiose – das sind Beispiele aus dem pharmazeutisch-chemischen Bereich –, angeht. Sie haben uns gesagt, dass Sie das alles unterstützen. Aber die Frage ist: Wie konkret arbeitet die Landesregierung daran, die Kapazitäten für den Krisenfall hier im Land aufzubauen?

Letzte Frage für die erste Runde: Sie haben gesagt, Sie hätten verschiedene Ökonomen bei dem Thema „Verhalten in und nach der Krise aus der Perspektive des Staates“ bemüht. Ich habe Sie so verstanden: Der Staat muss sich jetzt, nach der Krise, zurücknehmen. Wenn man die Coronakrise isoliert betrachtet, kann man durchaus darüber diskutieren. Ich bin aber der Meinung, dass wir eine Art multiple Krisensituation haben. Sie hatten auch den Ukrainekrieg und die Energiepreise erwähnt. In Anbetracht dessen, dass wir vor einem großen industriellen Wandel stehen, möchte ich Sie fragen, ob es tatsächlich Ihre Auffassung ist, dass sich der Staat an dieser Stelle gerade auch mit Investitionen zurücknehmen muss. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat das Investitionspotenzial allein für die anstehende Dekarbonisierung der deutschen Industrie mit 850 Milliarden € quantifiziert. Da ist die Frage, ob die Landesregierung die Auffassung vertritt, dass sich der Staat an dieser Stelle zurücknehmen muss, oder ob Sie das gegebenenfalls nur in Bezug auf die Regulatorik gemeint haben.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Ausführungen. – Ich bedanke mich auch für die Fragen meiner Vorredner und meine Vorrednerin. Da waren schon ganz viele gute Punkte dabei. Ich möchte mich auf drei Punkte beschränken und das eine oder andere Thema, das schon aufgegriffen wurde, noch etwas konkretisieren.

Sie haben zu Recht betont, dass wir uns auch auf künftige Krisen vorbereiten müssen und dass jede Investition dafür sinnvoll und wichtig ist. Deswegen ist meine Frage: Mit welchen Investitionen rechnen Sie speziell für den Themenbereich „Krisenresilienz und -vorbeugung“, die wir dann in unserem Haushalt auch entsprechend berücksichtigen müssen, und wofür diese Positionen exakt bestimmt sind?

Wir sind uns einig darüber: Wir wissen jetzt noch nicht – wir können nicht in die Glaskugel schauen –, welche Krisen es im Einzelnen geben wird. Aber mich würde

schon interessieren: Wo rechnen Sie im Moment mit Krisen, die uns eventuell bevorstehen könnten? Die Stichworte sind „Handelsboykott durch China“ und „Krieg um Taiwan“. Was können wir schon vorbereitend dagegen tun? Das deckt sich zum Teil mit dem, was Sie bereits beschrieben haben: Lieferketten, Standortproduktion im Bereich Medizin usw.

Sie haben das Thema „Gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Einbeziehung der Wirtschaft in die Krisenbewältigung“ angesprochen und sind darauf auch in der Antwort auf Frage I. Ziffer 13 der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der FDP/DVP-Fraktion eingegangen. Das spielt durchaus eine große Rolle. Nicht zuletzt haben auch Betriebsärzte geimpft. Es gab Teststationen auch in Wirtschaftsunternehmen. Das hat ebenfalls eine große Rolle gespielt.

In der Antwort steht – dabei geht es um den rechtlichen Rahmen –:

Die Übernahme staatlicher Aufgaben durch Unternehmen ... ist in der baden-württembergischen und deutschen Rechts- und Wirtschaftsordnung grundsätzlich nicht vorgesehen und nur in Grenzen rechtlich möglich.

Ist es aus Ihrer Sicht notwendig, Veränderungen vorzunehmen, um das künftig in einen Rahmen zu stellen, in dem wir das strukturell auch in Katastrophen- und Krisenpläne einarbeiten können? Letzten Endes – da bin ich bei Ihnen – ist das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aber auch für die Unternehmen ist es wichtig, hier mit einbezogen zu werden, um Planungssicherheit zu bekommen.

Der Kollege Weirauch hat bereits das Thema Hilfen angesprochen. Sie, Frau Ministerin, haben darauf hingewiesen, dass wir da schnell waren, schneller als andere. Das hat wirklich geholfen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums ist zu Recht schon gedankt worden. Diesem Dank schließen wir uns gern an. Auch die L-Bank hat eine große Rolle gespielt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der L-Bank waren ebenfalls an ihrer Leistungsgrenze, sodass zusätzlich noch externe Dienstleister mit ins Boot geholt werden mussten.

Im Nachgang – wir haben bereits vorgestern im Wirtschaftsausschuss darüber gesprochen – fällt uns unsere Bürokratie etwas auf die Füße. Was am Anfang einfach und leicht war, wird jetzt immer komplizierter. Wenn es am Ende um Widerspruchsverfahren geht, glaube ich, regulieren wir uns zu Tode. Da muss noch viel zu viel händisch gemacht werden – Stichwort „Digitalisierung“. Die Frage ist: Inwieweit ist vorgesehen, Digitalisierungsabläufe in Antragsverfahren zu etablieren, um dadurch die Verfahren nicht nur am Anfang einfacher zu machen, sondern auch später? Ich habe das Gefühl, dass im Moment relativ viel Frust bei allen Beteiligten, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch bei den Unternehmen entsteht.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Vorsitzender, liebe Kollegen! Frau Hoffmeister-Kraut, Sie haben ganz toll berichtet. Vielen Dank für den Bericht. – Sie haben bei der vergangenen Coronakrise angefangen und Ihre Maßnahmen dazu geschildert. Sie haben auch darüber berichtet, dass Sie das evaluieren. Das ist vorbildlich; denn nach der Krise ist vor der Krise. Wir befinden uns jetzt hoffentlich nicht vor einer Krise. Aber man weiß das ja nicht. Ich denke, es wird wieder eine kommen. Es ist ein Gesetz des Lebens, dass wieder eine Krise kommt. Das heißt, wir müssen uns schon jetzt darauf vorbereiten, dass eine neue Krise kommt. Es wurde bereits die Frage gestellt, was das sein könnte.

Ich möchte jetzt versuchen, die Fragen, die bereits gestellt worden sind, zu ergänzen.

Sie haben davon gesprochen, dass wir in einem europäischen Rahmen sind, der sicher sein muss; das ist logisch und klar. Der europäische Rahmen muss verlässlich sein. Aber auch der bundesdeutsche Rahmen muss für die Unternehmen verlässlich sein. Ich möchte Sie fragen, wie Sie die aktuelle Situation anlässlich Inflation, Energiepreiserhöhungen, Bürokratie und Fachkräftemangel – um einmal einige Gründe zu nennen – einschätzen, die dazu führen, dass viele Unternehmen Abwanderungsgedanken haben, und dazu geführt haben, dass einige bereits abgewandert sind. Es gibt viele Insolvenzen, insbesondere im KMU-Bereich.

Unabhängig davon, was die Unternehmen direkt betrifft, haben wir im Vergleich zu früher eine abnehmende Zahl von Patenten. Wie wirkt sich das in Zukunft auf unsere Stabilität und auf unsere Innovationen aus?

Die Frage ist auch: Inwieweit schwächen selbst gemachte Rahmenbedingungen des Bundes unsere Resilienz? Das muss ich ganz konkret fragen. Wie schätzen Sie das ein?

Sie haben sehr viel auch über Rahmenbedingungen, Programme usw. gesprochen, beispielsweise „Zukunftsland Baden-Württemberg“. Für mich sind die Fragen: Haben Sie noch Ideen, welche Rahmenbedingungen Sie darüber hinaus noch verbessern können? Haben Sie noch etwas in der Pipeline? Wie können Sie die Unternehmen über das hinaus, was bereits in Planung ist, stärken?

Jetzt möchte ich noch auf das Lieferkettengesetz eingehen, das aus menschlicher Sicht durchaus richtig und wichtig ist. Das Problem bei den Lieferketten ist, dass die Großunternehmen die Verantwortung an die kleinen Unternehmen abdrücken. Dadurch schaffen die kleinen und mittelständischen Unternehmen das Ganze nicht mehr und ziehen sich aus dem Markt zurück. Wie schätzen Sie das ein?

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt haben Sie wieder das Wort, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut. Ich mache Ihnen jetzt keine zeitliche Vorgabe. Aber wenn Sie es in 20 bis 25 Minuten schaffen würden, wäre es schon gut.

(Heiterkeit)

Beginnen Sie einfach mal. Ich gebe Ihnen dann schon noch einen Hinweis.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Herr Salomon, das ist vor dem Hintergrund der vielen Fragen, die gestellt worden sind, natürlich anspruchsvoll. Insofern möchte ich mich darauf konzentrieren, oft Beispiele herauszugreifen; denn sonst wird das zu umfassend.

Ich beginne mit Ihnen, lieber Herr Poreski. Sie – und auch Natalie Pfau-Weller – haben De-Risking angesprochen und gefragt, wie wir uns aufstellen, was das Land, der Bund und die Europäische Union hier tun und wie wir Europa krisenfester aufstellen. Die Debatte darüber wurde auf Bundesebene vor allem wegen der starken Abhängigkeit von China und auch der Entwicklungen geführt. Es gibt Anstrengungen vonseiten der Bundesaußenministerin und des Bundeswirtschaftsministers, eine Chinastrategie zu entwickeln. Dadurch wurde die Debatte über De-Risking und Decoupling angestoßen. Wir als exportorientiertes Bundesland – wir haben in der Automobilbranche sowie im Maschinen- und Anlagenbau eine Exportquote von über 80 % – sind von der internationalen Arbeitsteilung abhängig. Deshalb ist De-Risking das Gebot der Stunde, um einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren. Ich habe das ja deutlich ausgeführt.

Es stellt sich die Frage, inwieweit wir Krisenpläne schon im Vorfeld einer Krise erstellen können. Das ist sehr herausfordernd. Ich meine, Krisenpläne müssen dann erstellt werden, wenn sich Krisen anbahnen bzw. eintreten – wenn man überhaupt Anzeichen dafür hat, dass Krisen eintreten können –, sodass man dann entsprechend reagieren kann.

Zusammen mit dem Bund und in Teilen auch mit der Europäischen Union – Standortfaktoren wurden angesprochen; Frau Wolle hat die Rahmenbedingungen benannt – machen wir De-Risking im Bereich der Energie. Das ist ganz entscheidend. Da wollen wir uns neu aufstellen. Wir sind gerade mitten im Prozess, stehen aber nach wie vor noch vor großen Herausforderungen. Deswegen werden intensive Debatten darüber geführt – Herr Weirauch, Sie haben das angesprochen –, wie viel Staat wir brauchen – oder auch nicht. Ich möchte den Industriestrompreis als Beispiel nennen.

Ganz entscheidend ist, dass wir für unseren Standort branchenübergreifend De-Risking im Bereich der Rohstoffe machen. Da ist die Europäische Union mit dem Critical Raw Materials Act aktiv. Ich denke, wir müssen das auch übergeordnet sehen. Ich habe ja deutlich gemacht, dass wir verstärkt mit Handels- und Investitionsab-

kommen arbeiten müssen. Ich begrüße, dass wir mit den USA eine gemeinsame Institution geschaffen haben, nämlich das Council. Das ist leider kein Abkommen, aber zumindest eine Institution, in der man sich regelmäßig über gegenseitige Abhängigkeiten und eine bessere Zusammenarbeit austauscht.

Das sind meiner Ansicht nach die Schwerpunkte im Bereich De-Risking – Natalie Pfau-Weller hat auch danach gefragt –, um uns als Standort und handelspolitisch besser aufzustellen. Wir müssen ganz stark auf Freihandelsabkommen setzen, um uns – Stichwort „De-Risking“ – unabhängiger von einseitigen Abhängigkeiten zu machen. Wir wissen, dass kleine Unternehmen oft gar nicht die kritische Masse haben, um beispielsweise die Beziehungen zu zwei Zulieferern aufzubauen, möglichst noch aus zwei Regionen dieser Welt, einer aus Asien und einer aus den USA. Da sind für bestimmte Unternehmen Grenzen gesetzt.

Wir setzen – das ist das zweite Feld bei De-Risking – ganz stark auf Innovationen und den technologischen Fortschritt. Wir müssen auch hier unabhängiger und resilienter werden. Wir haben hier weniger Branchen – Herr Poreski, Sie haben diese angesprochen –, sondern eher Felder, die für die Zukunft und auch für ein gewisses De-Risking wichtig sind, identifiziert, und zwar schon in der Vergangenheit. Als Beispiel dafür möchte ich die IPCEI-Projekte in den Bereichen Batterie, Wasserstoff und Mikroelektronik nennen. Dadurch werden wir jetzt in diesen Bereichen unabhängiger.

In Bezug auf die Sicherung der Gesundheitsversorgung – der Schwerpunkt liegt da im Sozialministerium – wird auch im Forum Gesundheitsstandort in einer Arbeitsgruppe explizit darüber nachgedacht – Herr Lucha hat bestimmt ausführlich darüber informiert –, wie wir Reserven schaffen können, um besser vorbereitet zu sein, wenngleich das immer schwierig ist. Ich nenne nur die Stichworte „Masken“ und „Beatmungsgeräte“. Ich erinnere mich noch an die Vogelgrippe. Auch dafür hatte man entsprechende Impfstoffe vorbereitet. Diese Welle kam dann aber gar nicht. Daraufhin musste man Impfstoffe im Wert von Millionen Euro vernichten. Aber ich denke: Besser so, als die Gesundheit der Menschen aufs Spiel zu setzen.

Ich möchte nur sagen: Wir können heute noch nicht festlegen, welche Reserven an welchen Medikamenten wir anlegen müssen, um einer möglichen Krise vorzubeugen und dann auch vorbereitet zu sein. Aber auf die Gesundheitsversorgung wird ein Schwerpunkt gelegt.

Zu der kritischen Infrastruktur hat bereits das Innenministerium in der Enquetekommission berichtet. Minister Strobl ist hier schwerpunktmäßig in der Verantwortung. Entscheidend ist – Stichwort „De-Risking“ –, dass wir zumindest in kritischen Situationen unabhängig sind oder uns unabhängig machen können. Es gibt die Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen, kurz: KRITIS-Strategie. Aktuell werden gesetzliche Regelungen auf EU-Ebene besprochen. Auf Bundesebene befindet sich das KRITIS-Dachgesetz in Vorbereitung. Es beschäftigt sich explizit mit The-

men, die wir angehen müssen, um noch besser vor möglichen Krisen geschützt zu sein.

Kommunikation ist ganz wichtig. Gerade in Krisenfällen, beispielsweise bei großen Unwetterereignissen wie im Ahrtal, ist es wichtig, dass kommuniziert werden kann.

Viele Bereiche sind für die Wirtschaft extrem wichtig, um die Versorgungssicherheit der Menschen gewährleisten zu können. Ich nenne nur die Energieversorgung, die Stromversorgung und stabile Netze. Auch daran arbeiten wir. Das ist ein breites Feld.

Es ist wichtig, die Abhängigkeit von anderen Ländern zu reduzieren. Wir werden uns aber nie vollständig von internationalen Lieferketten unabhängig machen können. Das kann auch nicht in unserem Interesse sein. Die entsprechenden Maßnahmen binde ich hier mit ein.

Ich komme jetzt zu der Frage, was wir als Land im Bereich Innovationen tun. Herr Poreski, Sie haben die Innovationsfähigkeit angesprochen. Natalie Pfau-Weller hat die Versorgungssicherheit und die Gründerszene in Verbindung mit Innovationen genannt. Das genießt in der Landesregierung hohe Priorität. Wir haben unsere Anstrengungen in diesem Bereich verstärkt.

Ich möchte mit den Maßnahmen beginnen, die wir als Innovationsland vonseiten der Landesregierung schon über viele Jahre hinweg finanzieren. Ich greife einmal die Institute der Innovationsallianz heraus – in diesem Begriff steckt auch das Wort „Innovation“ drin; ich nenne beispielhaft das ZSW –, die bei den derzeitigen Fragestellungen, beispielsweise was die Energieversorgung und die Energiesicherheit angeht, eine sehr gute Arbeit leisten.

Wir haben die starken Fraunhofer-Institute, die auch von uns finanziert werden. Mit Blick auf die Innovationsfähigkeit möchte ich die Innovationsinitiative Quantum^{BW} nennen, bei der wir Fraunhofer mit 40 Millionen € Landesgeld unterstützt haben, damit Forschung und Entwicklung stattfinden und in Baden-Württemberg ein Quanten-ökosystem entsteht.

Herr Poreski, Sie haben – Stichwort „Innovationsfähigkeit“ – nach relevanten Branchen gefragt. Es ist immer schwierig, das abzugrenzen. Ich war vor einigen Tagen bei dem Start-up Batene, das eine neue Technologie entwickelt hat, um Lithium-Ionen-Batterien wesentlich effizienter zu konzipieren und zu produzieren. Da gibt es enorme Effizienzsteigerungen, was die Reichweite und die Ladedauer angeht; das ist unglaublich. Diese Idee, die jetzt im Bereich Batterien eingesetzt wird, ist aus einem medizinischen Max-Planck-Institut heraus entwickelt worden, also einem Bereich, der Innovationen für eine ganz andere Anwendung hervorbringt. Deswegen ist es immer schwierig, das einzugrenzen. Daher konzentrieren wir, das Land, uns auf Felder, die

aus unserer Sicht für viele Branchen gewinnbringend sind. Das ist im Moment ein Schwerpunkt. Wir sind aber beispielsweise auch in der Förderung der Photonik aktiv. Über unsere Institute sind wir da breit aufgestellt.

Wir finanzieren und unterstützen viele Forschungsprojekte, haben aber im Moment einen starken Schwerpunkt in den Bereichen „Künstliche Intelligenz“, Batterien, Wasserstoff und Mikroelektronik. KI ist ja ein Gamechanger. Wir haben das jetzt mit der generativen KI erlebt. Mit dem baden-württembergischen Unternehmen Aleph Alpha haben wir eine Antwort auf ChatGPT. Wir haben das Cyber Valley, den Ipa und KI-Exzellenzzentren in der Fläche, die wir alle miteinander vernetzen. Wir, das Wirtschaftsministerium, haben Digital Hubs und KI-Hubs, um in der Fläche auch die kleinen und mittleren Unternehmen mitzunehmen und sie bei Innovationstätigkeiten zu begleiten und zu unterstützen. Ich sehe es als eine staatliche Aufgabe an, das zu begleiten und zu ermöglichen. Wir tun das. Das ist uns wichtig.

Zu Invest BW: Wir diskutieren im Arbeitskreis auch immer wieder darüber, ob wir die Innovationsförderung missionsorientiert und technologieoffen machen sollen. Wir haben jetzt eine gute Lösung gefunden, indem wir abwechselnde Calls ausschreiben, sodass wir alles ermöglichen. Wer weiß, aus welchem Bereich der nächste Gamechanger kommt, der dann auch für uns eine große Bedeutung hat? Das bezieht sich auch auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts.

Ich möchte explizit die Gründerszene herausgreifen. Sie war uns auch in der Coronapandemie wichtig. Wir haben im Land schon vor Jahren das Pre-Seed-Programm eingeführt – ein sehr erfolgreiches Programm –, um unsere Start-ups gerade in einer Phase des „Death Valley“ zu unterstützen. Wir haben jetzt wieder die Möglichkeit, den großen Start-up BW Summit durchzuführen. In unserer Landeskampagne Start-up BW haben wir viele Maßnahmen auf den Weg gebracht und jetzt auch intensiviert. Es gilt, die Aktivitäten für Gründer, bei denen auch viel Innovation stattfindet – ich freue mich, dass die Zahlen das belegen –, weiter auszubauen. Wir wollen jetzt die Gründerinnen noch stärker ansprechen und sind da aktiv.

Wir haben ein Acceleratorennetz in Baden-Württemberg aufgebaut und über die letzten Jahre hinweg eine Vernetzung hergestellt, was sehr viel in Bewegung gebracht hat. Das haben wir nicht allein als Wirtschaftsministerium geleistet, sondern gemeinsam mit dem Start-up-Ökosystem, mit Kammern, dem Handwerk, den Industrie- und Handelskammern sowie den Wirtschaftsverbänden. Sie sind teilweise Partner in dem Pre-Seed-Programm. Das ist quasi eine Public Private Partnership. Da funktioniert die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Wirtschaft sehr gut. Herr Reith, Sie haben das angesprochen, allerdings in einem anderen Zusammenhang. Da, wo wir das als sinnvoll ansehen und das funktioniert, machen wir das. Das kommt ja auch den Menschen zugute.

Natalie Pfau-Weller hat das Krisenkurzarbeitergeld angesprochen. Wir alle sind während der Pandemie, in der bis zu eine Million Menschen in der Kurzarbeit waren, von

Betrieben bezüglich der Abwicklung des Kurzarbeitergelds angesprochen worden. Die Strukturen waren natürlich nicht auf eine solche Krise vorbereitet. Die Sonderregelungen in der Pandemie, beispielsweise der vereinfachte Zugang, haben sich bewährt. Da wurde ein Massenverfahren effizient abgewickelt. Das haben wir auch bei den Hilfsprogrammen gesehen. Das wird der Schwerpunkt der Berichterstattung im Rahmen des Evaluationsberichts an den Landtag sein.

Um besser vorbereitet zu sein, wollen wir ein Krisenkurzarbeitergeld. Ich habe das auch schon bei Bundesarbeitsminister Heil in die Diskussion eingebracht. Wir werden die Vorschläge des Beirats für Arbeitsmarktpolitik bei den Regionaldirektionen auf den Tisch legen, um den Aufwand zu reduzieren, Bürokratie abzubauen und die Abläufe zu digitalisieren, effizienter zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Herr Weirauch, Sie haben nach den Wirtschaftshilfen, der Evaluation und den Zahlen der Mittelabrufe gefragt. Wir, Bund und Land, haben insgesamt 12,4 Milliarden € für die Hilfsprogramme zur Verfügung gestellt. Dieser enorme Betrag hat in der Summe dazu geführt, dass wir die Wirtschaft stabilisieren und meiner Ansicht nach noch höhere Verluste, die durch die Zerstörung ganzer Bereiche entstanden wären, verhindern konnten. Uns war es ein großes Anliegen, die Lücken zu schließen. Eine tiefergehende Diskussion über die Wirtschaftshilfen wird ja dann im Rahmen des Evaluationsberichts stattfinden. Deswegen ist es für mich jetzt schwierig, da etwas vorwegzunehmen.

Sie haben die Denkschrift des Rechnungshofs angesprochen. Ich möchte jetzt nicht explizit darauf eingehen, welche Kriterien inwieweit definiert worden sind, welche Datengrundlagen bestanden haben und wie sie dann in die Ausgestaltung und Abwicklung der Programme eingeflossen sind. Die Denkschrift des Rechnungshofs war u. a. Anlass für den Beschluss des Landtags, eine Evaluation durchzuführen. Wir werden sie durchführen. Sie ist bereits beauftragt, braucht aber noch etwas Zeit – das erfolgte in Absprache –, weil wir auch die Phase der Abwicklung, die angesprochen worden ist, mit einbeziehen wollen, damit wir bessere Erkenntnisse gewinnen.

Die Hilfsprogramme wurden in weiten Teilen als Zuschussprogramme aufgesetzt. Herr Reith, Sie haben danach gefragt und in diesem Zusammenhang auch Widerspruchsverfahren in Einzelfällen angesprochen. Wir haben zum Teil auch zinsverbilligte Darlehen angeboten, beispielsweise den Liquiditätskredit, auch über Bürgerschaftsprogramme.

Herr Weirauch, Sie haben den Beteiligungsfonds angesprochen, der in einer Phase angeboten wurde, in der wir im Austausch mit der Wirtschaft identifiziert hatten, dass die Unternehmen keine Kredite mehr bekommen, keine Fremdfinanzierung mehr vornehmen können und deswegen das Eigenkapital gestärkt werden muss. Vor dem Hintergrund des Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes und dessen Kriterien gab es beim Beteiligungsfonds nur eine geringe Nachfrage.

Ich kann wiederum nur sagen, dass Wirtschaft auch etwas mit Psychologie zu tun hat. Manchmal sind es aber auch die harten Zahlen. Wir können froh und dankbar sein, dass dieses Instrument nicht so stark nachgefragt wurde. Psychologie ist wichtig. Die Unternehmen wussten, dass der Staat eine Möglichkeit geschaffen hatte, um zu helfen und zu unterstützen.

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds hat bei großen Reiseveranstaltern und bei Fluggesellschaften eine gute Arbeit geleistet, wenn wir jetzt sehen, wie sie aus der Krise gekommen sind. Uns war wichtig, das zumindest kleinen und mittleren Unternehmen anbieten zu können. Wir waren froh, dass die Nachfrage dann nicht in dem Umfang eingetreten ist, wie es in dieser Situation eventuell zu befürchten war.

Möchten Sie noch die Zahlen zu den einzelnen Hilfsprogrammen wissen? Wir haben sie in der Antwort auf die Große Anfrage aufgeführt. Insofern müssten sie Ihnen vorliegen.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sie könnten uns den Hinweis geben, wo das steht!)

– Das steht in der Landtagsdrucksache 17/5149 auf Seite 14. Ich kann mir gern die Zeit nehmen und die Zahlen nennen, wenn Sie, Herr Salomon, mir noch ein paar Minuten mehr geben.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ja, wir nehmen uns die Zeit. Wir möchten nicht über eine so wichtige Frage hinweggehen.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Soforthilfe: 214 000 Fälle, Volumen: ca. 1 841 750 000 €. Insgesamt sind es rund 12,4 Milliarden €. Ich nenne am besten nur die Milliardenbeträge. Bei der Überbrückungshilfe III waren es ca. 4 Milliarden €. Die Bürgschaften der Bürgschaftsbank beliefen sich auf etwa 1 Milliarde €. Das waren die ganz großen Blöcke. Die November- und die Dezemberhilfe für die Hotellerie und Gastronomie – Sie erinnern sich sicherlich – beliefen sich auf rund 840 bzw. 933 Millionen €. Die Überbrückungshilfen III mit den Plus-Varianten, die Überbrückungshilfen IV und die Neustarthilfen machen einen der größten Anteile aus.

Wir haben bei der Überbrückungshilfe – das ist ein Bundesprogramm; wir haben es für die baden-württembergischen Unternehmen über den fiktiven Unternehmerlohn noch attraktiver ausgestaltet – mit den unterschiedlichsten Ausgestaltungen auf die Pandemieentwicklung und die Maßnahmen reagiert – Stichwort „Stationärer Einzelhandel“, der – ich weiß es noch gut – kurz vor dem Weihnachtsgeschäft geschlossen werden musste. Damals haben wir auch über Click-and-collect diskutiert. Das war wirklich eine ganz schwierige Zeit.

Wir haben bei der Stabilisierungshilfe HOGA I ca. 84 Millionen €, bei der Stabilisierungshilfe HOGA II etwa 44 Millionen €, beim Tilgungszuschuss I ca. 12 Millionen €, beim Tilgungszuschuss II ungefähr 10 Millionen € und beim Tilgungszuschuss III etwa 1,5 Millionen €. Die Bürgschaften habe ich schon genannt. Die Garantien von der Bürgschaftsbank betragen etwas mehr als 67 Millionen €. Beim Liquiditätskredit Plus haben wir ca. 162 Millionen €.

Bei den Bürgschaften der L-Bank – darüber haben wir auch im Ausschuss diskutiert – haben wir die Grenze hochgesetzt, damit wir schneller handlungsfähig sind. Dafür möchte ich mich noch einmal bedanken.

Die Mezzanine-Programme haben wir zusätzlich zu dem Beteiligungsfonds angeboten, um das Eigenkapital der Unternehmen zu stärken. Der Bund hat dafür fast 48 Millionen € und das Land knapp 13,5 Millionen € zur Verfügung gestellt. Für die Krisenberatung Corona waren es ungefähr 8,4 Millionen €. Gerade für die kleinen Unternehmen ist das nicht zu unterschätzen. Für Start-up BW Pro-Tect waren es fast 31,5 Millionen €. Die Restart-Prämie, die wir als Land ausgegeben haben, um den Aufschwung zu unterstützen, betrug ca. 21,5 Millionen €. Für Invest BW können wir in Summe noch ca. 300 Millionen € hinzurechnen.

Die Tabelle liegt Ihnen vor. Die Zahlen sind schon eindrucksvoll.

Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken. Ich weiß noch gut, wie wir im März 2020 über die Kreditermächtigung in Höhe von 5 Milliarden € diskutiert haben. Der Landtag hat diesen Betrag dann der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Für die Wirtschaft war das ein ganz wichtiges Signal, dass der Staat in einer solchen Krise, in der die soziale Marktwirtschaft und die Mechanismen nicht tragen, handlungsfähig ist.

Herr Reith, Sie haben noch nach der Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und dem Staat gefragt. Ich denke, jeder muss sich grundsätzlich auf seine Aufgaben besinnen. Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gestalten. Dabei geht es um Bildung und um die Funktionsfähigkeit des Staates. Wir müssen als Rechtsstaat funktionieren, die Energieversorgung gewährleisten und vieles mehr. Darauf müssen wir uns konzentrieren. In bestimmten Bereichen, beispielsweise in Public Private Partnerships, macht das Ganze Sinn.

In der Pandemie war die Eigenverantwortung auch in den Unternehmen ganz stark gefragt, vor allem in der Phase der Impfungen, in der – Sie haben es erwähnt – auch Betriebsärzte unterstützt haben, weil unsere Arztpraxen und Impfzentren in Teilen mit der großen Nachfrage in dem überschaubaren Zeitrahmen überfordert waren. Der Druck war ja wahnsinnig groß. Das war großartig.

Unterstützung war auch bei Kontrollvorgängen erforderlich. Es war ja gar nicht möglich, dass der Staat die Tests überall durchführt und kontrolliert. Die Wirtschaft hat auch da unheimlich viel getan und sich engagiert.

Grundsätzlich muss für uns handlungsleitend sein – das haben Sie, Herr Weirauch, angesprochen –, dass wir als Staat nur dann eingreifen, wenn die Märkte versagen, uns dann wieder schrittweise zurückziehen und uns auf die genannten Rahmenbedingungen konzentrieren. Wir müssen sie stabil halten und weiterentwickeln und der Wirtschaft zutrauen, die Herausforderungen eigenverantwortlich zu meistern.

Die Wirtschaft wünscht sich mehr Deregulierung und sagt in bestimmten Bereichen: „Nennt mir klare Ziele, beispielsweise hinsichtlich der Dekarbonisierung. Aber schreibt mir nicht vor, wie ich den Weg dahin gehen muss. Lasst mir da meine Freiheiten.“ Das ist für mich handlungsleitend, bedeutet aber nicht, dass wir in Baden-Württemberg jetzt keine Innovationen mehr fördern. Wirtschaftspolitik bedeutet meiner Meinung nach, etwas zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen für Innovationen zu schaffen. Das haben wir Gott sei Dank über Jahrzehnte hinweg erfolgreich in Baden-Württemberg leisten können.

Ein ganz wichtiger Bereich sind unsere Forschungsinfrastruktur, die Universitäten, die vielen anwendungsorientierten Forschungs- und die landeseigenen Institute. Sie sind ein ganz wesentlicher Faktor. Auch wenn wir einen Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel haben, ist die Qualität der Fachkräfte in Baden-Württemberg ein ganz wichtiger Faktor für die Innovationsfähigkeit.

Meiner Überzeugung nach spielt auch die berufliche Ausbildung eine wichtige Rolle. Dadurch beschäftigen die Unternehmen in unserem Land in weiten Teilen viel höher qualifizierte Menschen als Unternehmen in anderen Ländern. Das ist uns ein großes Anliegen. Wir machen viel dafür und geben viel Geld dafür aus. Ich habe die Initiativen angesprochen: KI, Quantum^{BW}, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Bei Letzterem liegt der Schwerpunkt im Umweltministerium. Auch da machen wir viel. Aber ich denke, die Rollen müssen klar verteilt sein. Das fordert die Wirtschaft auch ein.

Zur digitalen Abwicklung im Rahmen der Schlussabrechnung und der Widerspruchsverfahren: Über die digitale Plattform Jinit[wurden digitale Prozesse aufgesetzt. Auch wir, das Land, haben schon frühzeitig digitale Prozesse bei den Hilfsprogrammen aufgesetzt. Das war uns ein großes Anliegen.

Herr Reith, es müssen nur Einzelfälle betrachtet werden. Wir haben jetzt eine generative KI. Ich weiß allerdings nicht, ob sie uns bei der nächsten Krise helfen kann. Wie gesagt: Das sind Einzelfälle, die jeweils einzeln betrachtet werden müssen. Aber dabei stoßen wir an bestimmte Grenzen, was die digitalen Möglichkeiten angeht. Uns ist es ein großes Anliegen, die Digitalisierung weiter voranzubringen.

Die L-Bank und auch das Wirtschaftsministerium haben bei ihren Programmen schon digitale Angebote. Man kann über Sprachbots anfragen, welches Förderangebot für den Einzelfall das richtige ist. Da haben wir übrigens mit Aleph Alpha zusammengearbeitet. Insofern kann man solche Technologien auch in Krisenfällen besser einsetzen.

Ich habe bereits deutlich gemacht, dass Investitionen des Landes nach wir vor stattfinden.

Herr Reith, Sie haben Krisenresilienz und Vorbeugung angesprochen. Darüber kann man diskutieren, wie man möchte. Intel und TSMC, große Chiphersteller, wurden mit Milliardenbeträgen unterstützt. Da passiert viel im Land und auch im Bund, um uns resilienter aufzustellen. Ich habe die IPCEI-Projekte dargestellt, die wir mitfinanzieren. Der Bund finanziert 70 %, das Land 30 %. Das ist uns ein großes Anliegen. Wir werden dies weiter unterstützen, auch wenn wir in diesem Jahr durch die Rezession, die wir wahrscheinlich im Jahr 2023 in Deutschland und auch in Baden-Württemberg im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern erleben werden, in eine schwierigere Haushaltssituation kommen. Nichtsdestotrotz wissen wir – ich habe es deutlich gemacht –, dass das unser Weg in die Zukunft sein muss. Um resilienter zu werden, müssen wir Innovationen fördern. Die entsprechenden Investitionen werden wir weiterhin tätigen.

Ich hoffe, ich habe alle Fragen beantwortet. Ansonsten gibt es noch die Möglichkeit für Nachfragen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das ist völlig richtig. Diese Möglichkeit wird auch genutzt. Ich habe schon mehrere Wortmeldungen, und zwar von Herrn Dr. Kroll, Herrn Abg. Dr. Miller, Frau Abg. Wolle, Herrn Abg. Poreski, Herrn Abg. Karrais, Herrn Abg. Weirauch und Herrn Albiez. – Herr Dr. Kroll beginnt; danach folgt Herr Abg. Dr. Miller, und dann gehen wir der Reihe nach weiter.

Dr. Stefan Kroll, stellv. externes Mitglied: Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Ganz herzlichen Dank, Frau Ministerin. Es ist beeindruckend, wie konkret Sie auf alles eingehen. Das finde ich spannend.

Meine erste Frage: Sie haben viel über die Widerstandsfähigkeit und über De-Risking gesprochen; das fand ich sehr einleuchtend. Die Bundesregierung und die Staatengemeinschaft reagieren auf Krisen und Konflikte nicht nur mit Diversifizierung und der Verringerung von Abhängigkeiten, sondern auch mit Sanktionen. Inwiefern steht das im Widerspruch zu Ihrem Plädoyer für Freihandel? Auch ich halte ihn für das Beste. Aber es gibt Eingriffe in die Ökonomie. Wie bewerten Sie die Sanktionen,

die es schon gibt? Inwieweit antizipieren Sie Sanktionen in der Zukunft und berechnen das in die Krisenresilienz mit ein?

Die zweite Frage: Sie haben darauf verwiesen, dass es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt. Das zeigt sich gerade in der Krise. Da muss man mit allen Ressorts zusammenarbeiten. Vielleicht einmal so gefragt: Gibt es Modelle des ressortgemeinsamen Handelns, die in der Pandemie verwendet und erprobt worden sind, bei denen Sie sagen würden, es wäre gut, wenn man sie fortschreiben würde? Ist ressortübergreifendes, ressortkohärentes Handeln für die Zukunft besonders wichtig?

Meine dritte Frage bezieht sich auf das, was Sie zuletzt gesagt haben, nämlich die Notwendigkeit, die Fachkräfteeinwanderung zu nutzen, um Krisen, insbesondere den Pandemiefolgen, aber auch zukünftigen Krisen und insgesamt dem Fachkräftemangel als eigene Krise, die wir erkannt haben, zu begegnen. Welche konkreten Maßnahmen gibt es dafür? Beispielsweise könnten dabei auch Fragen der Gleichstellung eine Rolle spielen. Was ist da geplant?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Sie haben in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und der CDU-Fraktion darauf hingewiesen, dass wir die sechstwiderstandsfähigste Wirtschaft sind, also sehr weit oben sind, und sehr gute Zahlen haben. Mich würde interessieren: Was machen die anderen fünf besser als wir? In welchen Bereichen könnte man im Land Baden-Württemberg so steuern, dass wir vielleicht ganz nach oben kommen?

Wir haben jetzt sehr viel über Innovationsfähigkeit gehört. Sie haben sehr deutlich gesagt, dass die Innovationsfähigkeit das beste Instrument ist, um krisenresilient zu sein. Ich würde mich gern auf die Start-up-Szene fokussieren. Wir haben in Deutschland und in Europa eine Steigerung von Investitionen auch durch die Wirtschaft in Venture-Capital-Fonds und Ähnliches. Aber die meisten Gelder, nämlich über die Hälfte, landen in Berlin und nicht in Baden-Württemberg, obwohl wir herausragende Universitäten – mit die besten in Deutschland – und herausragende Unternehmen haben. Was müsste man aus Sicht der Landesregierung verändern, um ein Ökosystem zu schaffen, damit die Leute, die bei uns eine Ausbildung machen, auch hierbleiben, Start-ups gründen und Gelder eingesammelt werden? Ich glaube, die Innovationsfähigkeit, die wir momentan auf einem sehr hohen Niveau haben, können wir nur sichern, wenn wir auch in den Zukunftstechnologien innovativ bleiben und sie nicht zunehmend in andere Regionen Deutschlands, Europas oder der Welt abwandern.

Ein Punkt, den Sie auch angesprochen haben, ist die Cybersicherheit, die zunehmend wichtig wird. Gerade durch die Coronapandemie haben wir viel Digitalisierung in den Unternehmen erfahren. Sie haben die horrend hohe Zahl genannt, welcher Schaden dadurch jährlich entsteht. Sie haben auch die Cyber-Ersthilfe BW ange-

sprochen. Ich hatte vor Kurzem eine Veranstaltung und habe da ein paar Unternehmer gefragt, wer sich damit auskennt, wer davon weiß. Ehrlicherweise ist das Wissen in der Unternehmerschaft über die unterschiedlichen Instrumente, die das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium dafür zur Verfügung stellen, relativ gering. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um besser über Cybersicherheit und die Kompetenzen des Landes Baden-Württemberg in diesem Bereich zu informieren?

Die Sicherheitsbehörden haben eine extrem hohe Expertise. Die Gefahren nehmen exorbitant zu, vor allem aus China und Russland. Durch KI werden die Bedrohungen noch deutlich größer, was dazu führen kann, dass ganze Unternehmen von heute auf morgen nicht mehr existieren, wenn es bei ihnen einen schweren Cyberangriff gab. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um da noch besser zu informieren, damit man auch die kleineren Unternehmen erreicht?

Danke.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe vorhin etwas zum Lieferkettengesetz gefragt. Jetzt möchte ich dazu etwas nachfragen. Ich habe die Situation für die KMUs beschrieben. Was können Sie als Wirtschaftsministerium tun, um die KMUs bei uns im Land beim Thema Lieferkettengesetz zu unterstützen?

Darüber hinaus habe ich vorhin nach der Situation der Unternehmen gefragt. Ich möchte jetzt ganz konkret auf die abnehmende Zahl der Patente zu sprechen kommen. Was können Sie in Baden-Württemberg dafür tun, damit unsere Unternehmen wieder mehr Patente generieren können? Woran fehlt es, und wie können Sie das unterstützen?

Sie haben sehr viel über die Risikominimierung gesprochen. Ich denke, man muss sich ein Stück weit ehrlich machen: Wir sind ein rohstoffarmes Land; das ist einfach so. Wir haben jetzt beschlossen, ab 2026 LNG aus Katar zu beziehen. Meinen Sie, das ist tatsächlich ein verlässlicher Partner? Wie kann man das einschätzen? Ich glaube nicht, dass das auf Dauer gesehen ein verlässlicher Partner ist. Welche Möglichkeiten haben wir da und vielleicht auch bei anderen Rohstoffen? Denn das ist ja nicht allein auf Gas beschränkt.

Des Weiteren haben Sie das Thema „Stabile Netze“ angesprochen. Nach meinem Kenntnisstand ist der Ausbau nicht ausreichend und vor allem nicht schnell genug. Wie können Sie als Wirtschaftsministerium hier Abhilfe schaffen und das unterstützen?

Danke.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank für die bisherigen Ausführungen, Frau Ministerin. – Ich möchte drei Themen ansprechen.

Das erste Thema ist der Datenschutz im Zusammenhang mit der Bewältigung von Krisen. Die CDU-Fraktion und, ich glaube, auch Sie selbst sind sehr kritisch, was die DSGVO betrifft. Wenn man sie sich genauer anschaut, sieht man aber, dass sie durchaus bestimmte Datenverarbeitungen zulässt, die wir beispielsweise für die Krisenbewältigung brauchen, wenn es dafür eine gesetzliche Grundlage gibt. Die können wir ja schaffen, bzw. die kann Ihr Ministerium grundsätzlich anregen. Mich würde interessieren, wie Sie in Zukunft damit umzugehen gedenken. Dass es da teilweise tatsächlich Probleme gibt, weil es keine weitergehenden Regeln gibt, ist unbestritten. Aber damit insbesondere die Wirtschaft arbeiten kann, brauchen wir einen Rahmen. Wir müssen Punkte identifizieren, zu denen wir eine gesetzliche Regelung erlassen können, um bestimmte Dinge zu ermöglichen. Das ist wichtig.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte. Sie haben davon gesprochen, Dynamik und Innovationskraft unterstützen zu wollen, und sehen das als einen Weg, mit Krisen umzugehen. Für mich passt das nicht damit zusammen, dass Ihr Haus die Digitalisierungsprämie gekürzt hat. Sie haben auch die Wichtigkeit der Digitalisierung betont. Mich würde interessieren, wie Sie sich vorstellen, dass wir Innovationskraft, vor allem digitale Innovationskraft, entfalten, wenn wir gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land nicht dabei unterstützen, diesen Weg zu gehen.

Als Drittes ist noch das Thema Cybersicherheit anzusprechen. Ich glaube, hierbei kommt auch der Wirtschaft eine zentrale Bedeutung zu; denn wir müssen einfach damit leben. Wir erleben es tagtäglich – das ist heute Morgen schon kurz angesprochen worden –, dass Cyberangriffe stattfinden, insbesondere auf Unternehmen. Daraus können erhebliche Krisen erwachsen, insbesondere dann, wenn es Unternehmen betrifft, die kritische Aufgaben erledigen, beispielsweise Stadtwerke oder Ähnliche.

Ich sehe schon auch die Landesregierung in der Pflicht, die Unternehmen dabei zu unterstützen, Cybersicherheitsmaßnahmen durchzuführen. Sie brauchen finanzielle Unterstützung, aber auch die Unterstützung mit Know-how bzw. die Awareness, dass sie etwas machen müssen; denn oft wird dieses Thema nach dem Motto abgehandelt: „Ja, wir wissen schon, dass wir da irgendetwas machen müssen. Aber wir sehen es nicht so richtig ein, weil da schon nichts passieren wird.“ Das ist häufig die Einstellung. Ich meine, dass das Wirtschaftsministerium durchaus auf die Wirtschaft einwirken könnte, um darauf aufmerksam zu machen, dass da mehr zu tun ist und dass es dafür auch Unterstützung gibt. Was haben Sie vor, um sozusagen auch digitalen Krisen vorzubeugen?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ich möchte kurz auf meine ursprüngliche Frage zurückkommen. Mich hat weniger die Quantität der Hilfsprogramme interessiert als die Qualität. Aber wir kommen ja nach der Evaluierung noch einmal darauf zu sprechen.

Was mich auch interessiert, ist, wie viele Mittel aus den Programmen noch übrig sind. Sie haben richtig gesagt, dass ein Schutzschirm aufgespannt wurde. Können Sie in quantitativer Hinsicht sagen, wie viel Prozent der Gelder insgesamt in dem Bereich, in dem der Schutzschirm aufgespannt wurde, abgeflossen sind? Das würde mich noch interessieren. Aber ich bin bei Ihnen: Man muss sich schon im Einzelfall genau anschauen, welches Programm wie abgerufen wurde und wie es tatsächlich gelaufen ist. Ich habe vernommen, dass Sie die Denkschrift des Rechnungshofs so ernst genommen haben, dass Sie Strukturen im Haus implementiert haben, die es Ihnen ermöglichen, die Evaluierung entsprechend vorzunehmen.

Ich habe noch gezielt eine Frage zum Handel und zur Gastronomie. Diese beiden Bereiche waren durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie enorm gebeutelt. Das müssen wir einfach so konstatieren. Wir haben das im Nachhinein festgestellt, aber auch schon währenddessen feststellen können, und zwar aufgrund der Anfragen aus diesem Bereich, die insbesondere uns Abgeordnete erreicht haben. Die Frage ist, ob Sie uns schildern können, ob es in der Retrospektive Maßnahmen gab, die Sie, wenn es die Möglichkeit gäbe, so nicht getroffen hätten oder die Sie im Nachgang als nicht notwendig und nicht angemessen erachtet haben, und ob Sie daraus Lehren ziehen.

Dann würde mich noch etwas interessieren, was die Gesetzgebung in diesem Bereich angeht. Es war – ich will es vorsichtig formulieren – teilweise schon kakophonisch, wie die Verordnungen erlassen worden sind. Viele von uns haben das schon wieder verdrängt, aber das war tatsächlich so; ich war dabei. Man hat sie sonntags notverkündet, und montags traten sie in Kraft. Das hat, gerade was die Kommunikation und auch das Verständnis in der Bevölkerung angeht, insbesondere im Handel und in der Gastronomie zu Vorbehalten geführt.

Ich möchte von Ihnen wissen: Wie war das Wirtschaftsministerium strukturell und organisatorisch bei der Ausarbeitung der im Sozialministerium verantworteten Rechtssetzung eingebunden? Würden Sie im Nachhinein sagen, dass man die Art und Weise der Verkündung solcher Verordnungen, Gesetzgebungen zukünftig besser machen kann? Welche Lehren hat man daraus gezogen, gerade auch mit Blick auf den Einzelhandel und die Gastronomie?

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ich möchte bei einem Punkt nachhaken und habe dann noch anknüpfende Fragen an das, was Sie ausgeführt haben, Frau Ministerin. Herzlichen Dank auch von mir für die Ausführungen.

Wir beide waren ja zusammen bei dem Unternehmen, das Sie genannt haben. Deswegen die Frage, inwieweit das Wirtschaftsministerium Kenntnis von der Abwande-

rung oder der Nichtansiedlung von Unternehmen aufgrund konkreter Standort- bzw. Wettbewerbsnachteile hat, die z. B. über den IRA entstehen. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um diese Faktoren zu verbessern? Die Frage vorher bezog sich nicht nur auf Energie.

Das Zweite ist: Wie funktioniert aus Ihrer Sicht der Erkenntnistransfer der baden-württembergischen Spitzenforschung, die ja wirklich große Klasse ist, in die wirtschaftliche Nutzung? Wo sehen Sie da noch Verbesserungsbedarfe? Der Wettbewerb ist sehr hart.

Sie haben das Stichwort „Kreislaufwirtschaft“ angesprochen. Klar, da ist natürlich auch das Umweltministerium dabei. Auch alle IPCEI-Projekte sind immer in das Thema „Circular Economy“ eingebunden. Deswegen die Frage, ob es schon Erkenntnisse gibt, die einen Transfer von Erkenntnissen, die wir in Einzelbereichen haben, in die breite Wirtschaft sicherstellen.

Das Entscheidende, was auch von anderen Rednerinnen und Rednern angesprochen worden ist, ist der Faktor Mensch: zum einen die notwendige Fachkräftezuwanderung und zum anderen die Rahmenbedingungen, die dafür notwendig sind: von Integration bis hin zu existenziellen Aspekten wie Kinderbetreuung. Inwieweit gibt es dazu Rückmeldungen aus der Wirtschaft?

Zum Thema „Future Skills“: Sie haben auch das Bildungssystem angesprochen. Welche Future Skills werden von der Wirtschaft als notwendige Elemente dessen, was die Mitarbeitenden mitbringen müssen, benannt? Welche Bedeutung haben diese Fähigkeiten für Agilität, für „Readiness for Change“, also Veränderungsbereitschaft, für Innovationskraft und damit für die Krisenfestigkeit einer Organisation? Was meldet die Wirtschaft zurück? Inwieweit stimmt die real erfahrene Bildung junger Menschen in Baden-Württemberg mit den Bedürfnissen der Wirtschaft überein? Wo wird das exploriert?

Vielen Dank.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Zunächst einmal von mir, Frau Ministerin, meinen herzlichen Dank im Namen der Industrie- und Handelskammern für die sehr gute Zusammenarbeit während der Coronapandemie. Das hat den Umständen entsprechend sehr gut funktioniert. Es gab kurze Wege der Abstimmung. Am Anfang gab es weniger Bürokratie. Im weiteren Verlauf hat sie uns dann doch mehr und mehr eingeholt. Aber insgesamt war das unter den gegebenen Bedingungen wirklich eine sehr gute Zusammenarbeit. Vielen Dank dafür.

Zunächst eine Frage aus operativer Sicht: Wir müssen feststellen, dass 99 % unserer Unternehmen kleine und mittlere Betriebe sind. Sie waren während der Pandemie aufgrund der vielen Verordnungen, Vorschriften und Regelungen zum Teil stark

überfordert. Am Anfang hatten sie als One-Stop-Shop mehr oder minder die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern. Das hat sehr gut funktioniert. Aber im weiteren Verlauf der Pandemie war es für die Unternehmen schier unmöglich, in diesem Verordnungsdickicht noch durchzublicken.

Die Frage zu diesem Thema an Sie ist: Inwiefern sind die Verwaltungs-, Informations- und Kommunikationsstrukturen hinsichtlich ihrer Anwendungsfähigkeit im Krisenfall überprüft worden? Wir glauben, dass auf horizontaler und vertikaler Ebene mehr zusammengefasst werden muss. Die Wirtschaft muss in die Krisenstäbe vor Ort einbezogen werden. Aber sie muss auch entlang der verschiedenen Verwaltungsebenen – von der kommunalen Ebene bis hoch zum Land – mit am Tisch sitzen. Klar ist: Die großen Unternehmen haben die Ressourcen, das alles zu verarbeiten, die kleinen nicht.

Zum Schluss kam noch die Unsicherheit dazu, dass, wer Geld beantragt, es möglicherweise zurückzahlen muss. Da gab es doch eine große Rechtsunsicherheit. Sie haben es vorhin angesprochen: Unsicherheit ist Gift für die Unternehmen.

Das Zweite: Wir haben festgestellt, dass der große Verlierer der Pandemie der duale Ausbildungsmarkt ist. Die Zahlen sind massiv eingebrochen und stabilisieren sich jetzt auf niedrigem Niveau. Aber eine Umkehr zu mehr Lehrlingen ist nicht in Sicht.

Das Ganze wird noch dadurch verschärft, wie es vorhin schon von Herrn Poreski angesprochen wurde, dass die Zuwanderung von außerhalb zu wünschen übrig lässt. Wir waren zusammen mit dem Ministerium schon vor über zehn Jahren in Spanien, um ausländische Fachkräfte anzuwerben. Bislang ist nicht so viel dabei herausgekommen. Es knarzt an allen Ecken und Enden. Meine Frage dazu ist: Was unternimmt das Ministerium, um die duale Ausbildung zu stärken?

Die dritte Frage betrifft die Forschungslandschaft und die Forschungsinstitute. Wir sind uns wohl darüber einig, dass die Forschungsinstitute in Baden-Württemberg exzellent sind. Ich selbst habe die Freude, im Vorstand eines solchen Instituts mitzuarbeiten. Aber auch da stellen wir fest, dass wir noch viel mehr machen könnten, wenn wir Fachkräfte hätten und die Grundfinanzierung vom Land noch etwas üppiger ausgestaltet würde. Bezogen auf die Forschungsinstitute sind wir an allen wichtigen Zukunftsthemenfeldern dran. Die Frage ist nur: Investieren wir so viel, dass wir auch international nicht nur wettbewerbsfähig sind, sondern auch Themenfelder etablieren, die im weltweiten Vergleich wirklich spitze sind und die dann zu anwendungsfähigen Produkten in der Wirtschaft führen?

Mit meiner letzten Frage komme ich auf das Thema Stimmungslage zurück. Der Mittelstand hat große Krisen bislang mit Bravour gemeistert, auch dank der Unterstützung des Landes und stabiler und funktionsfähiger Verwaltungsstrukturen. Gleichwohl stellen wir im Moment fest, dass die Stimmung in der Wirtschaft so schlecht ist wie nur selten gemessen. Als Hauptgründe für die schlechte Stimmung werden die

hohen Energiepreise, der Fachkräftemangel und erstmals seit Beginn der Aufzeichnungen zum Thema Konjunktur eine Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik des Bundes generell angeführt.

Die Frage, Frau Ministerin, ist: Ab wann definieren wir denn einen Krisenstatus: wenn wir ein Virus ausmachen, wenn wir einen Krieg ausmachen, wenn wir eine Finanzkrise ausfindig machen? Oder ist die Problematik nicht die, dass die Wirtschaft in unserem Land schon in einem etwas angeschlagenen Zustand in Krisen hineingeht? Wer mit Bürokratie bis oben hin belastet ist, der hat natürlich Schwierigkeiten, in der Krise zusätzliche zu bewältigen. Die Frage ist also: Ab wann beginnt eigentlich eine Krise nach der Definition, und sind wir in einer, obwohl wir sie im Moment gar nicht genau definieren können?

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich sehe zumindest derzeit in der großen Runde keine weiteren Fragen. – Dann gebe ich an Sie ab, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, ohne eine Zeitvorgabe. Das erspare ich mir dieses Mal.

Aber erlauben Sie mir noch den Hinweis – die Fragen waren, ohne das bewerten zu wollen, eher allgemeiner wirtschaftspolitischer Art –: Vielleicht können Sie Ihre Antworten auf das Thema der Enquetekommission zuspitzen und das Thema Krise herausarbeiten. Herr Albiez hat ganz zum Schluss einen Hinweis gegeben, der meiner Meinung nach sachdienlich gewesen ist. Das ist jetzt von meiner Seite die zweite Aufgabe am heutigen Tag an Sie. – Jetzt sind Sie dran.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Herr Salomon, vielen Dank. – Herr Albiez, ich möchte zu Beginn auf die Frage eingehen, wann wir in einer Krise sind. Sie haben die Stimmung in der Wirtschaft angesprochen. Wir haben im Grunde genommen schon seit 2019 eine Abwanderung in bestimmten Bereichen zu verzeichnen. Es wurde auch nach konkreten Zahlen gefragt. Es ist schwierig, diese Zahlen zu erheben, weil teilweise auch Investitionen in anderen Ländern stattfinden. Wenn die Umsätze steigen, bedeutet das zusätzliche Kapazitäten. Wenn die Umsätze einbrechen, wird an Standorten mit weniger guten Bedingungen abgebaut. Es ist schwierig, das zu quantifizieren.

Wir erleben im Moment – ich bin in engem Austausch mit den Betriebsratsvorsitzenden der Zulieferbetriebe – gerade in diesem Bereich, dass der Wandel, dynamisiert durch die Pandemie, den Krieg und all die Folgen auch für die Wirtschaft, wahnsinnig beschleunigt wird. Das ist uns eine große Sorge. Deswegen ist es wichtig, dass wir Baden-Württemberg, was die Standortfaktoren angeht, attraktiv weiterentwickeln.

Wir haben viele Vorteile, die nach wie vor noch eine große Relevanz haben. Ich war erst vor Kurzem bei einem Unternehmen. Der Unternehmer sagte mir, er stehe sogar

im internationalen Standortwettbewerb innerhalb seines Konzerns. Die großen Kostenblöcke seien die Lohnkosten, die Rohstoffkosten und die Energiekosten. Bezüglich der Lohnkosten sind wir im weltweiten Wettbewerb ein Hochlohnland, natürlich auch bedingt durch die hohe Qualifizierung der Menschen, die bei uns in den Unternehmen tätig sind. Die Rohstoff- und die Energiekosten waren in Deutschland und in Baden-Württemberg bisher niedrig. Beide sind jetzt angestiegen. Das führte dazu, dass sich die Standortbedingungen verschlechtert haben. Insofern muss der Bund zusammen mit den Ländern jetzt alles daransetzen, die Standortbedingungen wieder zu verbessern. Das geht sicherlich nicht von heute auf morgen. Aber die Unternehmen – diese Rückmeldung bekomme ich von ihnen – brauchen wenigstens eine Agenda. Sie müssen wissen, wohin es geht, damit sie ihre Entscheidungen dahin gehend treffen können.

Frau Wolle, Sie haben nach LNG aus Katar gefragt. Ich denke, wir müssen da, ähnlich wie auch bei anderen fossilen Energieträgern und anderen Energieformen, stärker diversifizieren. Wir sind auf diejenigen Länder angewiesen, die die Rohstoffe zur Verfügung stellen können. Ich möchte mir dazu jetzt kein Urteil erlauben. Ich denke, da sind Risikominimierung und Diversifizierung wichtig. Wir müssen mit der Welt zusammenarbeiten.

Hinsichtlich der Attraktivität des Standorts Baden-Württemberg – Herr Poreski, Sie haben das angesprochen – müssen wir, was die Energieversorgung angeht – Stichworte „Versorgungssicherheit“ und „Bezahlbarkeit“ –, einen Weg finden, damit das in Baden-Württemberg auch langfristig gewährleistet ist.

Wir haben keine Offshore-Windenergie. Das heißt, SuedLink muss so schnell wie möglich kommen. Wir müssen auch bei uns im Land alle Kapazitäten und Möglichkeiten nutzen, um regenerative Energien zu erzeugen. Im Bereich Wasserstoff zeichnet sich jetzt auch vor dem Hintergrund des ansteigenden Bedarfs ab, dass es ganz viele dezentrale Wasserstoffproduktionen geben wird. Das ist eine Chance für Baden-Württemberg; denn damit machen wir uns unabhängiger. Das muss natürlich passieren. Wie gesagt: Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen.

Ich fordere auch immer – ich möchte jetzt aber nicht in eine politische Debatte einsteigen –, dass die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gesenkt wird und dass die Netzentgelte reduziert werden, damit Strom günstiger wird. Wir entwickeln uns zu einer Wirtschaft, die in allen Wirtschaftsbereichen – es ist jetzt schwierig, das abzuschätzen – vielleicht bis zu 70 % von Strom abhängig ist. Experten sagen, 30 % werden dann Wasserstoff sein. Da passiert viel. Insofern müssen wir jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um den Anschluss nicht zu verlieren. Ich habe auch den Ausbau erneuerbarer Energien genannt. Wir müssen aber an allen Stellschrauben drehen. Deswegen müssen wir auch die Steuern in den Blick nehmen.

Herr Poreski, Sie haben den IRA angesprochen. Das ist ein attraktives Angebot. Vielleicht können wir daraus für die Handlungsempfehlungen der Enquete etwas lernen.

Er funktioniert ja über Tax Reduction. Wir haben zu Beginn der Pandemie, als wir die Hilfsprogramme auf den Weg gebracht haben, auch dazu Vorschläge eingebracht, weil wir wussten, welchen Aufwand das Ganze bedeutet.

Herr Karrais, Sie haben u. a. den Datenschutz angesprochen. Natürlich wäre es schon damals möglich gewesen, auf viele Daten zurückzugreifen.

Herr Albiez, ich möchte mich noch einmal bedanken. Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern haben bei der Soforthilfe eine Plausibilitätsprüfung gemacht und dadurch eine höhere Sicherheit für uns erreicht, weil sie schon viele Informationen über ihre Mitgliedsunternehmen hatten. Sie haben dabei natürlich auch den Datenschutz berücksichtigt; das ist keine Frage.

Wenn man Verbesserungen bei einer möglichen nächsten Krise schaffen will, sollte man meiner Ansicht nach über Tax Reduction nachdenken, mit wesentlich weniger Womanpower und wesentlich weniger bürokratischem Aufwand. Ich nenne nur die Antragsstellung und Antragsbearbeitung. Wir haben über die Widersprüche und die Schlussabrechnungen diskutiert. Man könnte da wesentlich schneller und effizienter sein. Ich finde, auch darüber muss man nachdenken. Aber dagegen gab es große Widerstände aus der Finanzverwaltung.

Der IRA sollte für uns Anlass sein, umzudenken und uns neu auszurichten, weil wir mit einem solchen Instrument in schwierigen Situationen helfen und fördern können. Der IRA ist eine Förderung, ein Milliardenprojekt, das die USA auf den Weg gebracht haben und das Investitionen in die USA zieht, beispielsweise in Zukunftstechnologien, auf die auch wir setzen, um den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, und auch in Bezug auf Green Tech.

Volkswagen investiert jetzt in Kanada. Kanada zieht da nach und investiert jetzt in eine Batteriefabrik. Das ist ein Milliardenprojekt, das nicht in Europa stattfindet, sondern in Kanada. Es folgen noch viele andere Projekte in den USA.

Herr Poreski, die Europäische Union hat eine Industriestrategie entwickelt. Wir hatten mit den ganzen Hilfsprogrammen – Stichwort „EU-Beihilferecht“ – und dem Temporary Crisis Framework die Möglichkeit, auch einzelbetrieblich zu fördern. Diese Möglichkeit haben wir sonst nicht. Auch der IRA ermöglicht eine einzelbetriebliche Förderung.

Es gibt jetzt den Temporary Crisis and Transition Framework, einen neuen Beihilferahmen, den die EU quasi als Antwort auf den IRA dem Bund und den Ländern zur Verfügung stellt. Baden-Württemberg sieht sich da gewissen Herausforderungen gegenüber. Wir können bis zu einem bestimmten Millionenbetrag fördern. Teilweise geht es aber auch um höhere Summen. Denken wir nur an Intel mit 10 Milliarden €. Das möchte ich nur einmal in den Raum werfen. Aber ab einer bestimmten Summe

haben wir als wirtschaftsstarke Region nicht die Möglichkeit, zu fördern, und wenn, dann nur in Kooperation mit einer anderen Region. Das ist äußerst herausfordernd für uns. Ich bitte alle, da nachzuarbeiten. Wir haben das schon thematisiert. Wir unterhalten uns intensiv darüber und haben das von der Europäischen Union auch schon eingefordert.

Die Kohäsionspolitik, die Stärkung von strukturschwachen Regionen und das Wohlstandsversprechen der EU sollen ohne Frage handlungsleitend sein. Aber der Ministerpräsident und ich fordern schon seit Längerem, dass man in einer so tiefgreifenden Transformation auch starke Regionen fördert, dass auch sie fördern und Gelder zur Verfügung stellen können, um den Strukturwandel und die Transformation – man spricht ja immer von einer Transformationsregion – erfolgreich zu gestalten. Dafür machen wir uns weiterhin stark. Jetzt ist Bewegung hineingekommen. Letzte Woche war Kommissar Schmit, der für Arbeit zuständig ist, bei uns im Land. Ich habe mich mit ihm darüber ausgetauscht, weil er auch die zukünftige Beschäftigung im Blick hat. Das haben wir sehr wohl im Blick.

Herr Poreski, Sie haben die Abwanderung bzw. die Nichtansiedlung von Unternehmen auf die Standortfaktoren bezogen. Wir stemmen uns natürlich dagegen, gerade auch über Innovationen – ich komme wieder darauf zurück –, und wollen da andere Wege gehen. Ich habe vorhin das Batterieunternehmen angesprochen, das über Metallgeflechte eine ganz neue Vorgehensweise entwickelt hat, um effizientere Batterien auf den Markt zu bringen. Das muss unser Weg sein. Da können wir am schlagkräftigsten sein. Deswegen würde es mich freuen, wenn eine der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission wäre – ich möchte dazu nur eine Anregung geben –, Geld auch für Innovationen zur Verfügung zu stellen, damit wir da breiter aufgestellt sind. Mir ist es ein großes Anliegen, dass das thematisiert wird.

Herr Dr. Kroll, ich komme jetzt zu Ihnen. Sie haben von den Sanktionen gesprochen, von den Eingriffen in die wirtschaftliche Freiheit, um die es sich ja im Grunde handelt. Wir haben heute einen Schwerpunkt auf die Coronapandemie gelegt. Im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung und -bewältigung gab es keine Sanktionen, jetzt aber aus Europa heraus vor dem Hintergrund des schrecklichen Angriffskriegs sehr wohl. Die Frage ist, ob es sinnvoll ist, Sanktionen in Krisenfällen einzubeziehen.

Herr Albiez hat gefragt: Was ist eine Krise? Wie definieren wir das? Wie grenzen wir das ab? Auch ich habe zu Beginn des Angriffskriegs Krisengespräche geführt. Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Das ist schon fast der „Normalzustand“ geworden, den es eigentlich nicht mehr gibt – den gab es wahrscheinlich noch nie – und mit dem wir uns ständig auseinandersetzen.

Meiner Ansicht nach war es wichtig, die anfänglichen Schocks aufgrund der Einstellung der Erdgaslieferungen aus Russland zu überwinden. Durch die Sanktionen wurde die Lieferung von billigem Erdgas aus Russland komplett eingestellt. Das war eine

extreme Krisensituation, in der der Bund auch wieder mit Hilfsprogrammen eingestiegen ist und unterstützt hat, um zu stabilisieren.

Mich hat nachhaltig beeindruckt – auch dieses Thema wurde in dieser Fragerunde von mehreren von Ihnen angesprochen –, dass wir, der Staat, plötzlich enorm handlungsfähig waren. Es war wirklich beeindruckend, wie schnell LNG-Terminals gebaut wurden, um die Gasversorgung sicherzustellen.

Wir haben jetzt im Land die Entlastungsallianz, bei der die Wirtschaftsverbände und die Kommunen eine wichtige Rolle spielen – das ist immer ein Zusammenspiel – und in der wir darum ringen, wie wir Entlastungen bestmöglich umsetzen – wir wissen, dass jede Regulierung ihre Begründung hat und von irgendjemandem eingefordert wurde –, um bestimmten Ansprüchen gerecht zu werden. Nach meiner Überzeugung kann man dabei aber durchaus absichten.

Sanktionen zur Krisenbewältigung werden mitberücksichtigt. In diesem Fall waren sie ein Instrument, um den Angriffskrieg möglichst zu beenden, wenngleich die Geschichte zeigt, dass Wirtschaftssanktionen in der Regel nicht zu einem Umschwenken führen. Nichtsdestotrotz sind sie ein wichtiges und starkes Instrument, ich möchte sagen: ein rotes Schild, eine Grenze. Die Wirtschaft, Herr Albiez, trägt sie mit, weil sie die übergeordnete Bedeutung von Sanktionen erkennt. Denken wir nur an das menschliche Leid, an diese Tragödie. Heute Morgen gab es bei „SWR Aktuell“ einen Bericht über den bevorstehenden Winter und was dies für die Menschen in der Ukraine bedeutet. Das ist wirklich dramatisch.

Wirtschaftssanktionen waren ein Mittel zur Krisenbewältigung in der Hoffnung, dass der Angriffskrieg eingedämmt oder sogar beendet werden kann und das Leid der Bevölkerung aufhört. Man muss spüren, dass sich etwas ändert und dass zumindest der Großteil der westlichen Welt, der an der Seite der Ukraine steht, klare Grenzen aufzeigt, sodass auch das zu einer Krisenbewältigung beiträgt. Das muss man immer berücksichtigen.

Herr Dr. Kroll, Sie haben nach der Zusammenarbeit innerhalb der Landesregierung und nach ressortübergreifendem Handeln gefragt. Das funktioniert bei uns sehr gut und hat in der Krise noch viel besser funktioniert. Wir haben natürlich die unterschiedlichsten Interessen. Jeder hat da hart für seinen Zuständigkeitsbereich gerungen.

Beim Spitzengespräch Corona mit den Wirtschaftsverbänden sowie den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern waren immer auch der Gesundheitsminister oder der Ministerialdirektor des Gesundheitsministeriums sowie Vertreter des Staatsministeriums dabei. Herr Albiez, die Wirtschaft war jedoch nicht Teil des inneren Krisenstabs, in dem es um die konkreten Entscheidungen des Landes ging. Aber die Stimme der Wirtschaft hatte ein starkes Gewicht. Ich glaube, Herr Grenke war damals bei jedem Gespräch dabei. Ich erinnere mich nicht daran, dass er einmal nicht anwesend war.

Er hat die entsprechenden Themen vorgetragen und eingebracht. Wir haben sie dann immer im Krisenstab thematisiert. Es musste abgewogen werden, welche Entscheidung man trifft.

Das ressortübergreifende Handeln erleben wir in der aktuellen Landesregierung ganz stark, auch wenn wir an die Zukunft denken und wenn ich an den Strategiedialog Automobilwirtschaft und an das Gesundheitsforum denke, aber auch im Bereich „Bauen und Wohnen“, in dem wir, das Wirtschaftsministerium, mit dem MLW gut zusammenarbeiten. Im Landwirtschaftsbereich gibt es ebenfalls Initiativen, um noch effizienter zu sein. Aber gerade in der Gesundheitswirtschaft ist das ein großer Gewinn.

Herr Karrais, Sie haben nach dem Datenschutz gefragt. Dazu möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen. Daten aus Kliniken, die natürlich anonymisiert sind, stehen nur ca. 4 % der Privatwirtschaft zur Verfügung. Dazu gibt es eine gemeinsame Initiative. Das Sozialministerium hat die Zuständigkeit dafür. Wir, das Wirtschaftsministerium, haben dies inhaltlich ausgestaltet und über den Bundesrat eine Initiative gestartet, damit diese Daten auch für die Privatwirtschaft zugänglich sind.

In vielen Bereichen – Stichwort „Künstliche Intelligenz“ – passiert gerade viel. Jetzt kann sogar schon bei querschnittsgelähmten Menschen über KI überbrückt werden. Das, was da gerade passiert, ist wirklich spannend. Aber auch in der Wirtschaft passiert viel. Wir machen uns gemeinsam dafür stark, dass der Datenschutz kein Innovationshindernis darstellt. Das müssen wir klar artikulieren und aussprechen.

Wir bringen uns auch ganz stark im Rahmen der Beratung des AI Acts auf europäischer Ebene ein. Dabei geht es auch um die Abwägung und Einschätzung von Risiken. Natürlich wollen wir eine ethisch verantwortbare KI. Aber dies darf nicht dazu führen, dass wir dadurch den Bereich KI in Deutschland totmachen, dass er dann bei uns einfach nicht mehr stattfindet und die entsprechenden Unternehmen dann woandershin gehen.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen – das wird unter unterschiedlichen Perspektiven diskutiert –: CRISPR/Cas. Das ist bei uns nicht mehr möglich. Aber wir importieren jetzt Produkte, die mit dieser Technologie entwickelt worden sind. Bei uns brechen Innovationspotenzial, Wertschöpfung und Arbeitsplätze weg, und trotzdem setzen wir diese Produkte dann ein. Das müssen wir schon im Blick haben. Über MDR könnte ich jetzt lange sprechen. Das ist ein ganz wichtiges Thema, das wir auch auf dem Schirm haben.

Wir brauchen Datenschutz. Er ist wichtig und ein gewisses Alleinstellungsmerkmal der Europäischen Union. Datenschutz wird zunehmend eingefordert, auch von Herrn Altman, der ChatGPT bei OpenAI entwickelt hat, Mark Zuckerberg und anderen. Aber das Ganze muss mit Augenmaß geschehen, sodass die Wirtschaft in Deutschland und in Baden-Württemberg trotzdem die Möglichkeit hat, zu innovieren. Wenn

uns diese Möglichkeiten wegbrechen, hat das Auswirkungen auch auf andere Bereiche, ähnlich wie mit den Abwanderungen. Wenn Produktionsbetriebe abwandern, wandern irgendwann einmal auch Forschung und Entwicklung ab. Dann gehen uns auch die Technologiebereiche verloren. Das ist ein wichtiges Thema.

Herr Karrais, Sie haben die Digitalisierungsprämie angesprochen. Wir haben mit der Digitalisierungsprämie Plus seit Oktober 2020 Digitalisierungsprojekte in Unternehmen aller Branchen mit bis zu 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit rund 120 Millionen € gefördert. Das war ein Digitalisierungsschub. In dem Monitoringbericht 2023, den ich beim Digitalgipfel vorgestellt habe, wurde dargelegt, dass Digitalisierungsanstrengungen in den Unternehmen schneller erfolgt sind als ursprünglich geplant. Die Indexpunkte waren höher. Ich glaube, 55 Punkte waren geplant, und jetzt sind wir bei 58 Punkten. Es gibt natürlich noch immer Luft nach oben. Irgendwann einmal wollen wir auf 100 Punkte kommen. Dabei hilft die Digitalisierungsprämie sicher. Wir geben dafür viel Geld aus, auch im nächsten Doppelhaushalt. Wir müssen dabei immer abwägen, in welche Programme wie viele Mittel fließen werden. Wir monitoren das und sehen dann die Entwicklung und die Bedarfe. Es ist uns immer gelungen, dann entsprechend nachzusteuern.

Wir geben 50 Millionen € für den IpaI, 15 Millionen € für die KI-Exzellenzzentren und viel Geld für unsere KI-Hubs und Digital Hubs. Ich glaube, da muss man die Summe insgesamt betrachten, weil das alles ineinandergreift.

Herr Karrais und Matthias Miller haben die Cybersicherheit angesprochen und gesagt, diese Thematik müsse bei Unternehmen besser bekannt gemacht werden. Ich habe das CyberSicherheitsForum genannt, das wir durchführen. Wir schreiben auch einen Wettbewerb aus, im Rahmen dessen Unternehmen über Maßnahmen berichten, die sie umsetzen. Diese Veranstaltung hat im vergangenen Jahr zusammen mit Thomas Strobl im Haus der Wirtschaft stattgefunden. Auch betroffene Unternehmen berichten – das finde ich großartig –, um dafür zu sensibilisieren.

Wenn bei Ihnen der Eindruck entstanden ist, dass dieses Thema in der Wirtschaft noch zu wenig bekannt ist, sollten wir über die Kammern, Herr Albiez, vielleicht noch eine Informationskampagne durchführen. Herr Dr. Miller hat von einem besseren Informieren gesprochen, ebenso wie Herr Karrais. Insofern müssen wir da noch mehr in die Öffentlichkeitsarbeit einsteigen. Dabei sind die Verbände und die Kammern für uns ganz wichtige Partner. Es gibt eine Hotline. Die Polizei ist ebenfalls gut aufgestellt, auch mit hoch kompetenten Menschen, und kann viele Antworten geben. Cybersicherheit ist ein großes Thema.

Herr Karrais, Sie haben gefragt, welche Förderungen wir als Wirtschaftsministerium noch zusätzlich zu den Veranstaltungen und den Wettbewerben machen. Ich habe bereits gesagt, dass wir beim FZI einen Bereich aufgebaut haben, mit dem wir dieses große Thema unterstützen.

Auf die Industrie- und Handelskammern wurde bereits ein Cyberangriff durchgeführt, sie wurden lahmgelegt. Gleiches gilt für viele Kommunen und Landkreise. Das ist ein Thema für uns alle, für uns als Abgeordnete, aber auch als Menschen. Im privaten Bereich – Stichwort „Social Media“ – werden z. B. Accounts gehackt. Das ist schon eine gewisse Gefahr, weil dann auch Fake News kommuniziert werden.

Ich gehe jetzt zum Thema Fachkräfte weiter, das von Ihnen, Herr Dr. Kroll, benannt und auch von Herrn Poreski aufgegriffen wurde. Die fehlenden Fach- und Arbeitskräfte sind für uns ein Wachstumshemmer. Das ist für Baden-Württemberg im Moment eine große Herausforderung. Der demografische Wandel, die Reduzierung von CO₂-Emissionen und die Digitalisierung gehören zu den großen Feldern, die uns momentan intensiv beschäftigen. Ich habe ja gefragt, wie unsere Gesellschaft resilienter werden kann. Das werden wir, indem wir Fachkräfte aufbauen.

Wir haben nach wie vor, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle immer Handlungsbedarf gibt – das wird mir zurückgespiegelt –, ein sehr gutes Bildungssystem, natürlich immer mit Verbesserungen, die durchzuführen sind. Wir haben nach wie vor exzellente Fachkräfte. Aber die Zahl der Menschen reicht nicht aus. Wir haben im Land auch die Fachkräfteallianz.

Herr Albiez, Sie haben u. a. die Ausbildung angesprochen, die während der Pandemie in besonderer Weise gelitten hat, und gesagt, die Zahlen seien zurückgegangen. Das war ein großes Problem, weil wir mit den Instrumenten, die wir in der Vergangenheit geschaffen haben, in der Pandemie nicht mehr agieren durften. Es gab keine Ausbildungsbotschafter. Die Berufsorientierungsangebote haben überwiegend digital stattgefunden. Dadurch hat man den Zugang zu jungen – und auch älteren – Menschen nicht bekommen, zumindest nicht in dieser Form. Es ist schon erstaunlich: Man sollte meinen, dass die Menschen in einer immer digitaler werdenden Welt – gerade die junge Generation ist ja social-media-affin – ganz anders aufnahmefähig sind. Aber das war eben nicht der Fall.

Es konnten keine Ausbildungsmessen stattfinden. Auch das ist ein ganz wichtiges Instrument, um die einzelnen Ausbildungsberufe vorzustellen und für die berufliche Ausbildung zu werben. Insofern haben wir im Nachgang versucht, über die Initiative „Praktikumswoche“ nachzusteuern, um das Interesse für eine Ausbildung zu steigern. Das ist ein großartiges und sehr erfolgreiches Instrument, das wir gemeinsam mit den Verbänden und Kammern machen – allein ginge das gar nicht – und jetzt weiterführen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Ausbildung zu verbessern.

Ein wichtiger Bereich, den Sie, Herr Albiez, auch angesprochen haben, ist die Fachkräfteeinwanderung. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist von der vorherigen Bundesregierung auf den Weg gebracht worden und sollte eigentlich mit Wirkung zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Dann kam die Pandemie. Das Gesetz wurde dadurch ausgehebelt und kam eigentlich nie richtig zur Anwendung. Es gibt nur we-

nig Erfahrungswerte damit, weil die Mobilität massiv eingeschränkt wurde. Der Flugverkehr wurde in Teilen komplett eingestellt bzw. konnte nur mit massiven Einschränkungen erfolgen. Die Menschen hatten gar nicht mehr die Möglichkeit, zu uns zu kommen. Es gab dann eine Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Jetzt müssen wir schauen, wie es sich entwickelt. Wir brauchen eine qualifizierte Einwanderung.

Um den großen Ansturm an Anträgen zu bewältigen, um Menschen ins Land zu holen, die qualifiziert sind, brauchen wir natürlich die Botschaften, die damit im Moment allerdings völlig überfordert sind. Es gibt gerade eine Diskussion über die Ausländerbehörde in Stuttgart. Auch hier ist der Fachkräftemangel ein massives Problem.

Wir, das Land, werden jetzt im Rahmen unserer Möglichkeiten eine zentrale Ausländerbehörde einrichten, die genau diese Thematik im Blick hat und als Dienstleister für die Unternehmen agiert. Das ist fakultativ. Die Unternehmen haben die Wahl, ob sie das Angebot der Ausländerbehörde lokal vor Ort nutzen oder die zentrale Ausländerbehörde in Anspruch nehmen. Die Zusammenarbeit vor Ort funktioniert teilweise sehr gut. Der Dienstleistungsgedanke soll jetzt in der zentralen Ausländerbehörde im Vordergrund stehen, sodass die Einwanderung von qualifizierten Menschen beschleunigt wird. Wir wissen: Viele Hebel befinden sich vor allem auf Bundesebene. Auch da muss jetzt Personal aufgebaut und digitalisiert werden. Das ist notwendig, weil aufgrund der sehr hohen Migrationszahlen derzeit eine große Nachfrage besteht.

Ich hoffe, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in dieser Form erfolgreich sein wird. Das wird aber sicherlich nicht ausreichen. Insofern setzen wir im Land weitere Schwerpunkte. Das ist auch in der Fachkräfteallianz mit den Akteuren so diskutiert worden. Mir ist sehr wichtig, dass wir das nicht losgelöst machen.

Wir setzen auf eine verstärkte Erwerbsbeteiligung von Menschen im erwerbsfähigen Alter. Wir wollen den Anteil der Menschen mit Berufsabschluss erhöhen. Dafür ist beispielsweise „AVdual“ ein Ansatz, aber auch andere Konzepte. Im Bereich der Weiterbildung haben wir eine Initiative gestartet. Da muss aber noch mehr passieren.

Die Lebensarbeitszeit wird sicherlich ein Thema sein. Teilzeitbeschäftigung ist ebenfalls ein Thema. Dafür haben wir in unserem Landesarbeitsmarktprogramm das Netzwerk Teilzeitausbildung, das sehr wichtig ist, um dabei zu unterstützen. Das zählt aber mehr auf den Berufsabschluss ein.

Von der Bundesagentur für Arbeit gibt es Berechnungen, dass wir, wenn das Arbeitszeitvolumen von Frauen gesteigert würde, ein enormes Potenzial im Land hätten. Dem liegen unterschiedliche Annahmen zugrunde, teilweise nur eine geringe Erhöhung der Stundenzahl. Auch das ist ein Thema, dem wir uns massiv widmen.

Im Bereich der Arbeitsproduktivität müssen wir die Schritte stärker digitalisieren, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch – da geht es wieder um das Thema Innovation – in den Unternehmen. Auch müssen wir uns den Wanderungssaldo von Fachkräften anschauen. Das betrifft Menschen, die das Land verlassen, und Menschen, die zu uns kommen.

Ich bin davon überzeugt: Wir brauchen auch mehr Flexibilität. Durch Homeoffice wurde das ja in weiten Teilen ermöglicht. Meiner Ansicht nach – da bin ich schon lange eine Mahnerin – sollte das Arbeitszeitgesetz mehr Flexibilität ermöglichen – ich selbst bin Mutter von drei Kindern; das gilt aber auch für Väter –, um Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Herr Poreski, Sie haben die Kinderbetreuung angesprochen. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Auch bei den Erzieherinnen und Erziehern gibt es einen massiven Fachkräftemangel. Wir haben jetzt die Möglichkeit geschaffen, sich zu qualifizieren. Dafür werden ca. 2 600 € als Verdienst bezahlt. Volker Schebesta hat dieses Programm auf den Weg gebracht, um die Attraktivität zu erhöhen, damit sich Menschen qualifizieren lassen. Wir hatten übrigens einmal ein Programm zusammen mit einer Einzelhandelskette und ver.di, bei dem wir im Blick hatten, Frauen aus dem stationären Einzelhandel für die Kinderbetreuung zu qualifizieren. Wir müssen weiter daran arbeiten, weil das ein wichtiger Bereich ist.

Sie sehen: In Bezug auf Fachkräfte unternehmen wir alle möglichen Anstrengungen, um die bestehenden Potenziale bei uns im Land zu nutzen.

Ich möchte noch einen Bereich herausgreifen. Man hat sich auf den Weg gemacht, auch die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern. Ich möchte beispielsweise die Personalbindung ansprechen. Wir fördern das jetzt mit der Initiative „Horizont Handwerk“ mit Landesgeld und unterstützen damit das Handwerk. Das ist ein ganz wichtiges Thema, genauso wie Motivation und „Neue Zielgruppen“. Ich habe es angesprochen. Darauf legen wir einen ganz starken Schwerpunkt.

Auch die Weiterbildung ist ein großes Thema. Wir haben die Initiative WEITER.mit.BILDUNG@BW auf den Weg gebracht. Wie gesagt: Weiterbildung ist ein großes Thema und wird sicherlich einen Anteil an dem Ganzen leisten.

Ich habe vorhin angesprochen, was wir noch verbessern können, beispielsweise bei der Kurzarbeit und bei Weiterbildungsmaßnahmen. Ich glaube, es mussten mindestens 120 Stunden an Weiterbildung in Anspruch genommen werden, damit die Weiterbildungsaktivitäten über den Bund finanziert werden konnten. In vielen Unternehmen, vor allem in kleineren Unternehmen, wurde das aber gar nicht durchgeführt, weil die Bedingungen zu anspruchsvoll waren. Da muss man sicherlich noch nachsteuern.

Herr Dr. Miller, Sie haben die Widerstandsfähigkeit angesprochen und gefragt, was wir da besser machen können. Wir analysieren ständig auch die Maßnahmen, die andere Länder auf den Weg bringen, die Entscheidungen, die sie treffen, und wie sie sich ausrichten. Ich bin davon überzeugt, dass wir dann, wenn wir die Bedingungen für Handelsabkommen und Innovationen bei uns im Land verbessern, wenn wir an diesen Punkten ansetzen, auch widerstandsfähiger werden.

Widerstandsfähigkeit, gerade im Gesundheitswesen, war natürlich ein Thema. Auf den Intensivstationen haben uns teilweise die Menschen gefehlt. Die Technik, die Beatmungsgeräte waren vorhanden, aber die Menschen waren der begrenzende Faktor – Sie erinnern sich.

Herr Dr. Miller, Sie haben des Weiteren nach Start-ups gefragt: Was müssen wir hier tun? Wir haben da eine ganz andere Kultur und auch eine andere Art der Finanzierung. Unternehmen in diesem Bereich werden überwiegend kreditfinanziert. Im anglikanischen Raum hat die Kapitalmarktfinanzierung eine große Bedeutung und einen viel größeren Anteil bei der Unternehmensfinanzierung. Die Mittel für Pension funds – Pensionen für bestimmte Berufsgruppen – werden in einem höheren Maß am Kapitalmarkt investiert, um Rücklagen aufzubauen. Dafür gibt es in Deutschland noch starke Restriktionen, sodass bei uns nicht so viel Risikokapital zur Verfügung steht wie in anderen Regionen dieser Welt. Das ist ein Thema, das wir schon von Anfang an angegangen sind.

Wir haben jetzt mit Landesgeld einige Fonds im Land anfinanziert und sind da auch Partner. Ich nenne nur LEA Mittelstandspartner, Start-up BW Innovation Fonds, First Momentum Ventures Fund II, LEA Venturepartner II und – das ist ganz neu; die Liste ist nicht vollumfänglich, das ist eine lange Liste – Grazia Impact III. Die L-Bank ist dabei ein starker Partner für uns, aber auch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, über die wir eigene Angebote machen und unterstützen. Pre-Seed ist im Grunde auch ein Instrument, um anzufinanzieren. Das kann aber natürlich nur ein Anreiz sein.

Wir müssen weiter an dieser Kultur arbeiten. Solche Fonds können gegründet werden, aber auch einmal scheitern. Das bedeutet dann aber nicht das Ende des wirtschaftlichen Handelns einer Person, auch wenn es schwierig und anspruchsvoll ist, wieder Kredite zu bekommen, wenn man in Deutschland einmal in eine Insolvenz gegangen ist. Da hat sich schon viel verändert. Die Risikobereitschaft ist größer geworden.

Im Hinblick auf die Steuergesetzgebung, die Möglichkeiten, zu investieren, die Rahmenbedingungen und die Risikofaktoren der großen Investments, auch der Versicherungen, müssen wir uns weiterentwickeln. Ich kämpfe dafür und bringe das immer wieder ein; denn da sind wir wirklich im Nachteil, vor allem im Vergleich zur anglikanisch geprägten Welt, in der viel mehr Geld in Form von Risikokapital angelegt wird.

Frau Wolle, Sie haben nach dem Lieferkettengesetz und KMUs gefragt. Da gibt es eine Untergrenze. Eine Bundesregelung dazu ist schon in Kraft getreten. Jetzt wird eine Debatte auf europäischer Ebene darüber geführt. Meiner Ansicht nach ist es wichtig, wie das Ganze ausgestaltet wird. Die persönliche Haftung für Geschäftsführer, die auf EU-Ebene diskutiert wird, lehnen wir ab; denn es ist äußerst schwierig, die Lieferketten bis zu den Einzelteilen hinunter zu verfolgen, die in Komponenten einfließen, die man bezieht. Das ist schon eine Herausforderung.

Es gibt Ideen und werden Diskussionen darüber geführt, dass die EU bestimmte Länder clustert. Dies geht allerdings mit der Gefahr einher, dass dann gerade kleine und mittlere Unternehmen mit bestimmten Ländern – das sind oft Entwicklungs- oder auch Schwellenländer – gar keine Wirtschaftsbeziehungen mehr unterhalten könnten, was absolut falsch wäre; denn meiner Ansicht nach ist Wirtschaftspolitik die beste Entwicklungspolitik. Da kommt es jetzt auf die Umsetzung und Ausgestaltung an. Das mahnen wir auch an. Bei den KMUs gibt es eine Mindestschwelle, was die Anzahl an Mitarbeitern angeht. Die großen Unternehmen werden das trotzdem einfordern, um ihre Anforderungen erfüllen zu können. Das ist schon eine große Herausforderung.

Dabei geht es auch um Bürokratie und Dokumentationspflichten. Ich habe ja ein Moratorium bei den Berichtspflichten auf EU-Ebene gefordert. Ursula von der Leyen hat jetzt in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union angekündigt, dass sie 25 % der Berichtsaufwände reduzieren möchte. Das stimmt mich hoffnungsfroh, dass dieses Thema erkannt worden ist und hoffentlich auch in die Umsetzung geht.

Frau Wolle, Sie haben die abnehmende Zahl der Patente angesprochen. Das müsste man sich einmal genauer anschauen. Die Zahlen liegen mir jetzt nicht vor. Ich habe deutlich gemacht: Dem können wir nur entgegenwirken, wenn wir ein innovationsfreundliches Umfeld haben. Ich habe die Punkte schon genannt, was wir im Land alles tun, um Innovationen zu fördern.

Ich möchte den Blick jetzt auf die europäische Ebene lenken. Die Medical Device Regulation mit der aufwendigen, teuren und langwierigen Regulatorik, bei der auch die benannten Stellen fehlen – auch da gibt es Kapazitätsengpässe –, führt dazu, dass gewisse medizintechnische Produkte gar nicht mehr auf dem europäischen Markt angeboten werden, weil das zu teuer ist und zu viel Zeit braucht. Dann wird eine FDA-Zulassung für den amerikanischen Markt beantragt, die schneller erfolgt und weniger aufwendiger ist. Nur wenn eine entsprechende Skalierung bei einem Produkt im Markt eintritt, also hohe Stückzahlen, wird erwogen, es auf den europäischen Markt zu bringen. Das ist kontraproduktiv. Wir müssen daran arbeiten, dass bei Entscheidungen auch die Folgewirkungen berücksichtigt werden. Das ist ein wichtiges Thema.

Sie haben stabile Netze, die Infrastruktur und Energie angesprochen. Das ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften. Ich nenne nur die Versorgungs-

sicherheit, gerade auch mit Energie. Das ist ein wichtiger Standortfaktor, den wir nicht im Entferntesten aufs Spiel setzen dürfen. Deswegen legen wir einen Blick darauf.

Wir haben gemeinsam mit unseren Kommunen eine starke EnBW, die mit ihren Töchtern sehr engagiert ist. Mit dem Hochfahren der Elektrifizierung ist ein massiver Netzausbau verbunden, der auch sehr teuer ist. Dazu gab es ja schon entsprechende Entscheidungen.

Herr Weirauch, Sie haben gefragt, wie viel Prozent der Gelder abgeflossen sind. Diese Zahlen liegen uns in dieser Form nicht vor.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich denke, darüber kann man im Wirtschaftsausschuss noch einmal diskutieren, oder man kann die Zahlen im Nachgang liefern.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielleicht über eine Berichtszusage!)

– Gern. Wenn die Ministerin das macht, dann umso besser.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Soweit wir das ermitteln können. – Wir haben bei unserer Stabilisierungshilfe, bei unserem Beteiligungsfonds bestimmte Größenordnungen auch in Abstimmung mit der Wirtschaft angenommen. Das waren Plangrößen, nicht wissend, ob wir das jeweilige Volumen benötigen, ob es weniger oder vielleicht sogar mehr ist. Die Zahlen sind wirklich beeindruckend: insgesamt 12,4 Milliarden €. Die Hilfsprogramme haben in weiten Teilen gepasst. Natürlich gibt es immer Einzelfälle – bei solchen Massenprogrammen geht das nicht anders –, bei denen bestimmte Kriterien nicht zu einer Förderung geführt haben. Wir haben beispielsweise den Tilgungszuschuss für die Schausteller als Landesprogramm und anderes auf den Weg gebracht. Es ist schwierig, das jetzt konkret zu quantifizieren. Da, wo es uns möglich ist, werden wir das machen.

Herr Weirauch, Sie haben gesagt, dass Handel und Gastronomie von der Pandemie besonders betroffen waren, und gefragt, welche Maßnahmen nicht angemessen waren. Ich möchte da die ganze Veranstaltungsbranche mit einbeziehen, die über einen noch viel längeren Zeitraum betroffen war, genauso wie die körpernahen Dienstleistungen. Das war natürlich schon schwierig. Ich bin mir sicher, Minister Lucha hat ausführlich etwas zu den Maßnahmen und Coronaverordnungen ausgeführt, die damals beschlossen worden sind.

Herr Albiez hat die Kurzfristigkeit des Inkrafttretens der Coronaverordnungen angesprochen, genauso wie Sie, Herr Weirauch. Das Infektionsgeschehen mit den verschiedenen Varianten und dann mit dem Aufkommen der Impfstoffe war sehr dynamisch. Das Anliegen der Landesregierung war immer, schnell auf Veränderungen zu

reagieren. Ich glaube, in der Umsetzung waren wir relativ pragmatisch – ich möchte das jetzt nicht weiter ausführen –; denn uns war schon klar, dass es schwierig ist, wenn eine Verordnung am Sonntag- oder Montagabend beschlossen wird und schon am Tag darauf wirksam werden soll. Aber im Rückblick, muss ich sagen, hat das dazu geführt, dass wir die Pandemie, verglichen mit anderen Regionen, wenn ich jetzt nur an China denke, relativ gut gemeistert haben. Natürlich kann man Dinge immer noch besser machen. Ich habe mich immer für die Wirtschaft starkgemacht. Click-and-collect war ein Beispiel.

Das war immer eine Abwägung der Argumente zwischen dem Gesundheitsschutz und der Eingrenzung der Freiheit von Unternehmen und Personen. Wir haben oft hart darum gerungen und waren dankbar, als wir dann über eingrenzende Maßnahmen Begegnungen wieder ermöglichen konnten – Stichworte „Impfungen“ und „Tests“. Die Wirtschaft hat einen großen Anteil daran geleistet, die jeweiligen Produkte in dem entsprechenden Umfang herzustellen. Das war schon eine verrückte Zeit. Am Anfang hatten wir gar keine Masken, sondern nur diese Stoffmasken. Dann ist man auf die medizinischen Masken übergegangen. Damals war viel in Bewegung. Ich bin mir sicher, Herr Lucha hat ausführlich dazu berichtet.

Über die Kurzfristigkeit von Maßnahmen – wie eine solche Kurzfristigkeit zu verhindern ist – werden Sie in der Enquete sicherlich noch im Rahmen der Handlungsempfehlungen diskutieren. Dafür sind wir alle dankbar. Wie gesagt: Ich glaube, in der Umsetzung hat das in weiten Teilen so funktioniert – auch wenn ich weiß, dass das für viele eine große Herausforderung war –, sodass wir große Härten abfedern konnten.

Herr Poreski, die Kreislaufwirtschaft und den Transfer haben wir immer im Blick. Die Kreislaufwirtschaft hat eine große Bedeutung im Bereich Batterien. Seltene Erden sind knappe Rohstoffe. Da haben wir unsere Anstrengungen auch im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft intensiviert. Der Transfer, dass das Ganze dann in die Wirtschaft Einzug hält und Unternehmen es umsetzen, ist immer das Ziel.

Sie haben die Future Skills angesprochen. Das ist ebenfalls ein Thema – ich habe auch die Weiterbildung angesprochen –, das uns bewegt. Wir, das Wirtschaftsministerium, haben eine Studie über Future Skills mitfinanziert, an der Südwestmetall, die IG Metall und die Bundesagentur beteiligt waren. Darin wird ausführlich dargestellt, dass bestimmte Fähigkeiten gerade in den Bereichen Technologie und Digitalisierung gefördert und die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Das fließt auch in die Weiterbildungsinitiativen ein, die wir im Land unternehmen.

Herr Albiez, Sie haben die Kammern als One-Stop-Shops sowie Verwaltungs-, Informations- und Kommunikationsstrukturen angesprochen. Dazu habe ich schon etwas gesagt. Wie gesagt: Das Ganze ist in einem Krisenfall eine große Herausforderung. Ich bin gespannt, ob dazu Handlungsempfehlungen in der Enquete erarbeitet

werden, damit wir das noch besser gestalten können. Über Social Media haben wir vielleicht einen direkteren Zugang. Man muss sich überlegen, wie man die Menschen, die betroffen sind, zukünftig noch schneller erreicht.

Darüber hinaus haben Sie, Herr Albiez, die Forschungsinstitute angesprochen und gesagt, auch da fehlten Fachkräfte und es bedürfe einer besseren Grundfinanzierung. Das haben wir schon im Blick. Wir haben jetzt bei den Instituten der Innovationsallianz – FKFS, FZI, ZSW, Hahn-Schickard und den anderen – einen Aufwuchs der Grundfinanzierung beschlossen. Wir wissen auch um die Konkurrenzsituation mit den vom Bund und vom Land geförderten Instituten. Ich möchte Fraunhofer herausgreifen. Die Forschungsinstitute haben für uns eine ganz große Bedeutung. Ich habe ja das FZI, das ZSW und die Cybersecurity angesprochen. Das FKFS im Bereich der Zulieferbranche leistet einen ganz wichtigen Beitrag für Transformation und Innovation.

Über die Frage, wann eine Krise beginnt, haben wir schon diskutiert. Auch andere haben das angesprochen. Wir hatten zu Beginn und während der Pandemie, bis dann die Maßnahmen im Februar 2023 gelockert werden konnten, eine absolute Ausnahmesituation. Es gab eine absolute Ausnahme- und Krisensituation zu Beginn des Krieges, auch hinsichtlich der Energieversorgung. Wir sind jetzt in einem Zustand der ständigen Herausforderungen, denen wir begegnen müssen. Die Märkte funktionieren jetzt in großen Teilen wieder sehr erfolgreich. Aber wir müssen natürlich in Deutschland unsere Hausaufgaben machen, was die Energieversorgung und die Bezahlbarkeit von Energie angeht.

Ich hoffe, dass ich allen Fragen gerecht geworden bin, die in der zweiten Runde gestellt worden sind.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich muss Sie enttäuschen. Es gibt noch Nachfragen. Ich habe gesehen, dass sich Herr Abg. Dr. Weirauch und Frau Abg. Krebs gemeldet haben. Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus der Runde? – Das scheint nicht der Fall zu sein. – Frau Abg. Krebs, Sie haben das Wort.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Vielen Dank, Frau Ministerin, für den sehr ausführlichen und guten Parforceritt über alle Wirtschaftsfelder hinweg, den ich sehr aufmerksam verfolgt habe.

Ich möchte jetzt den Bogen zur Gesellschaft spannen. Darüber könnten Sie sicherlich noch einmal eine Stunde berichten. Aber ich weiß, Sie sind zeitlich gebunden. Darum von mir nur ganz kurz etwas.

Wir haben in allen Handlungsfeldern, die wir bisher abgearbeitet haben, festgestellt, dass sowohl Gesundheit als auch Teilhabe ungleich verteilt sind. In Ihrem Handlungsfeld ist mit Sicherheit das wirtschaftliche Einkommen der Familien, der Bürge-

rinnen und Bürger ungleich verteilt. Mich würde interessieren, wie Sie das beurteilen. Oder einfacher gefragt: Was können Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsunternehmen tun, damit Gesundheit und Teilhabe in Zukunft besser verteilt sind? Denken wir nur einmal daran, dass es noch immer einen Gender-Pay-Gap gibt. Man muss darüber sprechen.

Noch eine Frage: Wir haben in unserem schönen, wunderbaren Koalitionsvertrag und auch im ersten Handlungsfeld ganz deutlich das Thema „Health in All Policies“ angesprochen. Ich hätte gern eine Einschätzung von Ihnen, wie Sie dazu stehen und inwiefern auch das Wirtschaftsressort eine Verantwortung für dieses Thema hat.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ich möchte auf Ihre Einlassung zur Kurzfristigkeit im Zusammenhang mit den Notverkündungen zurückkommen, weil sie China als Referenz benannt und uns anheimgestellt haben, unter Umständen in den Handlungsempfehlungen etwas dazu zu schreiben. Ich kann nicht ausschließen, dass wir etwas zur Kurzfristigkeit ausführen werden.

Das war zwar eine „verrückte Zeit“, wie Sie es gesagt haben. Aber das ändert nichts daran, dass man solche Verordnungen schon an einem Donnerstag oder Freitag für die kommende Woche hätte auflegen können. Ich glaube, dann wäre die Pandemie nicht ineffizienter bekämpft worden, als es der Fall gewesen ist. – Das war Punkt 1.

Punkt 2: Meine Frage, inwiefern das Wirtschaftsministerium institutionell an der Rechtsetzung beteiligt worden ist, wurde nicht beantwortet.

Dann habe ich noch einen anderen Punkt. Sie haben gesagt, dass Sozialminister Lucha uns schon über die Coronamaßnahmen Auskunft gegeben hat. Das mag sein. Aber ich habe Sie als Wirtschaftsministerin gefragt und möchte gern Ihre persönliche Sicht auf die Dinge wissen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sehe keine weiteren Fragen in der Runde. – Dann, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, dürfen Sie antworten.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank. – Frau Krebs, Sie haben die ungleiche Verteilung von Teilhabe und wirtschaftlichem Einkommen sowie den Gender-Pay-Gap im Zusammenhang mit der Krise dahin gehend angesprochen, dass Sie sagen, wir brauchten auch attraktive Arbeitsplätze, damit die Menschen Krisen bewältigen können. Die Frage ging in diese Richtung.

Über den Gender-Pay-Gap können wir lange diskutieren. Meine klare Auffassung ist, dass Frauen für die gleiche Tätigkeit das gleiche Einkommen bekommen müssen;

das ist keine Frage. Die Problematik ist in Teilen auch dadurch bedingt, dass Frauen Berufe ergreifen, die keine so hohen Einkommensperspektiven bieten, als dies bei Männern der Fall ist. Denken wir beispielsweise an die MINT-Berufe. Wir, das Land, unternehmen enorme Anstrengungen, um mehr Frauen für MINT-Berufe zu begeistern und zu motivieren. Vielleicht können wir uns an anderer Stelle noch ausführlicher darüber unterhalten.

Die Einkommensgestaltung ist grundsätzlich den Tarifpartnern überlassen. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter ringen immer hart um die Tarifverträge. Ich finde es immer gefährlich, wenn sich der Staat dazu äußert und in dieses Geschehen eingreift. Das ist für die Wirtschaft eines der ganz wichtigen Kriterien.

Gesundheit in allen Politikfeldern: Ich beziehe das jetzt einmal auf das Forum Gesundheitsstandort, in dem wir genau diese Themen diskutieren und in dem sich das Sozialministerium gemeinsam mit der Wissenschaft, dem Wissenschaftsministerium und der Wirtschaft diesen Themen widmet. Eines davon ist die Gesundheitswirtschaft. Es geht u. a. darum, welchen Beitrag die Gesundheitswirtschaft leisten kann, um in der Versorgung eine Verbesserung zu gewährleisten. Es gibt viele gemeinsame Initiativen. Eine habe ich schon genannt und herausgegriffen, nämlich den Zugang zu Daten, um einerseits die Versorgung zu verbessern und andererseits Geschäftsmodelle in diesem Bereich in Baden-Württemberg und in Deutschland zu ermöglichen.

Herr Weirauch, zu der Kurzfristigkeit des Inkrafttretens der Verordnungen: Das war eine Ausnahmesituation. Wir haben uns auf der Basis der Fakten, die uns vorlagen, und auch der Einschätzungen der Wissenschaft laufend damit auseinandergesetzt – das Pandemiegeschehen war ja sehr dynamisch –, welche Entscheidungen notwendig sind, um den Menschen den maximalen Gesundheitsschutz, den wir leisten können, zu gewährleisten. Anfangs gab es keine Impfstoffe, später gab es dann welche. Es sind auch viele Menschen an Corona gestorben. Das war dramatisch. Deshalb haben wir – natürlich wohlüberlegt –, sobald es neue Erkenntnisse gab, schnell reagiert. Das haben die Menschen von uns auch erwartet. Aus diesem Grund kam es zu dieser Kurzfristigkeit.

Außerdem haben wir, das Land, Entscheidungen nicht losgelöst von anderen getroffen, sondern auch in Abstimmung mit der Bundesebene. Auf den Ministerpräsidentenkonferenzen mit der damaligen Bundeskanzlerin wurde länderübergreifend diskutiert, wengleich dann in der Umsetzung Unterschiede bestanden haben, je nachdem, wie sich das Infektionsgeschehen in den Regionen entwickelt hat. Auch das wurde kritisiert. Aber es gab eben ganz unterschiedliche Bedingungen. Durch unsere Nähe zu Norditalien und zum Elsass waren wir im Vergleich zu anderen Bundesländern vom Pandemiegeschehen stark betroffen.

Wir haben die Fakten, die uns zur Verfügung standen, immer abgewogen und darauf aufbauend Entscheidungen getroffen, um den maximalen Gesundheitsschutz, der

uns möglich war, für die Menschen zu gewährleisten – in dem Bewusstsein, dass wir dadurch persönliche Freiheitsrechte einschränken, und immer auch mit dem Ziel, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Ich nenne nur das dramatische Wort „Triage“, also dass man Menschen, die man eigentlich behandeln könnte, um ihnen das Leben zu retten, keine Behandlung zukommen lassen kann. Die Triage sollte verhindert werden. Man kann rückblickend sagen, dass uns das gelungen ist. Wie gesagt: Das war uns ein großes Anliegen.

Zu der Frage, wie wir institutionell an der Rechtsetzung beteiligt waren: In der Landesregierung werden Gesetze und Entscheidungen und wurden Coronaverordnungen immer im Rahmen einer Ressortabstimmung auf den Weg gebracht. Daran waren wir, das Wirtschaftsministerium, als ein Ressort beteiligt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Antworten. – Gibt es noch weitere Nachfragen aus der Runde? – Das ist nicht der Fall.

Frau Ministerin, ich darf Ihnen den Hinweis geben: Frau Abg. Krebs steht für Rückfragen zu dem Thema „Health in All Policies“ gern zur Verfügung. Sie wird Ihnen sicherlich noch den einen oder anderen Aspekt mitgeben können. Uns ist wichtig, dass es auch einen Austausch gibt.

Ich darf mich vielmals bei Ihnen bedanken, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut. Sie haben uns lange Rede und Antwort gestanden. Wir haben uns intensiv mit den jeweiligen Themen auseinandergesetzt. Ein Dank auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Sie haben es aus der Runde der Enquetekommission schon gehört: Noch einmal recht herzlichen Dank für die Unterstützung der Wirtschaft in Baden-Württemberg, gerade in den letzten drei Jahren. Da war durchaus die eine oder andere Nacht- und Wochenendschicht dabei. Das wissen wir sehr zu schätzen. Insofern möchten wir unseren Dank an Sie und an alle Personen, die bei Ihnen tätig waren, richten. Vielen Dank an Sie!

(Beifall)

Noch der Hinweis an Sie, Frau Ministerin: Wir möchten dem Landtag bis zum Sommer 2024 – das ist unser Ziel – unsere Handlungsempfehlungen vorlegen. Da sind Sie dann auch wieder gefragt, als Abgeordnete in dem Fall. Wenn Sie in der Zwischenzeit noch Hinweise oder Ergänzungen für uns haben, sind wir sehr dankbar dafür. Wir sollten in stetem Austausch bleiben.

Ich darf noch in die Runde sagen: Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Es gibt keine weiteren Hinweise von Ihrer Seite.

Dann noch an die Öffentlichkeit und auch an Sie gerichtet: Die nächste Sitzung findet am 13. Oktober 2023 um 9:30 Uhr statt.

Damit beende ich die Sitzung und bedanke mich vielmals bei Ihnen, dass Sie anwesend waren.

(Schluss des öffentlichen Teils: 13:58 Uhr)

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 1
17. EK KG / 22.09.2023

Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Antrag

der Fraktion SPD

Politische Aussprache zum Handlungsfeld III

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wolle beschließen, hinsichtlich der zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen in Handlungsfeld III – gesellschaftlicher Zusammenhalt folgende Themenschwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Resilienz durch Bildung

Das Bildungssystem befindet sich bereits seit einiger Zeit in der Krise. Ziel ist es, die Arbeitsfähigkeit der Institutionen durch die Sicherstellung infrastruktureller und vor allem personeller und finanzieller Ressourcen im Normal- wie im Krisenfall zu erhalten. Dem akuten Lehrkräftemangel muss entgegengewirkt und der Aufbau multiprofessioneller Teams, damit einhergehend der Ausbau der Schulsozialarbeit sowie der Schulpsychologie, muss gestärkt werden. Multiprofessionelle Teams können entscheidend daran mitwirken, die momentan existierende Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen und den Bildungserfolg aller Kinder zu fördern. Dabei soll auch eine geeignete Förderdiagnostik, die zu einer besseren Erhebung und Vernetzung von Daten führt und dadurch zu einer bedarfsgerechteren Unterstützung der jeweiligen Bildungsbiografie beiträgt, flächendeckend eingesetzt werden. Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe sind darüber hinaus durch geeignete Maßnahmen wie z.B. durch das Anbieten von digitalen Leihgeräten herzustellen. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass Krisen Kinder und Jugendliche mit speziellem Förderbedarf besonders stark treffen. Dem Ausbau der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie sowie der Stärkung inklusiver Unterstützungsangebote sind in den Handlungsempfehlungen hohe Priorität beizumessen.

Verschiedene Sachverständige haben den akuten Personalmangel an den Schulen eindrücklich dargelegt. Deshalb sollen Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine ausreichende Personalausstattung an allen Schulen abzielen. Konkret bedeutet das: eine 110%ige Versorgung mit Lehrkräften. In den Handlungsempfehlungen soll der sozialindexbasierten Ressourcensteuerung an allen Schulen besondere Bedeutung zukommen. Ziel ist es, die durch soziale Herkunft vorhandenen Nachteile möglichst auszugleichen und ein gerechteres Bildungssystem zu verwirklichen.

Durch die zunehmende Reichweite von Social Media verbreiten sich Desinformationen bzw. Fake News immer schneller, was einer Affinität zu Verschwörungstheorien Vorschub leistet und Radikalisierungstendenzen den Weg ebnen kann. Medienbildung und die Stärkung der Informationskompetenz von Kindern und Jugendlichen sollen deshalb in adäquater Form in den Bildungsplan aufgenommen werden, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken und wirksame Präventionsmechanismen für etwaige Radikalisierungstendenzen zu schaffen.

Diversität ist eine gelebte gesellschaftliche Realität in Baden-Württemberg. Es gilt daher, eine Anpassung des aktuellen Bildungsplans zugunsten einer stärkeren Verankerung von LSBTIQ-Themen vorzunehmen und im Zuge dessen auch die Lehrkräfteausbildung entsprechend zu erweitern.

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 1
17. EK KG / 22.09.2023

Der Krieg in der Ukraine hat den Schulalltag in Baden-Württemberg unter anderem dahingehend verändert, dass der Umgang mit psychisch belasteten geflüchteten ukrainischen Schüler*innen Lehrkräfte oft in noch größerem Umfang vor Herausforderungen stellt. Daher soll es Lehrkräften ermöglicht werden, sich traumpädagogisch weiterzubilden, um etwaige vorhandene Traumata bei Schüler*innen zu erkennen und ggf. weitergehende Maßnahmen einleiten zu können.

Unabhängig vom Kontext geflüchteter Schüler*innen ist der Bedarf an Schulsozialarbeit und Schulpsychologie seit Beginn der Pandemie deutlich gestiegen. Die Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen vorsehen, wie Schulen mit ausreichend Unterstützungskräften in Form von Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen ausgestattet werden können. Auch für Lehrkräfte soll die Möglichkeit bestehen, schulpsychologische Beratung in Anspruch zu nehmen.

Auf Bundesebene sind Initiativen zu unterstützen, die dazu beitragen, im Rahmen des nun beginnenden parlamentarischen Verfahrens bezüglich des Kritische Infrastrukturen (KRITIS)-Dachgesetzes auch Bildungs- und Betreuungseinrichtungen als KRITIS aufzufassen.

Problemlösefähigkeiten und Selbstwirksamkeit als durch kulturelle Bildung vermittelte Kompetenzen sind für den Umgang mit Krisen essenziell. Die Chance kultureller Bildung liegt deswegen darin, Ressourcen für den Umgang mit Krisensituationen zu vermitteln und so für eine höhere Resilienz bei Kindern und Jugendlichen zu sorgen.

In den Handlungsempfehlungen soll darauf hingewirkt werden, Maßnahmen zu ergreifen, die der langfristigen Absicherung der Förderung kultureller Bildung dienen und Teilhabe für alle ermöglichen. Dazu gehört auch die vollumfängliche Kostenerstattung für sog. Bildungsreferent*innen, wie sie in anderen Bundesländern bereits umgesetzt wird. Zudem soll geprüft werden, inwiefern Modellprojekte für frühe kulturelle Bildung als flächendeckende Angebote einsetzbar sind.

2. Soziale Infrastruktur als Krisenvorsorge

Soziale Arbeit ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar. Denn sie kann durch niedrigschwellige Angebote dazu beitragen, Zugang zu Personen zu erhalten, zu denen auch Politiker*innen sonst nur schwer Zugang erhalten. Soziale Arbeit kann hilfreiche Brücken bauen und die Notwendigkeit von Maßnahmen vermitteln helfen, aber auch dafür sensibilisieren, dass keine Stigmatisierung von marginalisierten Gruppen stattfindet. Der Wert von Sozialer Arbeit bemisst sich also darin, dass sie erstens in einem hohen Maß zur Prävention beiträgt und damit die Resilienz unserer Gesellschaft befördert und zum zweiten einen hohen Social Return on Invest mit sich bringt.

Die aktuelle Energiekrise hat viele Träger der Sozialwirtschaft vor enorme Herausforderungen gestellt, die weder sie noch die Kommunen allein stemmen können, was teilweise bereits zu einer Einschränkung der Angebote geführt hat. Die Bedeutung der Sozialwirtschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist jedoch unbestritten. Daher gilt es, durch ein antizyklisches Vorgehen für die Refinanzierung von Mindereinnahmen durch das Land zu sorgen und für diejenigen Einrichtungen, bei denen die Refinanzierung nicht über leistungsrechtliche Strukturen möglich ist, wie z.B. Frauenhäuser, Beschäftigungsträger, Sozialkaufhäuser o.ä. einen Landeshilfsfonds aufzulegen. Des Weiteren soll es das Ziel sein, den Sicherungsauftrag des Landes dauerhaft gesetzlich zu verankern, damit die Finanzierung der Sozialwirtschaft auch in Krisenzeiten gegeben ist.

Drei Beispiele sollen darlegen, wie gute Krisenvorsorge bzw. -bewältigung in diesem Bereich künftig gelingen kann: Während der Corona-Pandemie sank die Zahl der Bewohner*innen in den Frauenhäusern aufgrund der Abstands- und Hygieneregulungen dramatisch, was den Zugang zu den ohnehin in ihrer Aufnahmekapazität beschränkten Frauenhäusern erschwerte. Die Enquetekommission soll darauf hinwirken, den entsprechenden Anlaufstellen für von Gewalt betroffene Frauen eine krisenfestere personelle sowie technische Ausstattung zu gewähren. Ziel soll es darüber hinaus sein, einen Masterplan für ein Unterstützungssystem für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder sowie für Prostituierte und Betroffene von Menschenhandel zu entwickeln.

Das zweite Beispiel ist die Pflegelandschaft: Nach der aktuellen Landespflegestatistik 2021 werden 83 Prozent der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg vorwiegend zu Hause versorgt. Um eine dauerhafte Versorgung pflegebedürftiger Menschen auch in der Krise sicherzustellen, soll geprüft werden, inwiefern das Land ambulante Pflegedienstleister gesetzlich dazu verpflichten kann, dies zu gewährleisten.

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 1
17. EK KG / 22.09.2023

Das dritte Beispiel bezieht sich auf armutsgefährdete Menschen: Nicht nur die Pandemie, sondern auch die Energiekrise haben gezeigt: Armutsgefährdete Menschen sind von Krisen besonders stark betroffen, daher liegt auf ihren Bedürfnissen ein spezieller Fokus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen wie ein Energiegeld, ein kostenloses Mittagessen in Schule und Kita oder ein Mobilität-für-alle-Programm vorgesehen werden, um armutsgefährdete Menschen zu entlasten.

3. Eine krisenfeste Familienpolitik

Die Pandemie hat eindrücklich gezeigt, dass die Belange von Familien bei politischen Entscheidungsfindungen stärker berücksichtigt werden müssen. Deshalb soll sich das Land dazu verpflichten, gegenwärtige Infrastrukturen und Rahmenbedingungen der Sorge- und Erwerbsarbeit so weiterzuentwickeln, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und krisenfester gestaltet werden kann.

Als ein Element zur Stärkung der Krisenfestigkeit soll das derzeit entwickelte Rahmenkonzept Familienbildung ein verbindlicher Teil der Jugendhilfeplanung werden. Des Weiteren sollen Familienbildung, Familienberatung und Familienerholung im Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg einen eigenen Leistungsparagrafen erhalten. Genauso wichtig ist es jedoch, dass die Rahmenkonzeption Familienbildung ebenso verbindlich ausgestaltet wird, so dass die Angebote nur auf Basis des Konzepts und der dadurch festgelegten Kriterien wie z.B. einer Fachkraftquote, eines Qualitätsanspruchs oder einer regelmäßigen Evaluation durchgeführt werden.

Zu krisenfesten Rahmenbedingungen gehört eine resiliente Betreuungsstruktur: Ziel soll es sein, die Personal- und Betreuungseingänge bei den Kindertageseinrichtungen dauerhaft zu verbessern sowie den Ganztagsanspruch in der Grundschule in Form von rhythmisierten Ganztagschulen umzusetzen. Zu einer krisenfesten Familienpolitik tragen auch kostenfreie Bildungs- und Betreuungsangebote einen relevanten Teil bei. Diese gilt es daher, entsprechend auszubauen, um die Chancengerechtigkeit zu verbessern.

Eine krisenfesten Familienpolitik bedeutet aber nicht nur den Ausbau und den Erhalt der Kinderbetreuung, sondern auch die Etablierung zusätzlicher präventiver Angebote wie z.B. der Frühen Hilfen für Familien, da diese Form der Unterstützung für Familien aus sozial schwächeren Lagen lebensnotwendig ist und sie zu einem gelingenden Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen beiträgt. Kinder- und Familienzentren sollen vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration als Präventionsorte anerkannt sein. Denn insbesondere in Krisenzeiten gilt es, Eltern, die aus prekären oder aus sozial schwächeren Lagen kommen, zu unterstützen, da diese ihre Kinder und Jugendlichen oft nur ungenügend begleiten können, es sei denn, sie werden selbst gestärkt. In den Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen vorgesehen werden, wie eine umfassende und zuständigkeitsübergreifende Begleitstrategie für Familiensysteme implementiert werden kann.

Die Pandemie hat u.a. dazu geführt, dass häusliche Gewalt und Gewalt gegen Kinder zugenommen hat, wobei beide Phänomene nach Ende der Pandemie fortbestehen. Deshalb sollen Maßnahmen erarbeitet werden, wie die Vorschläge der Kommission Kinderschutz zeitnah realisiert werden können. Gleichzeitig sollen in den Handlungsempfehlungen konkrete Maßnahmen enthalten sein, mit denen Kinderarmut wirksam bekämpft werden kann und die die Einführung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene wirksam flankieren.

Nicht nur Krisenfestigkeit, sondern auch Entlastungen sollen ihren Platz in den Handlungsempfehlungen erhalten: Hierbei ist auch die Einführung eines Kinderfreizeitbonus für Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien und für Familien mit kleinem Einkommen zu prüfen.

4. Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Mit der Corona-Pandemie kam es insbesondere auch in Baden-Württemberg zu einer breiten gesellschaftspolitischen Debatte und legitimen Protestaktionen. Gleichzeitig hat sich eine heterogen zusammengesetzte Szene entwickelt, in der Verschwörungstheorien verbreitet wurden und werden, die neben der fundamentalen Ablehnung des Staates und seiner Repräsentant*innen oftmals durch antisemitisches und rechtsextremes Gedankengut gekennzeichnet sind und die Grundlage für eine

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 1
17. EK KG / 22.09.2023

Radikalisierung bis hin zu Gewalt schaffen. Diese Herausforderung für unsere Demokratie dauert trotz des Endes der Pandemie an, denn die Themen, sind - insbesondere in Krisenzeiten - austauschbar. In den Handlungsempfehlungen sind daher geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Neben der Stärkung des Verfassungsschutzes sind unter anderem die Mittel von Konnex zu erhöhen, damit entsprechende Präventionsangebote, Ausstiegskonzepte und gezielte Ansprachen derjenigen, die in verfassungsfeindliche Kreise hineingerutscht sind, stärker als bislang verfolgt werden können. Dies bedeutet auch die Erhöhung der Förderung des „Netzwerks für Demokratie und Courage“ sowie eine bessere Ko-Finanzierung des Bundesprogramms „Demokratie leben“ durch das Land. Darüber hinaus sind der Ausbau und die dauerhafte Finanzierung von entsprechenden Beratungsstellen wie der Fachstelle Extremismuskonzepte, aber auch von landesweiten Kampagnen der sog. inoculation, die auch von älteren Menschen via Social Media genutzt werden können, sowie niedrigschwelliger Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz bei Menschen zwischen 45 - 65 Jahren erforderlich. Zu berücksichtigen ist bei der Finanzierung von entsprechenden Maßnahmen auch, dass sich anhand von Studiendaten in den USA Folgendes manifestiert hat: Fallzahlen sind bei bestimmten Delikten wieder angestiegen, als die Krise schon an ihr Ende gekommen war, also dann, als es wieder um etwas ging.

Die Kontaktbeschränkungen und Lockdowns haben Einsamkeitsphänomene in Baden-Württemberg beschleunigt, jedoch haben diese über alle gesellschaftliche Schichten hinaus auch das Ende der Pandemie überdauert. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Prävention von psychischen Erkrankungen wie Depressionen ist der Kampf gegen Einsamkeit, bei dem die Kirchen vor allem für ältere Menschen eine wichtige Rolle spielen, unverzichtbar. Ziel soll es daher sein, Seelsorge als Mittel im Kampf gegen Einsamkeit zu betrachten und gerade in Krisenzeiten, Möglichkeiten des seelsorglichen und diakonischen Handelns zu gewährleisten. Darüber hinaus soll ein Kompetenznetzwerk Einsamkeit gegründet werden, das aus Krankenkassen, lokalen Initiativen, Sozialverbänden, Vereinen, Kirchen und Religionsgemeinschaften besteht, und der Prävention von Einsamkeit für alle Altersgruppen dient.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt resultiert auch aus einer individuellen psychologischen Resilienz. Insgesamt ist der Resilienzforschung aufgrund der Modifizierbarkeit von psychologischer Resilienz mehr Raum zu geben, da erstere ein großes Potenzial zur Gesundheitsförderung und Prävention in der Bevölkerung mit sich bringt. Die Resilienzforschung hat bereits erkannt, dass zur Steigerung der Resilienz der Bürger*innen Resilienzinterventionen vor Eintritt einer akuten Krise notwendig sind. Deshalb sollen die Handlungsempfehlungen geeignete Maßnahmen enthalten, mit deren Hilfe der Öffentliche Gesundheitsdienst zu einer Institution für Resilienzinterventionen, d.h. der Prävention und Gesundheitsförderung fortentwickelt werden kann.

Für vulnerable Gruppen wie z.B. armutsgefährdete oder wohnungslose Menschen sind niederschwellige Anlaufstellen und ein verlässlicher Kontakt, der bereits im Vorfeld der Krise aufgebaut werden sollte, unabdingbar. Persönliche Beratungsmöglichkeiten sollen in Krisenzeiten dauerhaft geöffnet bleiben, denn digitale Angebote schließen Menschen mit geringen Einkommen, in Armut lebende Menschen und ältere Menschen oft von ihrer Nutzung aus oder verunsichern zusätzlich aufgrund fehlender digitaler Kompetenzen.

Ehrenamtliche Strukturen leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind für unser Gemeinwesen unverzichtbar. Daher sollen in den Handlungsempfehlungen Maßnahmen vorgesehen werden, wie diese z.B. in den Tafeln oder anderen Einrichtungen gestärkt werden können, um den Zusammenhalt bereits vor Eintritt der Krise zu festigen. Für Krisenzeiten ist es wichtig, Rechtssicherheit für die ehrenamtlichen Strukturen zu bewahren, um diese auch dann erhalten bzw. fortführen zu können.

5. Für mehr Diversität

Auch in den Ministerien sollen einige Vorsorgemaßnahmen für künftige Krisen getroffen werden, um die Resilienz zu stärken. Einige Sachverständige haben die Problematik eindrücklich erläutert: Repräsentation schafft Repräsentanz. D.h. Ziel soll es sein, mehr Diversität bei der Besetzung von Ministerien und Krisenstäben vorzunehmen. Durch eine größere Diversität in den Ministerien und Krisenstäben kann Repräsentanz für Gruppen geschaffen werden, die von Marginalisierung bedroht sind und deren Bedürfnisse sonst übersehen werden könnten. Als Beispiel dürfen hier die ersten Corona-

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 1
17. EK KG / 22.09.2023

Verordnungen genannt werden, bei denen queere Menschen oder Menschen, die als Paar nicht in einem Haushalt zusammengelebt haben, nicht mitgedacht wurden.

Disability Mainstreaming, also die systematische Integration von Perspektiven und Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung in allen Politikbereichen, gehört ebenfalls dazu. Dies beinhaltet die Planung, Implementierung, Überwachung und Auswertung der Maßnahmen. Ziel ist eine bessere Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihren Selbstvertretungen, die im politischen Entscheidungsprozess ermöglicht werden muss, um die Vielfältigkeit der Lebensrealitäten einbeziehen zu können. Dies gilt genauso für andere Gruppen, die von Marginalisierung bedroht sind wie etwa queere Menschen oder von Menschen, die von Rassismus betroffen sind.

6. Politische Kommunikation gegen Politikverdrossenheit

Gelungene politische Kommunikation trägt maßgeblich zur Reduzierung der Politikverdrossenheit bei. Dazu gehört es, eine barrierefreie Kommunikation für unterschiedliche Formen von Beeinträchtigungen von Beginn an mitzudenken und entsprechend zu berücksichtigen. In den Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen vorgesehen werden, wie die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in der digitalen Beteiligung, bei Apps und der Informationsweitergabe durch Behörden im Internet adäquat berücksichtigt und spezifische Angebote für sie bereitgestellt werden können. Auch die Implementierung von leichter Sprache sollte zum Alltag politischer Kommunikation gehören und entsprechend in die Handlungsempfehlungen aufgenommen werden, da dies zum besseren Verständnis politischer Entscheidungen für Menschen mit sprachlichen oder kognitiven Barrieren beiträgt.

Social Media tragen zu einer Vergrößerung des Problems verkürzter Kommunikation bei, indem lediglich Teile einer bestehenden Kommunikation herausgegriffen werden. Dies muss entsprechend in den Handlungsempfehlungen berücksichtigt werden.

Ziel soll es darüber hinaus sein, eine angemessene Fehlerkultur in der politischen Kommunikation zu implementieren. Dabei geht dies nicht mit dem vermeintlichen Automatismus einher, nach eingestandenem Fehlern sofort zurücktreten zu müssen, sondern mit der Fähigkeit, gemachte Fehler einzugestehen und öffentlich zu kommunizieren, auch wenn dies Zeit in Anspruch nimmt.

7. Medienbildung für alle

Zu einer erfolgreichen politischen Kommunikation gehört die stärkere Einbeziehung der Rolle der Medien dazu. Eine resiliente Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der Medienbildung von Anfang an großgeschrieben wird. Die Medienbildung gilt es daher, an allen Schulen entsprechend auszubauen. Bereits Schüler*innen sollen lernen, was professionellen, seriösen Journalismus auszeichnet und wie er sich von Fake News und Desinformationen abgrenzen lässt. Auch ältere Menschen müssen vor Fake News geschützt bzw. beim Umgang mit Desinformationen geschult werden. Deshalb sind gerade für diese Gruppe geeignete Maßnahmen zur Ausbildung der Medienkompetenz vorzusehen wie z.B. kostenfreie Kurse an der ortsnahen Volkshochschule. Dabei ist insbesondere die Tatsache zu berücksichtigen, dass Menschen aller Altersgruppen Nachrichten zunehmend via Social Media rezipieren und es daher an Bedeutung gewinnt, die einzelne Nachricht hinsichtlich ihrer Seriosität einschätzen zu können.

8. Bürgerbeteiligung für gesellschaftliche Resilienz

Bürgerbeteiligung kann zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen, wenn einige Voraussetzungen erfüllt sind: Wichtig ist dabei, niederschwellige Angebote der Bürgerbeteiligung wie z.B. digitale Formate zur Verfügung zu stellen, um eine möglichst repräsentative, diverse Beteiligung von Bürger*innen zu erreichen. Ziel soll es sein, Maßnahmen zu ergreifen, wie dialogische Beteiligung als Chance betrachtet werden kann und diese auch in Krisenzeiten durchgeführt werden kann. Außerdem soll der weitere Prozess nach Ende der Bürgerbeteiligung möglichst exakt festgelegt werden, um eine größere Transparenz für die beteiligten Bürger*innen zu schaffen. Ziel soll eine Belebung des politischen Diskurses nach demokratischen Spielregeln sein. Bürgerforen genießen eine hohe Wertschätzung bei den Bürger*innen. Dazu gehören auch die öffentliche Sichtbarkeit und öffentliche

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 1
17. EK KG / 22.09.2023

Diskussion der erarbeiteten Ergebnisse. In den Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen geprüft werden, inwiefern Bürgerforen als Teil des Gesetzgebungsprozesses eingebunden werden können.

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 2
17. EK KG / 22.09.2023

Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Antrag

der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

Politische Aussprache zum dritten Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wolle beschließen,

hinsichtlich der zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen in Handlungsfeld III „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten“ bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ folgende Themenschwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Krisen wie die Coronapandemie sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und nur gemeinsam zu bewältigen. Für eine krisenfeste Gesellschaft sind Werte wie Solidarität, Identifikation mit dem Gemeinwesen und Vertrauen in die Mitmenschen sowie in die Institutionen von großer Bedeutung. Sie geben Auskunft über die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders und sind konstitutiv für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig sind diese Werte gerade in Krisen besonders gefährdet: Forschungsergebnisse zeigen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg in der Pandemie deutlich zurückgegangen ist. Fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg sieht den Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet an und auch langfristig befürchtet die Mehrheit, dass die Gesellschaft geschwächt aus der Pandemie hervorgeht (Bertelsmann Stiftung, 2022).

Das übergeordnete Ziel der Handlungsempfehlungen im dritten Handlungsfeld „Gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten“ ist es daher, den Zusammenhalt zu stärken, um zur Resilienz der Gesellschaft beizutragen. Dabei geht es ausdrücklich um einen inklusiven Zusammenhalt, der alle Bevölkerungsgruppen einbezieht. Dieses Ziel steht in Einklang mit dem Health-in-All-Policies-Ansatz als übergeordnetes Ziel des ersten Handlungsfelds „Gesundheit“. Denn

1

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 2
17. EK KG / 22.09.2023

eine Berücksichtigung der seelischen und körperlichen Gesundheit der gesamten Bevölkerung in allen Politikfeldern kann den Zusammenhalt in der Gesellschaft befördern. Darüber hinaus ist auch für die Stärkung des Zusammenhalts eine ressortübergreifende Strategie in der Landespolitik notwendig. Alle folgenden Themenschwerpunkte und auszuarbeitenden Handlungsempfehlungen werden daran ausgerichtet, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

2. Alle Bevölkerungsgruppen gezielt schützen und einbinden

Krisen als gesamtgesellschaftliche Herausforderungen betreffen jeden Menschen – einige Menschen und Gruppen haben allerdings stärker unter Krisen und ihren Folgen zu leiden. In der Coronapandemie waren das neben chronisch Kranken und Pflegebedürftigen vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende und Menschen mit geringem oder ohne Einkommen sowie Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte. Tendenziell sind das die Gruppen, die auch von anderen Krisen wie Energie- oder Wirtschaftskrisen stärker betroffen sind.

Ein Blick in die Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigt, dass einige Bevölkerungsgruppen den Zusammenhalt deutlich geringer einschätzen als andere. Das sind zum Beispiel ärmere und nicht erwerbstätige Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund oder mit geringer formaler Bildung. Gedeutet wird dieser Befund als Anzeichen dafür, dass diese Gruppen weniger stark in die Gesellschaft eingebunden sind und nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben (Bertelsmann Stiftung, 2022). Um einem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenzuwirken, sollte zum einen die Teilhabe dieser Gruppen am gesellschaftlichen Leben grundsätzlich gestärkt werden und zum anderen in Krisen auf gezielte Unterstützung geachtet werden. Dabei ist besonders zu beachten, dass gesellschaftliche Teilhabe einerseits maßgeblich von den individuellen Ressourcen abhängt und andererseits offene Orte der Begegnung braucht.

Für Kinder und Jugendliche bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beispielsweise, dass Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auch in Krisen offen oder - wo geeignet - durch digitale Formate zumindest weiter in Betrieb gehalten werden müssen. Insbesondere die Situation von Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen wurde durch die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten in der Pandemie weiter verschärft. Dies ist in künftigen Krisen unbedingt zu vermeiden.

3. Erziehung und Bildung in der Familie

„Fürs Leben lernen“ – die Herstellung von Krisenfestigkeit beginnt schon in jungen Jahren im Rahmen der Familie.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein allgemeines Vertrauen müssen Kinder schon in jungen Jahren die Möglichkeit haben, in der Familie und im Netzwerk Förderung zu erhalten und so Vertrauen und Empathie zu gewinnen.

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 2
17. EK KG / 22.09.2023

Weil die Familie dafür der wichtigste Ort ist, möchten wir Familien besonders im Blick behalten und in ihrer Selbstverantwortung stärken. Ergänzend zur Familienarbeit möchten wir in diesem Sinne auch pädagogische und unterstützende Angebote und Einrichtungen fördern.

Lebenslang lernen geht aber auch über das Kindesalter hinaus und bedeutet, sich lebenslang Neues anzueignen und Wandel in der persönlichen Entwicklung, aber auch in Gesellschaft und Umwelt, mit Neugier und Wissenszuwachs zu begegnen.

Die Schaffung von Medien- und Demokratiekompetenzen sind für Lernende jeden Alters wichtig für die Prävention und um auf die Gefahren von Diskriminierung, Mobbing und Demokratiefeindlichkeit aufmerksam zu machen.

4. Repräsentation und Beteiligung

Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen und in die Legitimität politischer Entscheidungen ist in Krisen essentiell. Durch politische Repräsentation und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess kann Vertrauen gefördert werden, indem der Entscheidungsprozess transparent und Entscheidungen nachvollziehbar kommuniziert werden. Die Erfahrung der Wirksamkeit im Sinne einer Berücksichtigung von Ergebnissen aus Beteiligungsverfahren durch Verwaltung und politische Gremien motiviert zusätzlich. Damit politische Repräsentation und Beteiligung auch in Krisen funktioniert, müssen die Strukturen bereits vor der Krise etabliert werden. Das Land hat mit der dialogischen Bürgerbeteiligung einen Weg eingeschlagen, der mehr Beteiligung ermöglicht und den demokratischen Diskurs in der pluralistischen Gesellschaft unterstützt. Bürgerforen, die gegebenenfalls online durchgeführt werden, können den Diskurs auch in Krisenzeiten aufrechterhalten und wichtige Entscheidungsgrundlagen liefern. Bedeutend für die Vertrauensbildung ist, dass den Teilnehmenden im Anschluss an das Verfahren Bericht erstattet und begründet wird, wie die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung aufgegriffen wurden.

Darüber hinaus sind Beteiligungsmöglichkeiten insbesondere dahingehend auszubauen, dass bisher unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen mehr Beteiligung ermöglicht wird, dass diese Gruppen gezielt aufgesucht und in einer aktiven Rolle eingebunden werden. Bestehende Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung sollen nachhaltig gefördert und von den Kommunen bis zum Land auf allen Ebenen gestärkt werden.

5. Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement leistet einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Im Engagement werden gemeinschaftliche Werte wie Solidarität gelebt und gefördert. Soziale Fähigkeiten und Kooperation können erlernt und Selbstwirksamkeit erlebt werden. In der Fluchtmigration 2015/2016, der Coronapandemie und hinsichtlich der Zuwanderung von Geflüchteten aus der Ukraine in Folge des russischen Angriffskriegs wurde außerdem sichtbar, dass bürgerschaftliches Engagement auch zur konkreten Krisenbewältigung

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 2
17. EK KG / 22.09.2023

beiträgt. Die Anhörungen haben gezeigt, wie sich das bürgerschaftliche Engagement gewandelt hat und welchen Herausforderungen es gegenübersteht. Die Lebensgestaltung von Menschen, insbesondere von jungen Menschen, hat sich verändert, wodurch sich das Engagement dem neuen Alltag anpassen muss. Da die Einsatzmöglichkeiten hierdurch vielfältiger und flexibler werden, steigt der Bedarf an Vernetzung und Koordination. Der demografische Wandel und der Wechsel der Generationen wurden insbesondere im Nachgang der Pandemie deutlich spürbar als viele Ältere nicht mehr zurückgekommen sind und das Engagement aufgeben mussten. Neue Fähigkeiten im Zuge der Digitalisierung und verstärkten Präsenz in sozialen Medien werden gebraucht.

Das Ehrenamt ist zu erhalten und zu stärken durch Heranführen und Aktivieren aller Bevölkerungsgruppen mittels Ehrenamtslotsen in Vereine und ehrenamtliche Aufgaben. Die Einführung einer landesweiten, flächendeckenden Ehrenamtskarte sowie deren Ausgestaltung sollte zügig vorangetrieben werden mit einem spürbaren Mehrwert für ehrenamtlich Engagierte. Engagementnachweise dürfen nicht zu hochschwellig sein als zusätzliche Verwaltungsaufgabe für Verein etc. und sollte gleichzeitig Kurzeitengagement oder Mitnahmeeffekt nicht bestärken. Damit bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt auch weiterhin den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern kann, braucht es Unterstützung von der Landespolitik. Der Auf- und Ausbau von Strukturen zur Vernetzung, Koordinierung und Vermittlung bürgerschaftlichen Engagements wie zum Beispiel Freiwilligenagenturen sollte verstärkt gefördert werden. Die Stärkung und Förderung des freiwilligen Engagements ist wesentlich gemeinsam mit den Partnern im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) und der weiterentwickelte Engagementstrategie Ba.-Wü. anzugehen. Zur Fortsetzung und Verstetigung des LBE über das Jahr 2025 hinaus hat ein klares Bekenntnis zu erfolgen. Diese Weiterentwicklung ist angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Ehrenamt fortzuschreiben und neue Bedarfe in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus sollte auf niederschwellige und nachhaltige Finanzierungsprogramme geachtet und die Qualifizierung von Engagierten gefördert werden.

Der Beitrag der christlichen Kirchen und weiterer Glaubensgemeinschaften zu einer krisenfesten und resilienten Gesellschaft ist zu bedenken und zu fördern und deren seelsorglichen und diakonischen Handelns zu gewährleisten. Die Sicherstellung von deren spirituellen Beitrag und ihrer Bildungsarbeit in zukünftigen Krisen zu einer Krisenbewältigung sowie zur Motivation zum solidarischen Handeln wird ausdrücklich gewürdigt und soll durch weiteres Engagement gestützt werden.

6. Kommunikation mit der Bevölkerung

Die Kommunikation mit der Bevölkerung in Krisen ist so zu gestalten, dass alle Bevölkerungsteile erreicht werden. Einerseits ist darauf zu achten, durch einfache Sprache sowie durch mehrsprachige und audiovisuelle Angebote alle Bevölkerungsteile gezielt anzusprechen. Es ist unabdingbar, die deutsche Sprache alltagssicher zu beherrschen, um schnell und unmittelbar über wichtige Sachverhalte informiert zu werden. Bestehende Netzwerke in die migrantische

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 2
17. EK KG / 22.09.2023

Bevölkerung sollten genutzt werden, indem zum Beispiel Multiplikatorinnen und Multiplikatoren verstärkt und dauerhaft eingesetzt werden. Andererseits sollten zentrale, individuelle Fähigkeiten in der Bevölkerung zum Umgang mit Medien gefördert werden. Ein kritisches Urteilsvermögen bezüglich Medieninhalten ist in Krisen besonders wichtig, da die Bevölkerung hier verstärkt der Falschinformation und Desinformation ausgesetzt ist. Ein Fokus der Handlungsempfehlungen soll daher auf Medienbildung in jedem Alter unter besonderer Berücksichtigung sozialer Medien liegen und bei den Ausgangslagen jeweils spezifisch mitgedacht werden. Voraussetzung für eine Kommunikation mit und in der Bevölkerung insgesamt ist der qualifizierte und beschleunigte Breitbandausbau.

Die soziale Funktion der persönlichen Kommunikation in der Bevölkerung, auch in digitaler und telefonischer Form, ist zu bedenken, um der Vereinzelung und Unverbundenheit entgegenzuwirken und alle Menschen in Krisen zu stärken, speziell Randgruppen.

7. Antidemokratischen Einstellungen entgegenwirken

Antidemokratische Einstellungen wie Extremismus und Rassismus sowie Verschwörungserzählungen, die diese Einstellungen befördern, gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie gehen mit mangelnder demokratischer Unterstützung und der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen einher. Krisen können Verschwörungserzählungen und antidemokratische Einstellungen befeuern, da sie einfache Antworten auf komplexe Fragen liefern und mit Feindbildern arbeiten, die vermeintlich Schuldige identifizieren. Aus Sicht des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) entstand in der Coronapandemie außerdem eine neue Erscheinungsform des Extremismus mit hoher Anschlussfähigkeit: die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, sollen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, die den Fokus vor allem auf Deradikalisierung und Prävention antidemokratischer Einstellungen legen. Präventionsarbeit soll strukturell gefördert, politische Bildungsangebote ausgebaut werden. Eine Fokussierung hat auf eine Prävention mit Bezug zu den Faktoren Kindheit und Erziehung insbesondere beim Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus zu erfolgen. Diese stellen eine Herausforderung vor allem für die Kinder- und Jugendarbeit dar. Mit mehr dortigen Investitionen und Fördermöglichkeiten aus der Kinder- und Jugendhilfe sind diese besser für die Extremismusprävention aufzustellen.

Staatsfeindlichkeit ist durch demokratische Verantwortung als Gesellschaft und jedes Einzelnen ernst zu nehmen und im Rahmen des Auftrags des LfV „Beobachten - Informieren - Schützen“ sowie mit weiterem staatlichen Handeln konsequent anzugehen.

Besonders auch Verwaltungen sind zu sensibilisieren und zu schulen im Umgang mit staatsfeindlichen Organisationen wie Reichsbürgern oder sogenannten Selbstverwaltern, um frühzeitig auf mögliche staatsfeindliche Umtriebe zu reagieren.

Zu TOP I.1.
Antrag Nr. 2
17. EK KG / 22.09.2023

Außerdem empfiehlt es sich, die Forschung auf diesem Gebiet auszubauen, indem beispielsweise ein regelmäßiges Monitoring antidemokratischer Einstellungen im Land durchgeführt wird – auch um Präventionsarbeit auf eine gute Datenbasis zu stellen. Schließlich sollte den vielfältigen Programmen, die es bereits gibt, Unterstützung in der wissenschaftlichen Evaluierung und Weiterentwicklung ihrer Initiativen angeboten werden.

Begründung

Zum Abschluss des dritten Handlungsfelds „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ werden Themenschwerpunkte aus den Anhörungen als erste Ansatzpunkte für Handlungsempfehlungen identifiziert. Zu den hier dargestellten Themenschwerpunkten sollen von der Enquetekommission in ihrer weiteren Arbeit Handlungsempfehlungen formuliert werden. Es handelt sich dabei nicht um eine abschließende Aufzählung und auch nicht um eine Vorwegnahme der konkreten Handlungsempfehlungen, welche erst zum Ende der Enquetekommission formuliert werden. Die Themenschwerpunkte können daher im weiteren Verlauf der Enquetekommission ergänzt oder verändert werden.

Zu TOP I. 1.
Antrag Nr. 3
17. EK KG / 22.09.2023

Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Antrag

der Fraktion FDP/DVP

Politische Aussprache zum dritten Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“

Verschiebung oder Zurückstellung der Beratung der Trendpapiere zum Handlungsfeld III

Begründung:

Zum Abschluss des Handlungsfelds III (Gesellschaftliche Betroffenheiten) findet eine Aussprache der Enquetekommission darüber statt, welche zentralen Erkenntnisse im Zuge der Anhörungen gewonnen wurden. Hierzu wurden von den Fraktionen GRÜNE und CDU als auch von der Fraktion SPD, Trendpapiere erarbeitet. Aufgrund der kurzfristigen Übersendung der Trendpapiere, fordert der vorliegende Antrag eine Vertagung der Beschlussnahme zu den Trendpapieren bis zur 18. Sitzung der Enquete-Kommission, am 13. Oktober 2023.